Der Weg in den FASCHISMUS

Österreich 1933 - 1938

Inhaltsverzeichnis:

Die Vorgeschichte 3
Engelbert Dollfuß auf dem Weg zur Diktatur 7
"Selbstausschaltung" des Parlaments 7
Das christlichsoziale Elend 14

Der Februar 1934 18
Kämpfe in Linz 22
Kämpfe in Steyr 23
Kämpfe im Hausruckviertel 24
Weitere Kämpfe 25
Die Kämpfe in Wien 25
Die Kämpfe in der Steiermark 28
Kämpfe in Niederösterreich 29
Die anderen Bundesländer 30
Resümee 30
Blutrausch der Faschisten 30

Die klerikalfaschistische Diktatur 34
Die ökonomische Situation 34
Die Klerikalfaschisten bauen ihr Nest 35
Die klerikalfaschistische Verfassung 36
Die illegale Arbeiterbewegung 39

Der Naziputsch vom Juli 1934 41
Die NSDAP will an die Macht 42
Der Putsch 44
Die Besetzung des Kanzleramtes 44
Der Naziaufstand in den Bundesländern 48
Hitler distanziert sich 51

Die Folgen des Juli 1934 53
Die Lage im Klerikalfaschismus: Hoffnungslos, aber nicht ernst 56

Der Weg in den Untergang 59
Der Sturz Starhembergs 60
Juliabkommen 61
Keine Rückkehr zur Monarchie! 62
Das Berchtesgadener Abkommen 64
Die Arbeiterbewegung 64
Die österreichische Nation 65
Österreichs Ende ist nicht mehr aufzuhalten 66

Der Anschluss 70
Der Einmarsch 71
KZ Mauthausen 78
Widerstand 78
1938 war Hitlers Triumphjahr 79

Faschismus als Gesellschaftsordnung 80

Die Vorgeschichte

Der Faschismus ist im 20. Jahrhundert nicht plötzlich und aus heiterem Himmel über die Menschen losgebrochen. Die Veränderungen durch den Ersten Weltkrieg legten viele Entwicklungswege an ...

Ein wesentlicher Aspekt des Faschismus, der in der historischen Betrachtung und Aufarbeitung bis heute kaum eine Rolle spielt, da der italienische und der deutsche Faschismus alle anderen Formen überspielten, ist die Ausbreitung der von der katholischen Kirche unterstützten faschistisch-autoritären Herrschaftssysteme.

In **Portugal, Spanien, Ungarn, Slowakei, Kroatien, Polen, Litauen** und **Österreich** machten sich in den Zwanziger- bis Vierzigerjahren des 20. Jahrhunderts diese Regimes[1] breit. Nach 1945 war es in erster Linie der Nationalsozialismus, dem die Forschung und Auseinandersetzung galt. Der katholische Kirche, die sich nach 1945 flugs zum armen Opfer des Faschismus mutierte, gelang es weitgehend ihre zutiefst niederträchtige politische Rolle aus der Diskussion herauszuhalten.

Die Neigung der katholischen Kirche zum Faschismus hängt an der historischen Entwicklung. Es dauerte Jahrhunderte bis es den Menschen in Europa gelungen war, die absolute gesellschaftspolitische Dominanz der Religion zurückzudrängen.

Joseph der Zweite, einer der wenigen nützlichen Habsburger

In Österreich schaffte der aufgeklärte Absolutist Joseph II.[2] ein erstes Zurückdrängen der Kirchengewalt und legte sich mit dem Toleranzpatent, der Aufhebung hunderter schmarotzender Klöster und Einführung der Zivilehe massiv mit der katholischen Kirche an, die deswegen auch an seinem frühen Hinscheiden beteiligt gewesen sein könnte.

Im 19. Jahrhundert musste die Kirche hierzulande durch das von den Liberalen erreichte Staatsgrundgesetz von 1867 weitere Beschränkungen hinnehmen: Religionsfreiheit und das Recht auf Kirchenaustritt und die Ausweitung der Zivilehe, was beispielsweise zum völligen Durchdrehen des Linzer Bischofs Rudigier führte, der 1869 wegen seiner hetzerischen Hirtenbriefe mit Aufrufen zur Missachtung der Gesetze sogar festgenommen und zu einer Arreststrafe verurteilt werden musste.

die verhängten vierzehn Tage Arrest musste Bischof Rudigier, ein katholischer Fanatiker übelsten Ausmaßes, dank kaiserlichen Gnadenerlasses nicht absitzen

---

[1] In Rumänien wurde ein ähnliches Regime von der orthodoxen Kirche gefördert

[2] Joseph II., Sohn von Franz I. und Maria Theresia, 1741 - 1790. Ab 1764 Mitregent; 1780 Nachfolger Maria Theresias; unter mysteriösen Umständen verstorben

Noch schlimmer für die Kirche kam es dann nach dem 1. Weltkrieg, allenthalben gab es das endgültige Ende des bisher gepflegten Bündnisses von "Thron und Altar", auch die von der Kirche bisher als "gottlos" massiv bedrängte Arbeiterbewegung erzwang vermehrt Freiräume. In den ersten Nachkriegsjahren konnten eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen durchgesetzt werden, die bis heute als Grundlage für Arbeitsrecht und Sozialstaat dienen und erst jetzt, nach mehr als 80 Jahren, vom Neoliberalismus Schritt um Schritt beseitigt werden. Kirche und konservative Parteien waren schon damals strikt dagegen gewesen, aber drohende Revolutionen[3] ließen vorerst keine Handhabe zu.

Die katholische Kirche stand in ihrer konservativen Tradition fest auf Seiten der herrschenden Klasse und präsentierte sich deswegen überall politisch im ganz rechten Eck. Allerorts wurden soziale und sozialpolitische Bewegungen zurückgedrängt, in Österreich ruhte die Regierungsgewalt ebenfalls bald wieder in konservativen Händen.

Die ehemaligen Liberalen machten nun den Hauptteil der Deutschnationalen aus, Christlichsoziale und Deutschnationale arbeiteten zusammen gegen die Arbeiterbewegung, beide politische Richtungen strebten nach autoritären Gesellschaftssystemen, vorgeblich als Schutz vor dem Bolschewismus, praktisch zur Sicherung der bestehenden Verhältnisse und Zurückdrängung des Einflusses der arbeitenden Bevölkerung. Die christlichen Parteien konnten sich dabei auf die Ständestaatlehre von Papst Pius XI (Enzyklika QUADRAGESIMO ANNO von 1931) berufen, mit der gesellschaftspolitisch die Wiederkehr des Mittelalters angestrebt wurde. Zum Sozialismus heißt es darin: *"Der Sozialismus, gleichviel ob als Lehre, als Bewegung oder als geschichtliche Erscheinung (..) bleibt mit der katholischen Kirche immer unvereinbar, er müsste denn aufhören, Sozialismus zu sein. Der Gegensatz zwischen sozialistischer und christlicher Gesellschaftsauffassung ist unüberbrückbar."* Was vorrangig die Beseitigung demokratischer Verhältnisse erforderte. Auch die Christlichsozialen in Österreich werkten zunehmend in diese Richtung.

Der geistige Vater des Klerikalfaschismus: Papst Pius XI.

Bei den Wahlen in der 1. Republik hatten die Sozialdemokraten 1919 die relative Mehrheit (40,8%) errungen, die bei den vorzeitigen Wahlen 1920 an die Christlichsozialen verloren ging (41,8%). Die Großdeutschen erreichten 1919 18,4 und 1920 17,3%. Die nächsten Wahlen 1923 brachten für die Schwarzen 45%, für die Roten 39,6%, für die Großdeutschen (plus "Landbund", Organisation deutschnationaler Bauern) nur mehr 12,8%. 1927 kandidierten Christliche und Deutschnationale gemeinsam ("Einheitsliste"), blieben jedoch mit 49% unter dem vorherigen gemeinsamen Stimmenanteil, da der Landbund außerhalb blieb und 6% der Stimmen erreichte, die Sozialdemokraten stiegen auf 42%.

Im Bund war daher alles fest in schwarz-großdeutscher Hand, in Wien regierten die Roten und bauten dort ein bis heute als mustergültig geltendes "Rotes Wien" auf. Ideologisch war das "Rote Wien" das erklärte Feindbild der Konservativen, besonders auch der katholischen Kirche. Die "Heimwehren" der Schwarzen und Deutschnationalen wurden als Kampfverband der Konservativen gebildet, der sozialdemokratische "Republikanische Schutzbund" etablierte sich in Wien und in einigen Städten und Industriezentren, flächendeckend beherrschte allerdings die Heimwehr die österreichischen Länder. Der Schutzbund wurde am 12.4.1923 behördlich zugelassen, Vorläufer waren die 1922 gegründeten "Arbeiterwehren", die Heimwehren entstanden schon 1918/19.

[3] Oktoberrevolution in Russland 1917, Räterepubliken 1918/19 in Ungarn und Bayern

Am 30.1.1927 schossen Rechtsextreme im burgenländischen Schattendorf bei einer Konfrontation zwischen Frontkämpferbund und Schutzbund auf die unbewaffneten Sozis und töteten einen Invaliden und ein Kind. Am 14.7. wurden die ausgeforschten Mordschützen in Wien freigesprochen, was nach einer Reihe vorangegangener ähnlicher Urteile zu schweren Unruhen und zum Justizpalastbrand führte. Die demonstrierenden Wiener Arbeiter wurden unter Feuer genommen, 89 Tote über sechshundert Schwerverletzte sind die Folge. Bundeskanzler Ignaz Seipel, ein Prälat, geht in der Folge mit allen Mitteln gegen die Arbeiterbewegung vor, die Heimwehr wird zur Quasistaatsmacht. Seipel hatte schon 1924 die Währungsreform auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung durchgezogen, jetzt arbeitete er als Wegbereiter des Klerikalfaschismus. Nur sein früher Tod 1932 im Alter von 56 Jahren verhinderte seine Mitwirkung an dessen Errichtung.

Iganz Seipel, eine der üblen Figuren in der österreichischen Politik, Urvater des Klerikalfaschismus in Österreich

Die Arbeiterbewegung bleibt in Ruhestellung. Zwar redet der Austromarxismus laut und radikal, aber es wird nicht gehandelt. Die radikal erscheinenden Sprüche dienen sowohl der eigenen als auch der gegnerischen Propaganda. Nutzen haben davon allerdings durch das fehlende Handeln nur die Gegner, die vorgeben können, das Land vor dem Linksradikalismus zu schützen.

Die Heimwehren legen ein Bekenntnis zum Faschismus ab, sie fordern auf einer Großkundgebung am 18.5.1930 in Korneuburg die Beseitigung der politischen Parteien und des Parlamentarismus ("Korneuburger Eid").

Bei den Nationalratswahlen 1930 fallen die Stimmen für die Sozialdemokraten geringfügig auf 41,2%, damit haben sie jedoch die relative Mehrheit, die Schwarzen kandidieren wieder alleine und bekommen nur 35,7%, zwei rechtsextreme Bewegungen, der "Schoberblock" (Großdeutsche und Landbund) mit 11,5% und der "Heimatblock" (Heimwehren) mit 6,2% führen zu einer Mandatsmehrheit der Rechten von 93 zu 72 Mandaten. Die Regierung wird aber nur von den Christlichsozialen und den Großdeutschen gebildet, die eine Mehrheit von 85 zu 80 haben.

Heimwehraufmarsch

Im September 1931 gibt es den Versuch eines rechtsextremistischen Staatsstreiches. Die Heimwehren waren ursprünglich (wie oben angeführt) die gemeinsamen paramilitärischen Organisationen der Christlichsozialen und der Deutschnationalen gewesen. Ab 1928 hatte eine Auseinanderentwicklung stattgefunden, überwiegend waren die Heimwehren nunmehr schwarz, die in der Steiermark tendierten zu den Nazis. Als Bundesführer der Heimwehren ist 1931 der deutschnationale steirische Landeskommandant und Rechtsanwalt Walter Pfrimer tätig. Er bricht am 12.9.1931 einen Putschversuch vom Zaune, scheitert kläglichst, da die Heimwehren in den anderen Bundesländern gar nicht und die steirischen Heimwehrer ohne Rückhalt in der Bevölkerung agieren. Pfrimer flieht nach dem gescheiterten Putsch zunächst ins Ausland, die Bundesregierung und die Behörden tun alles, um den Puschversuch klein zu reden, von den Gerichten werden festgenommene Teilnehmer durchwegs freigesprochen, auch der zurückgekehrte Pfrimer bleibt ohne Strafe. Er tritt in der Folge in die NSDAP ein und wird nach dem "Anschluss" Reichstagsabgeordneter.

Walter Pfrimer

Der Aufstieg der NSDAP und dann die Machtübernahme Hitlers im Jänner 1933 beeinflusst auch das österreichische Regierungsbündnis, die Großdeutschen erleben in Österreich eine massive Abwanderung zu den Nazis.

Die NSDAP hatte 1930 rund 3% der Stimmen und kein Mandat errungen, 1932 bei den Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg kassiert die Partei allerdings fast alle Stimmen der äußersten Rechten: Die Nazis verfünffachen sich (von 66.000 auf 336.000) auf Kosten der Großdeutschen, des Landbundes und des Heimatblockes (von 304.000 auf nur noch 53.000).

Was auch Folgen für die Bundesregierung hat. Das **erste Kabinett Dollfuß** (20.5.1932) stützt sich auf die Mandate der Christlichsozialen und Heimwehrer plus Landbund, die zehn Großdeutschen des "Schoberblocks" gehen in Opposition. Die Regierung hat nur eine Mehrheit von 83 zu 82.

Engelbert Dollfuß (1892 - 1934)

Diese neue Situation von 1932, die Koalitionsregierung von Christlichsozialen, Landbund und Heimwehren und eine Opposition von Sozialdemokraten und immer weiter ins Rechtsextreme tendierenden Deutschnationalen bewirkt eine wesentliche Verschärfung der ohnehin schon sehr gespannten Situation.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte auch in Österreich zu massiver Arbeitslosigkeit geführt. Die Inflation der Nachkriegszeit saß den Regierenden als Schreckgespenst im Nacken. Man wusste noch, dass die immensen Kriegsschulden das Wesentliche für die Geldentwertung bis 1924 gewesen waren und sah jetzt in einem sparsamen und ausgeglichenen Staatshaushalt das beste Gegenmittel. Was heißt, dass die Wirtschaftskrise durch die Sparpolitik der öffentlichen Hand (Nulldefizit) noch bedeutend verschärft wurde.

Engelbert Dollfuß auf dem Weg zur Diktatur

Getragen von Machtbesessenheit, was vielleicht mit seinem körperlichen Kleinwuchs ("Millimetternich") zusammenhing, und christlich-konservativem Sendungsbewusstsein machte sich Engelbert Dollfuß als Bundeskanzler (und gleichzeitig auch als Außen- und Landwirtschaftsminister) daran, seine Vorstellungen vom Staatswesen in die Praxis umzusetzen. Er vertrat die Vorstellungen von Papst Pius XI. von einer berufsständischen Gliederung eines katholischen Gemeinwesens und zielte auf die Eliminierung aller nicht dazu kompatiblen Elemente. Was in erster Linie die Arbeiterbewegung und das demokratischen Staatswesen an sich betraf.

Zu Hilfe kommt dem Kanzler dabei, dass das österreichische Staatsrecht immer noch ein Gesetz aus der Kriegszeit beherbergt: Das "Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz" von 1917. Die Sozialdemokraten hatten zwar darauf gedrängt, das darin enthaltene Notverordnungsrecht der Regierung aus der Verfassung zu entfernen, was jedoch am Widerstand der Rechtsparteien gescheitert war.

Das Gesetz vom 24.7.1917 lautete:
§ 1 Die Regierung wird ermächtigt während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen zu treffen. Zur Mitwirkung bei der Durchführung der auf Grund dieses Gesetzes ergriffenen Maßnahmen können auch Gemeinden herangezogen werden.
§ 2 In den zu erlassenden Verordnungen können für Übertretungen Geldstrafen bis zu 20 000 K., Arreststrafen bis zu 6 Monaten, (...). Die Bestrafung steht den politischen Behörden zu.
§ 3 Die Regierung ist verpflichtet, die auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 10. Okt. 1914, RGB1. Nr. 274, erlassenen Verordnungen dem Reichsrat vorzulegen und über sein Verlangen außer Wirksamkeit zu setzen. Das gleiche gilt für die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen, welche dem Reichsrate, falls er versammelt ist, spätestens am Ende jedes Kalendervierteljahres, sonst bei seinem Zusammentritt vorzulegen sind.
§ 4 Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Kaiserliche Verordnung vom 10. Okt. 1914, RGB1. Nr. 274, außer Wirksamkeit.
§ 5 Die auf Grund dieses Gesetzes oder der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Okt. 1914, RGB1. Nr. 274, erlassenen Verordnungen bleiben, soweit sie nicht zeitlich begrenzt sind, so lange in Kraft, als sie nicht durch neue, auf Grund dieses Gesetzes oder auf Grund einer anderen gesetzlichen Ermächtigung erlassenen Verordnung oder über Verlangen des Reichsrates nach § 3 dieses Gesetzes abgeändert oder außer Wirksamkeit gesetzt werden.
§ 6 Mit dem Vollzug dieses Gesetzes sind die beteiligten Minister betraut.

Das Gesetz hatte ursprünglich vordergründig die Versorgung sichern, aber insbesondere ein Instrument gegen die während des Krieges - wegen der sich ständig verschlechternden Verhältnisse - zunehmenden Unruhen in der Bevölkerung bilden sollen.

Die schwammigen Formulierungen waren aber auch der Dollfuß-Regierung von Nutzen. Konnten nicht genauso die Verhältnisse der 30er-Jahre bei einigem (schlechten) Willen als durch den Krieg hervorgerufene außerordentliche Verhältnisse definiert werden, der Kleinstaat Österreich, entstanden als Kriegsfolge, als Gebilde, das außerordentlicher Maßnahmen bedarf? Den Maßnahmen, die von der Regierung ergriffen werden, wurde im Gesetz kein Rahmen gesetzt. Das Gesetz ermöglichte also ähnliche Eingriffe wie das deutsche Ermächtigungsgesetz der Nazis vom März 1933. Die einzige hinderliche Beschränkung war die verpflichtende Vorlage der Verordnungen im Parlament. Eine Behinderung der angestrebten Diktatur, die Dollfuß alsbald beseitigen konnte.

"Selbstausschaltung" des Parlaments

< Engelbert Dollfuß, seit März 1931 Landwirtschaftsminister, Regierungschef ab Mai 32 - er paarte Sendungsbewusstsein, religiösen Fanatismus und Machtbesessenheit mit sagenhafter politischer Dummheit und Unfähigkeit - der schädlichste Politiker, den Österreich in demokratischen Zeiten hervorbrachte.

Anfang März 1933 streikten die Eisenbahner, das Bundesheer besetzt die Bahnhöfe, um den Streik niederzuschlagen. Am 4.3. gibt es dazu im Parlament einen Antrag der Opposition. Die knappe Mehrheit der Regierung von einem Mandat hängt bei der Abstimmung am damals zum Mitstimmen nicht berechtigten vorsitzenden Nationalratspräsidenten. Der 1. Präsident Renner (Sozialdemokrat) tritt deshalb zurück, die Christlichsozialen müssen den Vorsitz übernehmen, die Opposition hat die Mehrheit. Der 2. Präsident Ramek (Christlichsozialer) tritt ebenfalls zurück, der großdeutsche 3. Präsident Straffner übernimmt den Vorsitz, jetzt hat die Regierung wieder die Mehrheit. Auch der 3. Präsident tritt nun zurück.

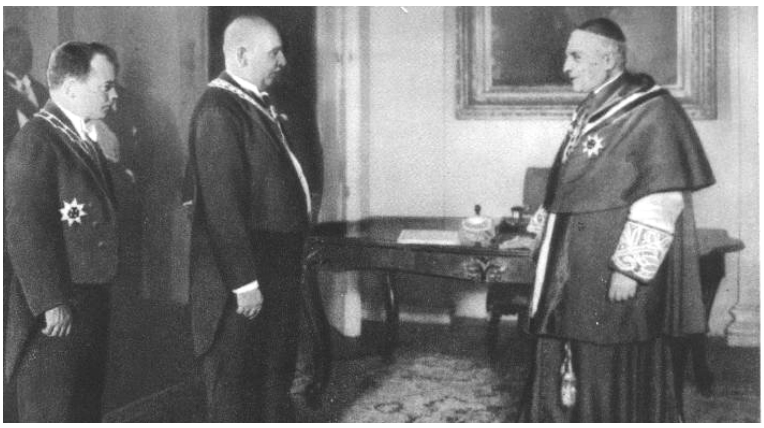
Die Sitzung kann jetzt geschäftsordnungsgemäß nicht fortgesetzt werden. **Dollfuß erklärt, das Parlament habe sich selbst ausgeschaltet, seine Regierung sei jedoch weiter im Amt.** Man kann nun mit dem Ermächtigungsgesetz von 1917 ohne Parlamentskontrolle regieren, so sieht es zumindest die Regierung. Reparaturmaßnahmen (etwa Neuwahl des Parlamentspräsidiums oder überhaupt Neuwahlen) werden verhin-

dert, ein neues Zusammentreten des Parlaments wird von den Christlichsozialen boykottiert und mit Polizeigewalt unterbunden. Für den Fall, dass das Parlament nicht zusammentreten könne, hatte die SDAP die Ausrufung des Generalstreiks geplant und auch vorbereitet. Am 15.3. eröffnet der 3. Nationalratspräsident Straffner wegen der polizeilichen Räumungsdrohung schon um 14h30 die Sitzung des Rumpfparlaments aus Sozialdemokraten und Großdeutschen und schließt dann die seit 4.3. formal fortdauernde Sitzung. Was ein schwerer Fehler war, da die Sitzung für 15h angesetzt gewesen und somit die Zusammenkunft um 14h30 formal keine ordnungsgemäß einberufene Sitzung war. Statt der Ausrufung des für den Fall der Verhinderung der Sitzung geplanten Generalstreiks, verzettelt sich die Opposition in einem Streit mit der Regierung, ob die Sitzung nun stattgefunden habe oder nicht. Dollfuß entscheidet kraft seines Amtes als Kanzler die Lage für sich.

Verboten werden in der Folge am 25.3. der Republikanische Schutzbund, am 1. Mai die Maidemonstrationen, am 26.5. die Kommunistische Partei.

Am **10.5.** wird die Regierung umgebildet, es gibt nur noch christlichsoziale Minister, die Beseitigung demokratischer Rechte geht weiter: **alle anstehenden Wahlen werden ausgesetzt**. Anlass dafür war höchstwahrscheinlich die Gemeindewahl in Innsbruck, bei der die NSDAP am 23. April nach einem überaus aufwendigen und intensiven Wahlkampf 41,2% der Stimmen erlangt hatte und stärkste Partei geworden war.

Am 5.6. unterzeichnen Dollfuß und Schuschnigg in Rom ein **Konkordat mit dem Vatikan**, das der katholischen Kirche wieder immense Vorrechte einräumt. Das **Verbot** des kirchenkritischen **Freidenkerbundes** (in der 1. Republik eine der Massenorganisationen im Vorfeld der Sozialdemokraten) am 12.6. ist eine der Folgen davon.



Dollfuß liefert dem Papst ein katholisches Österreich

Im August 1933 legt man dazu noch ein Schäuferl nach: der **Austritt aus der Kirche** wird enorm **erschwert** bzw. verunmöglicht: **Man lässt nunmehr jeden Austrittswilligen auf seinen Geisteszustand überprüfen!**

Die katholische Kirche nahm das mit Genugtuung zur Kenntnis. Den Erzbischof von Wien, Kardinal Innitzer, erinnert dieser "Aufbruch einer neuen Zeit" (nicht zu Unrecht!) an die **Zeit der Gegenreformation**. Der religiöse Terror der Gegenreformation ist damals ja auch offiziell noch eine hoch gelobte katholische Errungenschaft. Im Weihnachtshirtenbrief 1933 stellt Innitzer fest: *"Noch selten dürfte das Oberhaupt der Kirche den Führern und den Mitgliedern einer Regierung so rückhaltlose Worte vollsten Lobes und freudiger Anerkennung für ihr Bekenntnis und staatsmännisches Ziel gewidmet haben, wie unserer gegenwärtigen Regierung"*.

Politisch organisieren sich die Klerikalfaschisten ab 20. Mai 1933 in der **VATERLÄNDISCHEN FRONT**, ein *"überparteilicher Zusammenschluss aller regierungstreuen Österreicher"*, so die Eigendefinition. In der Folge werden hunderttausende Österreicher zum Beitritt in diesen Verband genötigt.

das Krukenkreuz ist das Symbol der Klerikalfaschisten

Mit der NSDAP gibt es größere Wickel. Am 15. Mai sollte der deutsche Nazi-Funktionär Reichsleiter Hans Frank auf einer NSDAP-Veranstaltung reden, die Regierung verfügt die Ausweisung, worauf die deutsche Regierung ab 1. Juni die sogenannte *Tausend-Mark-Sperre* verhängt. Deutsche Reichsbürger, die (ausgenommen im "kleinen Grenzverkehr") nach Österreich reisen, haben eine Ausreisegebühr von 1000 Reichsmark zu entrichten (das wären heute ungefähr 4000 €). Wodurch der auch damals nicht geringe deutsche Fremdenverkehr nach Österreich zum Erliegen kommt.

Österreichische Nazis verüben im Juni 1933 eine Serie von Sprengstoffanschlägen, was am 19.6. zum Verbot der NSDAP führt. Die österreichische Regierung steht damit im Dauerkonflikt mit den deutschen Nazis, sucht als Ausgleich den Kontakt und die Zusammenarbeit mit den italienischen Faschisten, was vorerst gelingt (Dollfuß trifft im August 1933 Mussolini).

Feind und Freund der Austrofaschisten

Die defakto herrschende Diktatur existiert formal noch nicht. Die Sozialdemokraten sind immer noch eine legale Partei, die ideologischen Vorstellungen der Dollfuß-Regierung harren noch ihrer kompletten Umsetzung. Vom 8. bis 12. September findet in Wien der *allgemeine deutsche* ***Katholikentag*** statt (ohne Katholiken aus Deutschland, die Tausendmarksperre verhindert die Einreise). Dollfuß setzte im Rahmen dieser Tage die erste Großkundgebung der VATERLÄNDISCHEN FRONT an und hält am **11. September am Wiener Trabrennplatz seine programmatische Rede, diese Trabrennplatzrede ist die ideologische Zusammenfassung des Klerikalfaschismus, Dollfuß führt aus:**

Wir wollen das neue Österreich

Im Zeichen des Stephansdomes und der Türkenbefreiung werden wir an die große Geschichte unserer Heimat erinnert. Daß vor 500 Jahren in der damals kleinen, aber hochbedeutsamen Stadt Wien der Stephansdom als Kunstwerk der christlichen deutschen Kultur erstehen konnte, das beweist doch, daß schon damals wirkliche Kultur in unserem Lande geherrscht hat und bringt uns mit elementarer Wucht zum Bewußtsein, daß schon vor mehr als vor einem halben Jahrtausend in unserem deutschen Lande die Vermählung von wirklich echtem, kerngesundem Volkstum und nach oben orientierter Weltanschauung erlebten Christentums zu einer Hochblüte der Kultur in Österreichs Landen geführt hat. Die Türkenbelagerung vor 250 Jahren hat die Menschen um den Stephansturm herum und den Mann, der vom Stephansturm aus die Verteidigung leitete, mit banger Sorge erfüllt. Tapfer und treu haben die Wiener unter Führung ihres Verteidigers Starhemberg hier ausgehalten und wir freuen uns, daß der Name der Familie Starhemberg unserem Heimatlande erhalten geblieben ist und einer der Nachkommen des Rüdiger von Starhemberg zu den Erneuerern Österreichs gehört.

Prinz Eugen, damals im Heere auf dem Kahlenberg noch junger Leutnant, war später der Verteidiger und Mehrer dieses Reiches geworden. Es folgte das große theresianische Zeitalter, in seiner ganzen Macht und gestaltenden Kraft. Und das war alles sogenanntes "Mittelalter" und jene Zeit, in der das Volk berufsständisch organisiert und gegliedert war, war jene Zeit, in der der Arbeiter gegen seinen Herrn nicht aufstand und organisiert war, jene Zeit, wo Wirtschaft und Leben auf der Zusammenfassung aller gegründet war, die in einem Berufe ihr Brot erhalten haben.

Wir wissen genau, warum es der neuen Geistesrichtung, die wohl mit dem Beginn der französischen Revolution zusammenfällt, möglich war, dieses System gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnung wenigstens für anderthalb Jahrhunderte zu überwinden. Damals war in der berufsständischen Ordnung der Bauernstand nicht entsprechend berücksichtigt, ja vernachlässigt worden. Auch Handel und Gewerbe waren in ihren Zünften erstarrt und führten ein formalistisches Leben. Gewiß auch deshalb, weil die Privilegien einzelner Stände allzusehr in den Vordergrund gerückt waren. So ist das Zeitalter gekommen, wo der einzelne Mensch schutzlos der Macht des anderen unterworfen war und schließlich das Geld die Herrschaft antrat und der ärmere und schwächere Teil des Volkes zurückgedrängt wurde. Wir wollen nicht verkennen, daß die technische Entwicklung in dieser Zeit ungeahnte Fortschritte machte, aber in dieser Zeit, in der man durch wirtschaftliche Kämpfe die Änderung der sozialen Ordnung herbeiführen wollte, und glaubte, daß man durch Wissen und Wissenschaft und durch Aufklärung allen Problemen des Lebens beikommen könne, in einer Zeit, in der man die Einstellung des Menschen zur Unendlichkeit, seine Religion vielfach nur duldete, ja sogar belächelte, in einer solchen Zeit materialistischer Einstellung, die den einzelnen zur restlosen Ausnützung seiner Geldmacht berechtigte, mußte sich ein großer Teil des Volkes mit Recht unterdrückt fühlen.

So ist dem Zeitalter des Liberalismus ein Zeitalter der Willkür und der reinen Macht, ein Zeitalter gefolgt, das seinem Ideengang nach nicht weniger materialistisch war, das ebenso ohne Gottes- und menschliche Gesinnung einfach rein formalistisch, organisatorisch die Übel der damaligen Zeit heilen wollte. So kam die Epoche des Marxismus, des brutalen

Materialismus. In der Zeit ist die Menschheit dank der Erfolge, die sie auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Technik genommen hatte, hochmütig und größenwahnsinnig geworden. Als Antwort auf die Zeit, in der man gemeint hat, allen Weltgeheimnissen mit Formeln und logischen Schlüssen bereits nahegekommen zu sein, kam eine der größten Weltkatastrophen der Menschheit, der Weltkrieg.

Nach dem Weltkrieg folgte ein unerhörter wirtschaftlicher und noch viel mehr geistiger und seelischer Zusammenbruch, wie er ärger nicht sein konnte. In dieser Zeit wurde auch in Österreich die neue Heimat aufgebaut, entsprechend der geistigen, seelischen und wirtschaftlichen Verfassung dieses Landes. Mühsam ist es den Vertretern der bodenständigen Bevölkerung gelungen, zu verhüten, daß der Materialismus und der gottlose Marxismus die Alleinherrschaft in unserer Heimat angetreten haben, aber nicht konnte damit verhindert werden, daß diese Geistesrichtung doch durch mehr als ein Jahrzehnt die Entwicklung, die wirtschaftliche und seelische Entwicklung unserer Heimat, faktisch bestimmt hat. Das Volk hat in seinem guten Empfinden sehr bald gespürt: So geht es doch wohl nicht weiter in einem Lande, das so arm geworden ist, daß schließlich nur der Sieger bleibt, der am ärgsten schreit, nur der größte Demagoge die Entwicklung des Landes bestimmen kann. Wir brauchen nur daran zu denken, daß selbst der größte Staatsmann und idealste Mensch im Österreich der Nachkriegszeit, ein Dr. Ignaz Seipel, unerhörten Verleumdungen und Anfeindungen ausgesetzt war.

Ich will heute all das, was insbesondere in unserem Parlament und in der sogenannten Demokratie gesündigt worden ist, nicht im einzelnen anführen. Diejenigen, die die Entwicklung, wie sie jetzt gekommen ist, bedauern, mögen nur selbst im eigenen Schuldkonto nachschauen und ihre Sünden richtig einbekennen, dann werden sie die Entwicklung unserer Zeit schon richtig verstehen. So war es fast natürlich, wenn auch überraschend, was sich am 4. März dieses Jahres in unserem Parlament abgespielt hat: Das Parlament hat sich selbst ausgeschaltet, ist an seiner eigenen Demagogie und Formalistik zugrunde gegangen. Dieses Parlament, eine solche Volksvertretung, eine solche Führung unseres Volkes, wird und darf nie wiederkommen.

Im Kampf gegen den Marxismus, der rascher, als jemand zu hoffen wagte, zurückgedrängt werden konnte, ist uns unter der Fahne des Nationalsozialismus eine Bewegung in den Rücken gefallen und so war die Regierung gezwungen, in einem Zweifrontenkrieg die Führung des Staates fest in die Hand zu nehmen und aus eigenem Gewissen und eigener Verantwortung die nötigen Vorsorgen zu treffen. Ich glaube, daß die große Masse des braven österreichischen Volkes doch das Empfinden hat, daß in diesen wenigen Monaten, in denen der Regierung fast keine Stunde ruhiger Arbeit gegönnt war, doch auf vielen Gebieten mehr geschehen ist, als früher in Jahren geschaffen werden konnte.

Ich brauche nur andeutungsweise einige Worte zu sagen. Es ist keine Kleinigkeit, in einem kleinen Staate inmitten so ungeheurer Schwierigkeiten sagen zu können: Trotz dieser Kampfeszeit haben wir in Österreich unsere Währung vollständig gesichert, der Volksbetrug einer Inflation darf in unserer Heimat nie mehr wiederkehren. Es ist unser Bestreben, wahrscheinlich im Zusammenhange mit der inneren Anleihe, wenigstens so gut wir können, auch ein bißchen Unrecht gutzumachen, das an den Menschen begangen wurde, die seinerzeit im Vertrauen zum Staate ihr Ersparnis hingegeben haben. Wir haben in Österreich einen geordneten Staatshaushalt; ja, es ist wahr, wir müssen uns einschränken, wir müssen eben sparsam wirtschaften, aber zur Beruhigung unserer Bevölkerung kann ich sagen: Unser Staatshaushalt ist kleiner geworden, aber wir haben unser Haus in Ordnung. Wir haben auf dem Gebiete der Handelspolitik, wo wir nur schrittweise vorwärts kommen können, immer wieder die Verträge erneuert und ergänzt und sind auch hier vom Wege liberaler Wirtschaftspolitik abgekommen, sind zu den Methoden des Präferenzsystems gekommen, das im liberalen Zeitalter unerhört schien.

Eine große Bedeutung kommt bei uns dem Fremdenverkehr, insbesondere in den Gebirgsländern, zu. Österreich ist heute zu einem internationalen Verkehrslande geworden, wie es niemals vorher gewesen ist! Wir haben auch auf dem Gebiet des kulturellen Lebens Übelstände beseitigen müssen und Vorsorge getroffen, daß in der Schule wieder Religion gelehrt wird. Den jungen Menschen zum Materialisten und Egoisten zu erziehen und jeden Hinweis auf die höhere Macht, der er verantwortlich ist, zu unterdrücken, dem jungen Menschen das Gebot "Liebe deinen Nächsten" und "Ehre Vater und Mutter" vorzuenthalten und jedes religiöse Fundament zu nehmen, das ist die größte Untat und das größte Verbrechen, das man an der Jugend begehen kann.

Daneben waren wir reichlich beschäftigt, Ruhe, Friede und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Wir wollen keine Gewaltpolitik betreiben, aber wir sind verpflichtet, das ruhig arbeitende brave Volk vor allen Gewalttätigkeiten und Verhetzungen zu schützen. Wir werden auch auf dem Gebiete der Sicherheit konsequent weiterbauen und in der Abwehr gegen Übergriffe so weit gehen, als man uns zwingt.

Darauf aber können Sie sich verlassen: Daß wir uns von gewissen Bewegungen nicht überrumpeln lassen werden und daß wir allen Situationen gewachsen sind. Wir richten nochmals den Appell an alle Österreicher, Einsicht zu bewahren und nicht falschen Hoffnungen nachzulaufen, sondern treu zum Staate zu stehen und Umkehr zu halten, solange es noch Zeit ist. Unsere Politik richtet sich nicht gegen Menschen, mögen sie auch irregegangen sein. Aber wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, daß Ruhe, Ordnung und Friede jedermann in diesem Lande gewährleistet ist.

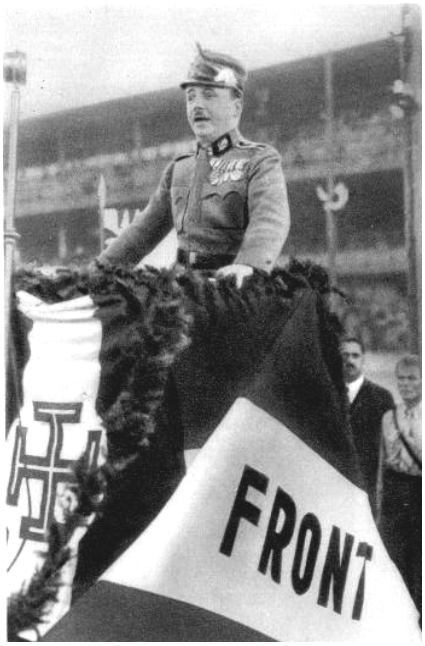
Ich wiederhole: Die Zeit des kapitalistischen Systems, die Zeit kapitalistischliberalistischer Wirtschaftsordnung ist vorüber, die Zeit marxistischer, materialistischer Volksverführung ist gewesen! Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei! Wir lehnen Gleichschalterei und Terror ab, wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker, autoritärer Führung! Autorität heißt nicht Willkür, Autorität heißt geordnete Macht, heißt Führung durch verantwortungsbewußte, selbstlose, opferbereite Männer. So wie wir vor Jahren im Kriege ohne falsches Heldengefühl bereit waren, unser Letztes zu geben, so wollen wir, besonders wir, die wir der Kriegsgeneration angehören, selbstlos in der Führung des österreichischen Staates nichts als unsere Pflicht erfüllen.

Ständischer Neubau ist die Aufgabe, die uns in diesen Herbstmonaten gestellt ist. Der Berufsstand ist die Ablehnung klassenmäßiger Zusammenfassung des Volkes. Berufsauffassung besagt die gemeinsame Arbeit, die die Menschen einigt. Wir wollen dafür in den Organen des öffentlichen Lebens die Voraussetzungen schaffen. Der Mensch will im Betriebe nicht nur eine Nummer sein, sondern will auch als Mensch gewertet und behandelt werden. Ständische Auf-

fassung berechtigt und verpflichtet den Herrn ebenso wie den Knecht. Wir werden daher wieder zurückgreifen müssen auf ältere Formen, aber nicht nur formalistisch, sondern es muß uns zum Bewußtsein kommen, daß die Arbeit die Menschen einigt. Im Bauernhause, wo der Bauer mit seinen Knechten nach gemeinsamer Arbeit abends am gleichen Tisch, aus der gleichen Schüssel seine Suppe ißt, da ist berufsständische Zusammengehörigkeit, berufsständische Auffassung. Und verschönert wird das Verhältnis noch, wenn sie beide noch nach Feierabend zum Rosenkranz sich niederknien. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl muß in uns wieder wach werden. Nur so werden wir den Marxismus, die falsche Lehre vom notwendigen Kampf der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wirklich in unserem Volke überwinden. Die äußeren Organisationsformen der berufsständischen Vertretung neuzugestalten, ist die Aufgabe dieser Regierung.

Aber auch auf sozialem Gebiete muß die berufsständische Auffassung und gesellschaftliche Eingliederung des Menschen betont werden. Auch hier stehen uns unmittelbar konkrete Aufgaben gegenüber. Es ist auf die Dauer nicht haltbar, daß die Kosten der notwendigen sozialen Fürsorge nur die tragen, die Arbeiter beschäftigen. Die heutige Form der Aufbringung der Mittel für soziale Zwecke der Arbeiter und Angestellten belasten nur den, der Arbeiter und Angestellte hat und wer die Arbeiter aus dem Betriebe hinausgeworfen und durch Maschinen ersetzt hat, bekommt eine zehn bis fünfzehnprozentige Investitionsbegünstigung dafür, daß er statt Menschen Maschinen eingestellt hat. Damit kommen wir dem Problem der sozialen Notwendigkeit auf die Dauer nicht nach, daß wir Löhne kürzen und streichen; das Schwergewicht muß darauf gelegt werden, die Aufbringung der Mittel auf eine gleiche Basis zu legen und die Einstellung neuer Arbeiter darf nicht Anlaß zu neuen Lasten und Belastungen sein. Hier haben wir ganz konkrete Wege vor Augen und ich hoffe, wenn die sozialen Lasten auf eine andere, gerechtere Weise hereingebracht werden und die Einstellung von Arbeitern nicht mehr schon am nächsten Tage mit Beitragsvorschreibungen bestraft wird, dann wird ein Appell an die kleinen und großen Betriebe: Denk daran, daß hunderttausende Menschen um Arbeit bitten und beten, nehmt Arbeiter in eure Betriebe, dann wird dieser Appell wirklich gehört werden. Ich bin überzeugt, daß durch diese Maßnahme allein wir ein Drittel unserer Arbeitslosen wieder in reelle Arbeit werden bringen können. Es sind arme Menschen, denen der Staat in erster Linie zu helfen die Pflicht hat, die trotz ernstlichen Wollens nicht die Möglichkeit finden, für ihre Familie Brot zu verdienen. Sie können gewiß sein, daß wir uns dieser Sorge unermüdlich widmen und ich hoffe, daß der angedeutete Weg der richtige ist. Wir kämpfen gegen den Marxismus, wir kämpfen auch gegen den braunen Sozialismus, aber wir werden niemals die Lebens und Grundrechte der Arbeiter antasten, im Gegenteil, ein gerechter christlicher Staat muß gerade den Ansprüchen der arbeitenden Menschen in erster Linie gerecht werden. Das wollen wir.

Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich. Wir sind so deutsch, so selbstverständlich deutsch, daß es uns überflüssig vorkommt, dies eigens zu betonen. Daß wir diesem deutschem Volke ehrlich und treu dienen wollen, das erklären wir hier. Wir wollen die guten Charaktereigenschaften des deutschen Volkes pflegen und hüten, wir wollen die dem Deutschtum eigene Mannigfaltigkeit zur Einheit führen und wollen die Tugenden der Ehrlichkeit und der deutschen Treue in unserer Heimat pflegen. Wir wollen uns auch davon nicht abbringen lassen, wenn man uns auch unser wirklich ehrliches Deutschtum abzusprechen versucht. Wir glauben, daß wir ehrliche deutsche Kultur in diesem christlichen Teile Mitteleuropas zu erhalten und zu hüten und in österreichischer Form die christlichdeutsche Kultur in diesem Lande zu gestalten haben. Wir lassen das Urteil, wer schließlich dem Deutschtum besser gedient haben wird - daß wir es ehrlich meinen, kann ich aus tiefster Seele hier vor der ganzen Versammlung beschwören - dem Urteil der kommenden Generationen, da wir nicht hochmütig genug sind, ein Urteil hierüber vorwegzunehmen.



Ich habe bei allen Gelegenheiten, wo ich im Auslande über unsere Heimat zu reden und für sie zu werben hatte, niemals unterlassen zu sagen, daß wir Österreicher sind und daß wir ein deutsches Land sind. Diese Tatsache hat niemanden abgestoßen und war niemandem ein Anstoß. Wir haben uns in aller Welt Freunde erworben und ich erkläre, manche verstehen nicht, warum wir in dem Kampfe, der in sehr übler Weise von einer Partei über unsere Grenzen hereingetragen wird, nicht schärfer vorgehen. Ich kann nur eines sagen: Wir sind uns immer dessen bewußt, daß wir Deutsche sind. Wenn uns auch der große Bruder heute absichtlich oder unabsichtlich nicht versteht und gewisse Mißverständnisse bestehen, so erkläre ich: Wir haben uns immer nur gewehrt und niemals angegriffen. Wir haben auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit immer betont, ich würde es aber bedauern, wenn dieser gute Wille als ein Winseln von Menschen, die sich nicht mehr zu helfen wissen, aufgefaßt würde.

Unser deutsches Gefühl hat uns davon abgehalten, Wege zu beschreiten, zum Schutze unserer Ehre und Unabhängigkeit, die wir gegenüber jedermann sonst beschritten hätten. Ich habe in meiner Regierungserklärung vor fünfviertel Jahren festgestellt, daß wir mit Deutschland in bester Freundschaft leben wollen. Wir wünschen weiter nichts, als daß wir unser eigenes Haus in Ruhe und Frieden bestellen können. Die Auseinandersetzung mit den einzelnen Gruppen unseres Volkes ist eine innerpolitische Angelegenheit, die man uns ruhig überlassen soll.

Ich will heute in dieser Frage nicht bitter werden. Aber was hier zwischen Brüdern sich abspielt, geht weit über das Maß dessen hinaus, was unter Fremden kaum möglich wäre. Obwohl wir ein kleines und armes Land sind, haben wir doch ein Recht auf Ehre.

Liebe Freunde, heute haben wir den ersten großen Generalappell an die Vaterländische Front gerichtet. In Hunderten von Versammlungen ist das Wort, das ich zuerst in Innsbruck ausgesprochen habe: "Österreich erwache!" aufgegriffen und zur Fahne geworden! Und in hunderten Versammlungen ist über die Parteigrenze hinaus der Gedanke des

Gemeinsamen, der Gedanke unseres Vaterlandes, das, was die Menschen einigt, laut geworden. So ist die Vaterländische Front heute eine Bewegung und nicht eine Addition von zwei oder drei Parteien, sondern eine innen unabhängige große vaterländische Bewegung, die alle, die sich zu Österreich als ihrem deutschen Vaterlande bekennen, in sich schließen will, eine Bewegung, die jeden, der das Abzeichen der Vaterländischen Front trägt, dazu verpflichtet, das Einigende zu betonen, das Trennende beiseitezuschieben und keiner Bewegung anzugehören, die den Klassenkampf oder Kulturkampf zum Ziele hat. Das sind die Grenzen, die wir uns stecken, und so soll der Gedanke der Gemeinsamkeit von heute hinausgehen und mit organisatorischer Gewalt über ganz Österreich dahingehen. Tragen wir alle das gemeinsame Bekenntnisabzeichen, weil heute zu leicht die breite Menge oder der Fremde, der zu uns kommt, an Äußerlichkeiten haftet und, wenn die friedliche Bevölkerung sich wenig sehen läßt, einen falschen Eindruck bekommt. Wir wollen uns gemeinsam zur österreichischen Vaterländischen Front bekennen. Die Zugehörigkeit zur Vaterländischen Front ist ein Bekenntnis des Willens zur Mitwirkung am Aufbau unserer Heimat auf christlicher und ständischer Grundlage, ist ein Willensbekenntnis zur Überwindung des Parteienstaates. Wir haben nicht die Absicht, auch in der neuen Verfassung Möglichkeiten für Demagogie und parteipolitische Hegemonie frei zu lassen. Wir wollen alle Menschen, die es mit Österreich ehrlich meinen, für uns gewinnen und wollen nicht wieder in Erscheinungen vergangener Zeiten zurückfallen, dazu führen wir nicht den schweren Kampf. Es geht um eine neue Zeit, eine neue Zeit unserer braven, schönen, österreichischen Heimat und der Kampf geht nicht gegen Menschen, geht nicht gegen arbeitende Menschen, auch wenn sie bisher vielleicht Irrwege gegangen sind. Unser Kampf geht gegen falsche Ideen und gegen falsche Formen. Als bewußte gute Deutsche lehnen wir auch übertriebenen falschen Nationalismus ab.

Und so wollen wir an diesem festlichen Abend, der sich in Wien in den Tagen des großen Bekenntnisses abspielt und im Zeichen historischen Geschehens steht, wieder das Gelöbnis ablegen, alles einzusetzen - und wir als Führer wollen selbstlos mit gutem Beispiel vorangehen - alles einzusetzen, damit die Liebe zu unserer Heimat wieder lebendig wird, damit dieses Österreich unsere und unserer Kinder Heimat bleibe. Unbekümmert um Verdächtigungen und Verhetzung von innen und außen sage ich heute: Wenn ich nicht von dem tiefen Glauben durchdrungen wäre, daß der Weg, den wir gehen, uns von oben als Pflicht vorgeschrieben ist, wenn ich nicht von diesem Gedanken durchdrungen wäre, daß das neu erwachte Gefühl der Heimatliebe wieder so stark ist, daß wir allen Widersachern widerstehen können, so würde ich nicht die seelische Kraft fühlen, so zu Ihnen zu sprechen und diesen Weg Ihnen voranzugehen. Ich bin überzeugt, daß es der Wille einer höheren Macht ist, daß wir unser Heimatland Österreich mit seiner ruhmreichen Geschichte, wenn auch heute in kleinerer Form, erhalten, ich bin überzeugt, daß dieses Österreich in der Gestaltung des öffentliche Lebens beispielgebend sein wird auch für andere Völker, daß wir in diesen Österreich auch dem gesamten Deutschtum gegenüber einen großen, wertvollen Dienst zu erweisen und zu erfüllen haben.

Und so stehe ich vor Euch mit der Bitte: Bleibt Euch des Ernstes unserer Zeit bewußt, seid Euch dessen bewußt, daß wir die Aufgabe haben, die Fehler der letzten 150 Jahre unserer Geistesgeschichte gutzumachen und auf neuen Wegen unserer Heimat ein neues Haus zu bauen, und daß jeder einzelne die Pflicht hat, an diesem Neubau mitzuarbeiten. Wir alle gehen auch heute wieder mit dem Glauben von hier weg, einen höheren Auftrag zu erfüllen. Wie die Kreuzfahrer von dem gleichen Glauben durchdrungen waren, so wie hier vor Wien ein Marco d'Aviano gepredigt hat "Gott will es" - so sehen auch wir mit starkem Vertrauen in die Zukunft, in der Überzeugung: Gott will es!

Soweit Dollfuß. Noch ist der "Wille Gottes", der als Grundlage für den Klerikalfaschismus bemüht wird, nicht voll durchgesetzt ...

Vizekanzler Emil Fey

Die VATERLÄNDISCHE FRONT wurde von Dollfuß zur *"alleinigen Trägerin der politischen Willensbildung"* erklärt, was auch vom bis Mai 1933 noch in Koalition mit den Christlichsozialen gewesenen LANDBUND (= deutschnationaler Bauernverband) abgelehnt wird. Die selbsternannte Dollfußregierung hätte nunmehr keine Mehrheit im Parlament, wenn diese Einrichtung noch in Funktion wäre.

Am 21.9.1933 bildet Dollfuß seine Regierung um, der Kanzler übernimmt selbst die Ressorts Inneres, Äußeres, Verteidigung, Sicherheit und Landwirtschaft. Vizekanzler wird der Wiener Heimwehrführer Emil Fey.

die Heimwehr ist marschbereit und seit 27. September 1933 Teil der VATERLÄNDISCHEN FRONT

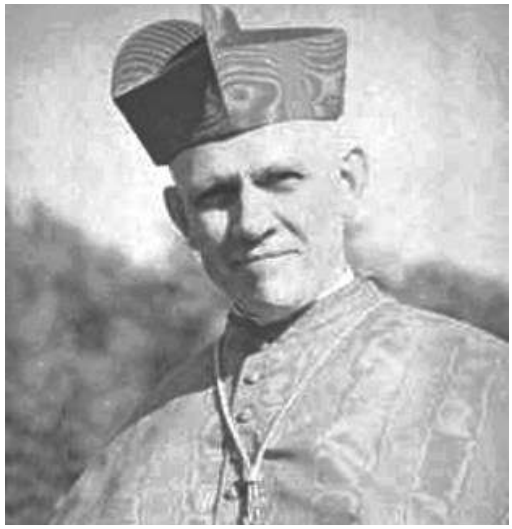
Dollfuß mit Hahnenschwanzlermütze der Heimwehrer

Nach deutschem Vorbild, wo man die politischen Gegner im KZ Dachau interniert, richtet man auch in Österreich "Anhaltelager" ein, das bekannteste ist in Wöllersdorf. Wobei natürlich angemerkt werden muss, dass Dachau und Wöllersdorf nicht auf dieselbe Stufe zu stellen sind.

Das Anhaltelager Wöllerdsdorf wird in den kommenden Jahren stark anwachsen

Vom 14.-16.Oktober findet der letzte sozialdemokratische Parteitag der Ersten Republik statt. Dem Aufbau der schwarzen Diktatur wagt man nicht offensiv entgegenzutreten.

Volle Unterstützung der diktatorischen Bestrebungen findet die Regierung seitens der katholischen Kirche, die diese im Weihnachtshirtenbrief der Bischöfe enthusiastisch lobt und die Österreicher auffordert, die Regierung zu unterstützen.



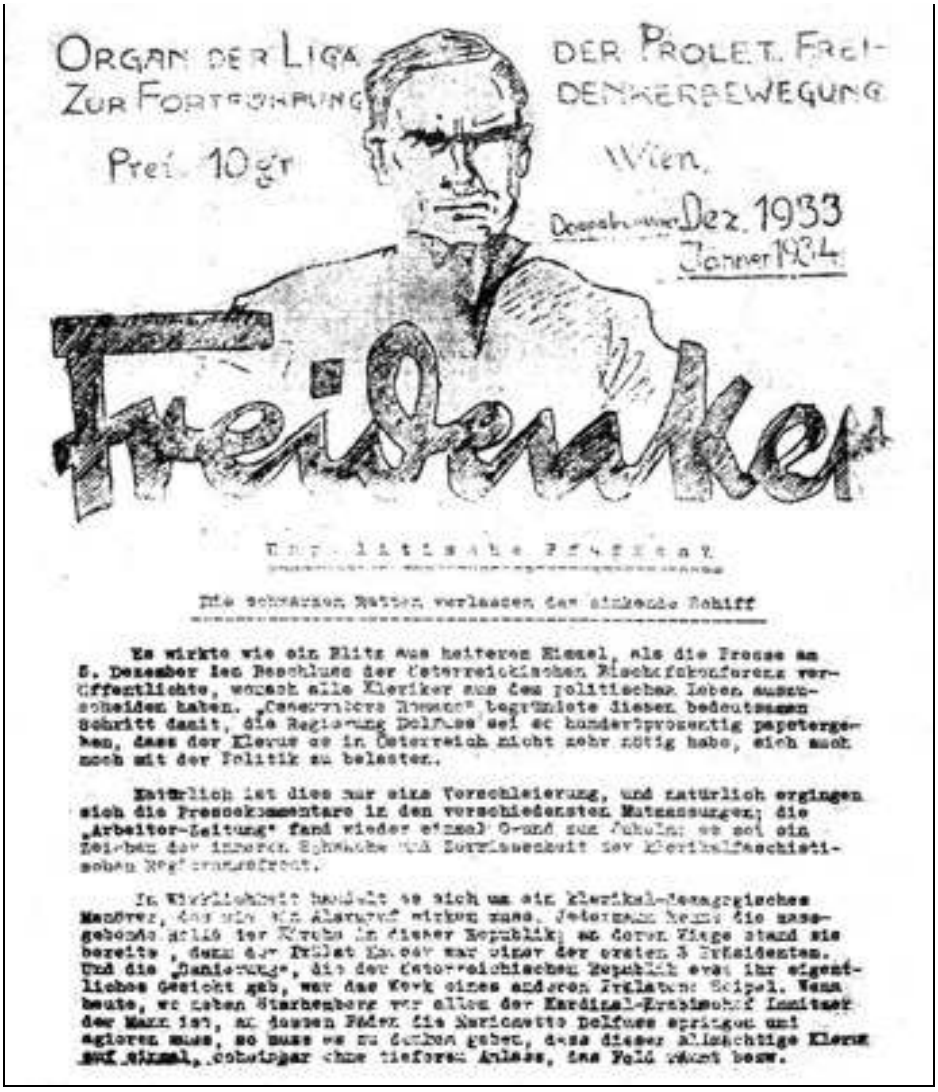
Theodor Innitzer (1875-1955), 1911 Universitätsprofessor für Bibelexegese,
1932 Erzbischof von Wien, 1933 Kardinal - und Klerikalfaschist!

Von der Ausschaltung des Parlaments bis Ende 1933 hatte die Dollfuß-Regierung über 300 verfassungswidrige Gesetze und Verordnungen mittels des *Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes* von 1917 erlassen. Diese Regierungsmaßnahmen dienten überwiegend der weiteren Beschneidung der sozialen Rechte der arbeitenden Bevölkerung, der Sicherung des Besitzstände der Unternehmer und der Bauernschaft, der Einschränkung der demokratischen Grund- und Freiheitsrechte.

Formaljuristisch hatte sich Dollfuß abgesichert. Was er seit März 1933 machte, war eindeutig ein Bruch der österreichischen Verfassung. Eine Klage gegen ihn und seine Regierung beim Bundesverfassungsgerichtshof verhinderte er mit einer ganz primitiven parteipolitischen Maßnahme: Alle Verfassungsrichter, die der christlichsozialen Partei zugeordnet wurden, forderte man zum Rücktritt auf. Und diese christlichsozialen "Richter" folgten nicht ihrer Verpflichtung als Wahrer und Schützer der Bundesverfassung, sondern dem Ruf der Partei. Sie traten zurück, der Verfassungsgerichtshof wurde dadurch beschlussunfähig und war außer Betrieb, denn Ersatzrichter wurden keine bestellt.

Am 5. 12. 1933 wird bekannt gegeben, dass die österreichische Bischofskonferenz den Beschluss gefasst habe, alle Kleriker aus dem politischen Leben auszuscheiden. Bisher hatte es Pfarrer und Prälaten als Abgeordnete, Landeshauptleute und sogar Bundeskanzler gegeben. Nun war dieses Engagement nicht mehr nötig, wie die Bischöfe festhalten konnten: Die Regierung Dollfuß sei so 100prozentig dem Papst ergeben, dass es der Klerus in Österreich nicht mehr nötig habe, sich auch noch mit Politik zu belasten.

Der verbotene **FREIDENKERBUND** verbreitet dazu ein illegales Flugblatt:


ORGAN DER LIGA ZUR FORTSETZUNG DER PROLET. FREIDENKERBEWEGUNG

Preis 10 gr

Wien, Dezember Dez. 1933 Jänner 1934

Freidenker

Die schwarzen Ratten verlassen das sinkende Schiff

Es wirkte wie ein Blitz aus heiterem Himmel, als die Presse am 5. Dezember den Beschluss der österreichischen Bischofskonferenz veröffentlichte, wonach alle Kleriker aus dem politischen Leben ausscheiden haben. „Centralblatt Dollfuß" begründete diesen bedeutsamen Schritt damit, die Regierung Dollfuß sei so hundertprozentig papstergeben, dass der Klerus es in Österreich nicht sehr nötig habe, sich auch noch mit der Politik zu belasten.

Natürlich ist dies nur eine Verschleierung, und natürlich ergingen sich die Pressekommentare in den verschiedensten Mutmassungen; die „Arbeiter-Zeitung" fand wieder einmal O-und zum Schluß: es sei ein Zeichen der inneren Schwäche und Zerrissenheit der klerikalfaschistischen Regierungsfront.

In Wirklichkeit handelt es sich um ein klerikal-demagogisches Manöver, das wie ein Alarmruf wirken muss. Jedenfalls kann die massgebende Stelle der Kirche in dieser Republik, an deren Wiege stand sie bereits, denn der Prälat Ebenhoch war einer der ersten 3 Präsidenten. Und die „Sanierung", die der österreichischen Republik erst ihr eigentliches Gesicht gab, war das Werk eines anderen Prälaten: Seipel. Wenn heute, wo neben Starhemberg vor allem der Kardinal-Erzbischof Innitzer der Mann ist, an dessen Fäden die Marionette Dollfuss spritzen und agieren muss, so muss es zu denken geben, dass dieser allmächtige Klerus auf einmal, sozusagen ohne tieferen Anlass, das Feld räumt bezw.

Dies sei ein Schachzug der Kirche, die die Unterdrückung der Masse des Volkes durch die Notverordnungsdiktatur der schwarzen Regierung überlassen will und für deren Politik nicht mit zur Verantwortung gezogen werden will.

Das christlichsoziale Elend

Zur Jahrebeginn 1934 erhalten 350.000 Österreicher Arbeitslosenunterstützung, vorgemerkte Arbeitslose gibt es 440.000, die tatsächliche Zahl liegt wesentlich höher, da Menschen, die keine Unterstützung erhielten und sich wegen Aussichtlosigkeit auch nicht mehr als arbeitssuchend vormerken ließen, statistisch nirgends erfasst sind, geschätzt werden muss eine Zahl von über 500.000 arbeitslosen Arbeitswilligen.

Man muss zu diesen Zahlen bedenken, dass es damals eine völlig andere Beschäftigungsstruktur gab als heute: weitaus mehr Bauern, die viel Personal beschäftigten, allerdings unter schlechtesten Bedingungen (Quartier, Kost und eine taschengeldartige Bezahlung), viele Kleinbetriebe (Gemischtwarenhändler, Handwerker, Kleingewerbe) und viel weniger "unselbständig Erwerbstätige" im Sinne der heutigen Arbeiter und Angestellten.

Erwerbstätige 1934 (ohne rund 380.000 mithelfende Familienangehörige):

Soziale Stellung	Beschäftigte
Selbständige	649.665
Angestellte, Beamte	460.239
Arbeiter	1.618.975
Lehrlinge	62.105
Summe	**2.790.984**

Davon Berufsgruppen 1934:

Berufsgruppe	Beschäftige
Land- u. Forstwirtschaft	1003.961
Bergbau	22.841
Industrie und Gewerbe	1036.735
Handel und Verkehr	423.231
Öffentliche Dienste	119.900
Häusliche Dienste	178.546
Summe	**2.785.214**

Da sich die Arbeitslosigkeit hauptsächlich auf die Berufsgruppen Industrie & Gewerbe und Handel & Verkehr konzentrierte, lag die Arbeitslosenrate somit deutlich über 30%.

Das Sozialnetz war extrem weitmaschig. Längst nicht alle Bevölkerungsgruppen wurden von sozialen Einrichtungen erfasst. Besonders am Land, wo die Gesellschaft noch nach dem mittelalterlichen ständischen Idealbild der Christlichsozialen strukturiert war, war die Situation katastrophal. Eine Pensionsversorgung existierte nicht. Die Bauern hatten ihre Altersvorsorge durch das "Ausgedinge", die Hoferben mussten bei der Hofübernahme entsprechende Vereinbarungen mit den Altbauern abschließen und diese bis zum Ableben versorgen.

Arbeitsunfähig gewordene Knechte und Mägde und sonstige Angehörige der Dorfgemeinschaft, die einem Erwerb nicht nachgehen konnten, wurden als "Einleger" versorgt. Was bedeutete, dass die Betreffenden von Hof zu Hof zogen und überall einige Tage Kost und Quartier erhielten. In größeren Gemeinden waren "Armenhäuser" eingerichtet. Wer allerdings arbeitsfähig war, hatte zu arbeiten, unabhängig vom Lebensalter. Ein wesentliche Element der Alterssicherung war die geringe Lebenserwartung, die altersmäßige Arbeitsunfähigkeit erlebten die meisten nicht.

Die Versorgung der Arbeitslosen war ebenfalls mehr als dürftig, nach Ablauf des Anspruches auf ein geringes Arbeitslosengeld standen sie vor dem Nichts: "Ausgesteuert".

Die Folge dieses christlichsozialen Staatswesens war eine ungeheure Zunahme der Bettler (im Volksmund als "Fechter" bezeichnet). Im ländlichen Bereich herrschte zwar Armut unter dem Großteil der Bevölkerung, aber man hatte zumindest zu essen und ein Dach über dem Kopf. Daher bewegten sich Legionen arbeitsloser Städter über Land und schnorrten um Essen, Quartier und ein paar Groschen. Meine Mutter erzählte mir, dass an ihrem Elternhaus, einer Dorfschmiede im unteren Mühlviertel in einem eher abgelegenen Bauerndörfchen, damals pro Tag bis zu 20 "Fechter" um eine milde Gabe ersuchten.

In christlicher Nächstenliebe kümmerte sich der christliche Staat um seine Opfer: die Bettler wurden zu Vagabunden erklärt und in Schlögen in einem Bettlerlager interniert.

Eine größere Anzahl verurteilter nationalsozialistischer Gewalttäter war mit der Weihnachtsamnestie 1933 auf freien Fuß gesetzt worden. Im Jänner 1934 setzte wieder eine Serie von Sprengstoffanschlägen ein, österreichweit werden bereits in der ersten Jännerwoche 140 Anschläge verübt. Die Nazis fühlen sich mit Hitlerdeutschland im Rücken stark genug, um offensiv aufzutreten.

Der österreichische Militärattache in Paris, Oberst Lothar Rendulic[4] vermutet schon im Jänner 1934, dass Bundeskanzler Dollfuß nicht mehr lange zu leben hätte. Er sagt zum ungarischen Generalstabschef, dass mindestens die

[4] Rendulic war ein fanatischer Nazi, er wurde wegen seiner illegalen NS-Tätigkeit später aus dem Bundesheer ausgestoßen, brachte es in der deutschen Wehrmacht zum Generaloberst, war einer der verbissensten Durchhaltekrieger, wurde 1948 von einem internationalen Militärgerichtshof wegen Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Haft verurteilt, aber schon 1951 freigelassen. Er lebte bis zu seinem Tode im Jahr 1971 in Eferding und war ein eifriger Leserbriefschreiber, der publizistisch bis zu seinem Tode einschlägig weiterkämpfte.

Hälfte der Offiziere und Soldaten nationalsozialistisch gesinnt sei, ebenso bei der Polizei, es sei nur noch eine Frage kurzer Zeit bis Österreich nationalsozialistisch werde, wobei wahrscheinlich Kanzler Dollfuß und Vizekanzler Fey ihre Leben verlieren würden.

Oberst Lothar Rendulic, einer der zahlreichen Nazis und Hochverräter im Bundesheer

Am 10.1.1934 verkündet Ernst Rüdiger Starhemberg die Ziele des österreichischen Heimatschutzes: *"Unser Kampf ist die uneingeschränkte Durchsetzung der faschistischen Ideenwelt in einer unserem Vaterland entsprechenden Art und Weise"*.

In einer Rede fordert am 18.1. Kanzler Dollfuß die "ehrlichen Arbeiterführer" auf, mit der Regierung zur Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs zusammen zu arbeiten. Er richtet seine Aufforderung also dezitiert nicht an die Sozialdemokratische Partei - unter "ehrlichen Arbeiterführern" meint er wohl solche, die sich seinem Ständestand widerspruchslos unterordnen (irgendwie kommt einem Menschen von heute diese Einstellung bekannt vor: die Regierung Schüssel zieht es auch vor, mit jemand zu verhandeln, der bereit ist, freudig den Regierungsplänen zuzustimmen).

Das verhängte Verbot des öffentlichen Verkaufs der ARBEITERZEITUNG (sie darf nur im Postversand verbreitet werden) ist für die Sozialdemokraten keine Basis für Gespräche mit der Dollfuß-Regierung.

Die italienische Regierung ließ die österreichischen Regierenden wissen, dass die gänzliche Ausschaltung der Sozialdemokratie in Österreich zur Einrichtung eines faschistischen Systems notwendig sei. Dollfuß ging sofort auf diese faschistischen Anregungen aus Italien ein. Die demokratisch eingesetzte Führung der Arbeiterkammern wurde entfernt und durch Regierungsverwalter ersetzt, seinerzeitige Kommandanten des 1933 verbotenen Schutzbundes wurden in Haft genommen, Parteilokale der SP nach Waffen durchsucht.

Bundespräsident Wilhelm Miklas hätte es in der Hand gehabt, eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen einzuleiten. Er hätte nach der Verfassung das Recht besessen, Dollfuß und seine Minister abzuberufen und Neuwahlen auszuschreiben.

Auch er war ein Parteigänger der Regierung. Zwar soll er ein schlechtes Gewissen gehabt haben, jedoch er berief Dollfuß nicht ab, er löste das Parlament nicht auf, er ließ keine Neuwahlen zu und war darum Beitragstäter. Die erste österreichische Demokratie mit den vollen Bürgerrechten ging den Bach hinunter.

Bundespräsident Miklas

Der Kampf um die Macht im Staate war trotzdem noch nicht endgültig entschieden. Die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI existierte noch legal und hatte sich für einen Widerstand ein Szenario festgelegt, falls Folgendes eintrete, wolle man Widerstand leisten:

→ Unterdrückung der Arbeiterpresse
→ Verbot der Gewerkschaftsbewegung
→ Besetzung des Wiener Rathauses
→ Verbot der Partei
→ Einführung einer faschistischen Verfassung

Das Zuwarten stärkte allerdings die faschistischen Kräfte und schwächte die eigenen. Die gänzliche Ausschaltung der Sozialdemokratie stand nun bevor. Am 8. Februar 1934 wurde das Wiener Parteihaus der SPÖ besetzt, Dollfuß weilte in Ungarn und traf sich mit Suvich, einem Emissär der italienischen Faschisten, um mit ihm letzte Absprachen zur Vervollständigung der faschistischen Diktatur zu treffen.

Otto Bauer (1881-1938), formal zwar nie Parteivorsitzender, defakto Sprecher der österreichischen Sozialdemokratie

Am 10. Februar hielt Dollfuß eine letzte Besprechung mit Vizekanzler und Heimwehrführer Emil Fey, der darauf am 11. Februar 1934 auf einer Heimwehrkundgebung die Pläne bekannt gab: *"Morgen schon werden wir mit dem Aufräumen beginnen und wir werden ganze Arbeit leisten"*.

Der Februar 1934

Die österreichische Regierung wird zunehmend von den Nationalsozialisten bedrängt, die durch das aufstrebende Nazideutschland einen mehr als starken Rückhalt haben.

Die SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI hat sich bisher äußerst zurückgehalten und sich gegen die verfassungswidrigen Maßnahmen der schwarzen Okkupanten der Staatsmacht nicht zur Wehr gesetzt. In der SDAP ist deswegen der Zorn und Unmut groß, der seit März 33 verbotene Republikanische Schutzbund existierte illegal weiter und ist partiell kampfbereit.

Am Parteitag der SDAP im Oktober 1933 hatte die Parteilinke unter anderem folgende Feststellungen und Forderungen vorgelegt: *Die Taktik, die sagt: Heute nicht, morgen nicht, aber wenn die Regierung das und das tun wird, werden wir den Generalstreik proklamieren, ist falsch. Erstens wird die Regierung nicht das und das tun und zweitens ist der Generalstreik nicht ein Allheilmittel; er ist die letzte Steigerung vieler wachsender Klassenkampfaktionen, Streikbewegungen, Arbeitslosenkundgebungen usw. Eine Partei, die den Kampf will, muß jede Teilaktion weitertreiben, die Front von Woche zu Woche verbreitern, immer größere Massen mobilisieren, die Ruhe und Ordnung mit immer heftigeren Stößen erschüttern und so die Entscheidung herbeiführen. Das ist nicht geschehen. (..)*
Wir müssen zum Angriff übergehen mit einem klaren Forderungsprogramm, mit einem Ultimatum an die Regierung. Unsere Minimalforderungen haben zu lauten: Aufhebung aller Notverordnungen, Wiederherstellung aller Arbeiterrechte. Unterstützung für alle Arbeitslosen. Auflösung und Entwaffnung aller faschistischen Formationen. Wenn die Regierung unsere Forderungen nicht erfüllt, muß der Sturz der Regierung und die Wahl einer Regierung der Arbeiter und Bauern unser unmittelbares Kampfziel sein.

Um diese Politik des revolutionären Widerstandes gegen den Faschismus mit der nötigen Festigkeit durchführen zu können, muß die Partei sich nicht nur im Prinzip, sondern auch in der Organisation den neuen Kampfnotwendigkeiten anpassen.(..)

Nur wenn die Führung der Partei von unten, an den Massen der Arbeiterschaft emporwächst und den Massen unmittelbar verantwortlich bleibt, ist die Bürgschaft für die höchste Kampfkraft der Arbeiterklasse gegeben. (..)

Wir sind eine Minderheit vor dem Parteitag, wir sind eine Mehrheit in dem besten und aktivsten Teil der Arbeiterschaft. Noch ist in Österreich nichts verloren, noch ist der Kampf zu gewinnen, wenn wir alle revolutionären Energien der Partei mobilisieren. Es liegt uns nichts daran, gegen die Partei recht zu behalten. Es liegt uns alles daran, mit der Partei zu siegen.

Die Linke kann sich nicht durchsetzen, die Parteiführung blieb bei ihrer Linie: Keine aktive Politik, keine Mobilisierung der Partei, durch diese Tatenlosigkeit wird der Faschismus zu seinen Taten weiter ermuntert.

der Linzer Schutzbund in legalen Zeiten

Die Regierenden bemühen sich im Jänner und Februar zunehmend, die Situation zu eskalieren. Beschränkungen und Verbote gegen die SDAP-Presse, polizeiliche Aktionen gegen Parteilokale sollen die legalen Bereiche der Arbeiterbewegung lahm legen und die Partei gänzlich handlungsunfähig machen.

Wenn dagegen Widerstand geleistet werden sollte, wäre dies der willkommene Anlass, alle Einrichtungen der Arbeiterbewegung gänzlich zu zerschlagen. Das Auffinden versteckter Waffen des seit Mai 1933 verbotenen Schutzbundes sollte als Vorwand für das Verbot der Partei dienen.

Die Staatsmacht stützt sich nicht nur auf Militär, Gendarmerie und Polizei, sondern auch auf den Heimatschutz (Heimwehr). Die Absichten der faschistisch orientierten Heimwehr und der Regierung stimmten überein, was sich auch aus dem so genannten KORNEUBURGER EID, der auf einer Kundgebung am 18. Mai 1930 erstmals abgelegt wurde, ersehen lässt:

Wir wollen Österreich von Grund aus erneuern!

Wir wollen den Volksstaat des Heimatschutzes.

Wir fordern von jedem Kameraden:
den unverzagten Glauben ans Vaterland,
den rastlosen Eifer der Mitarbeit und
die leidenschaftliche Liebe zur Heimat.

Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und
zum Wohle des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft
neu ordnen.

Wir müssen eigenen Vorteil vergessen,
müssen alle Bindungen und Forderungen der Parteien
unserem Kampfziele unbedingt unterordnen, da wir der
Gemeinschaft des deutschen Volkes dienen wollen!

Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus
und den Parteienstaat!

Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände
setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus
Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen
der großen Stände und aus den fähigsten und den
bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet
wird.

Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den
marxistischen Klassenkampf und liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung.

Wir wollen auf berufsständiger Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen. Wir werden den
Klassenkampf überwinden, die soziale Würde und
Gerechtigkeit herstellen.

Wir wollen durch eine bodenstarke und gemeinnützige Wirtschaft den Wohlstand unseres Volkes heben.

Der Staat ist die Verkörperung des Volksganzen,
seine Macht und Führung wacht darüber, daß die Stände
den Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft eingeordnet
bleiben.

Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen
deutschen Staatsgesinnung;

er sei bereit Gut und Blut einzusetzen,
er erkenne die drei Gewalten:
den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen,
das Wort seiner Führer!

Die Heimwehren traten Anfang Februar mit der Forderung auf, sogenannte "Landesausschüsse" zu bilden, die die amtierenden Landesregierungen ersetzen sollten. Die Sozialdemokratie sollte verboten werden, die sozialdemokra-

tischen Gemeinden unter kommissarische Verwaltung gestellt, ebenso Arbeitsämter und die Sozialversicherungen. In Tirol war der christlichsoziale Landeshauptmann Stumpf bereit, diesen Forderungen nachzukommen, in Oberösterreich, Steiermark, Burgenland, Salzburg, Kärnten und Vorarlberg wurde von den Landesregierungen Verhandlungsbereitschaft über die Forderungen der Faschisten signalisiert. Nur der nö. LH Reither lehnte ab. Ablehnung kam auch von den Wiener Christlichsozialen um Leopold Kunschak.

Dollfuß stellte sich bei seiner Rückkehr von seinem Staatsbesuch in Ungarn gegen Reither und Kunschak und sagte, man werde die Forderungen der Heimwehr schon sehr bald in die Tat umsetzen.

Die seit Mai 1933 verbotene KOMMUNISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS ruft in dieser Lage am 10.2.34 zum Generalstreik auf:

Die Rote Fahne

Sondernummer 10. Februar 1934 Nr. 3

Heraus zum Generalstreik!

Die Betriebe von Liesing, Atzgersdorf streiken bereits. Alle sozialdemokratischen Vertrauensmänner wurden dort verhaftet. In Innsbruck wurde Arbeiterheim und Druckerei von den Faschisten zusammengeschlagen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Die Heimwehren haben im Einvernehmen mit Dollfuß in allen Bundesländern ihre Horden bewaffnet aufgeboten.

Sie fordern Kommissäre an Stelle der Landesregierungen und der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen. In mehr als 20 sozialdemokratischen Gemeinden wurden die Kommissäre bereits eingesetzt. Sie fordern Kommissäre für die Arbeitslosenvermittlungen, Sozialversicherungsinstitute und auch für die Privatbetriebe.

Die klassenbewußten Proletarier sollen brotlos gemacht werden.

Es geht um euer Leben und euere Existenz!

Der sozialdemokratische Parteivorstand und die Gewerkschaftsführer setzen ihre Verrats- und Kapitulationspolitik weiter fort. Trotzdem Polizei und Militär das sozialdemokratische Parteihaus in der Wienzeile, das Konsumvereinsheim in Meidling und Gewerkschaftshäuser besetzte, rühren sie keinen Finger. Wie in Deutschland wollen sie die Arbeiter den Faschisten wehrlos preisgeben.

Schlagt den Faschismus nieder, ehe er euch niederschlägt!

Legt sofort die Arbeit nieder! Streikt! Holt die Nachbarbetriebe heraus! Wählt Aktionskomitees zur Führung des Kampfes in jedem Betrieb! Geht auf die Straße! Entwaffnet die Faschisten! Die Waffen in die Hände der Arbeiter!

Generalstreik!

Sofortige Auflösung aller faschistischen Organisationen!
Weg mit allen faschistischen Komissären!
Weg mit den faschistischen Verwaltungskommissionen der Arbeiterkammern!
Sofortige Wiederherstellung der Versammlungs-, Presse-, Koalitions- und Streikfreiheit!
Sofortige Freilassung aller antifaschistischen Gefangenen!
Weg mit der Todesstrafe und dem Standrecht!

Weg mit der Henker-Regierung!

Kommunistische Partei Oesterreichs (Sektion der III. Internationale)

Für die Morgenstunden des 12. Februar 1934 ist in Linz eine Hausdurchsuchung im Parkbad, einem der Stützpunkte und Sammelplätze des Schutzbundes, vorgesehen.

Der oberösterreichische SDAP-Landesparteisekretär und Schutzbundkommandant **Richard Bernaschek** berät am 11. Februar 1934 mit den Genossen Ludwig Bernaschek[5], Ferdinand Hüttner, Josef Glasner, Franz Schlagin und Otto Huschka, die Lage. Man sieht die Existenz der Partei in höchster Gefahr und beschließt das folgende Schreiben:
Ich habe mich heute vormittag mit 5 gewissenhaften, der Partei treu ergebenen Genossen besprochen und mit ihnen nach wirklich reiflicher Überlegung einen Beschluß gefaßt, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Die Begründung dieses Beschlusses werde ich vielleicht Gelegenheit haben, morgen abend dem Reichsparteivorstand bekanntzugeben. In Durchführung dieses Beschlusses werden wir heute nachmittag und diese Nacht sämtliche uns zur Verfügung stehenden Waffen, und zwar in ganz Oberösterreich, soweit bereitstellen, daß die heute noch zum Widerstand entschlossene Arbeiterschaft sie sofort greifbar hat.
Wenn morgen, Montag, in einer oberösterreichischen Stadt mit einer Waffensuche begonnen wird, oder wenn Vertrauensmänner der Partei bzw. des Schutzbundes verhaftet werden sollten, wird gewaltsamer Widerstand geleistet und in Fortsetzung dieses Widerstandes zum Angriff übergegangen werden.
Dieser Beschluß sowie die Durchführung ist unabänderlich. Wir erwarten, daß, auf unsere telefonische Mitteilung nach Wien, 'Waffensuche hat begonnen, Verhaftungen werden vorgenommen. Du der Wiener Arbeiterschaft und darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft das Zeichen zum Losschlagen gibst. Wir gehen nicht mehr zurück. Den Parteivorstand hier habe ich von diesem Beschluß nicht verständigt. Wenn die Wiener Arbeiterschaft uns im Stiche läßt, Schmach und Schande über sie. Ich komme morgen, Montag, wenn die vorher erwähnten Fälle bis dahin nicht eingetreten sind, nachmittags mit dem Genossen Koref nach Wien, der von diesem Beschluß nichts weiß, und werde dem Reichsparteivorstand mehr als Rede und Antwort geben. (..)

Mit Parteigruß Richard Bernaschek

Nachschrift! Ich bitte, dem Überbringer dieses Briefes die Telefonnummer anzugeben, unter welcher ich Dir die telefonische Mitteilung der erfolgten Waffensuche oder Verhaftung mitteilen kann.

Richard Bernaschek

Dieser Brief wurde mehrfach ausgefertigt und ging an Otto Bauer, Theodor Körner[6] und Johann Schorsch (Sekretär der Freien Gewerkschaften), er wurde von einem pensionierten Eisenbahner nach Wien transportiert.

Otto Bauer war über den Brief außer sich, er befahl dem Überbringer, Bernaschek seine entschiedene Ablehnung zu übermitteln und ihn sofort nach Wien zu schicken.

Richard Bernaschek

[5] Bruder von Richard B., nachmaliger oö. Landeshauptmannstellvertreter (1945-1969)

[6] Der nachmalige Bundespräsident war im 1. Weltkrieg Generalstabschef der Isonzo-Armee, nach 1918 in der SDAP und militärischer Berater des Schutzbundes.

Gleichzeitig versuchte man, die oö. Partei telefonisch zu erreichen, was nachts schwierig war, man konnte Kontakt mit dem Linzer Schutzbundbezirksleiter Huschka herstellen und gab ihm folgenden verschlüsselten Auftrag: *Der Tante geht es gut, die Ärzte und Onkel Otto sind der Meinung, dass nicht unternommen werden dürfe.*[7]

Das Telefongespräch wurde von einer "vaterländisch" gesinnten Telefonistin abgehört, die die Sicherheitsdirektion informierte. Der Sicherheitsdirektor Hammerstein ordnete an, am 12.2. statt des Parkbades das Arbeiterheim "Hotel Schiff" (Landstraße 36) zu durchsuchen. Um sieben Uhr stand die Polizei vor dem SDAP-Haus.

Für die SDAP ging nun vieles schief. Schutzbundleute bezogen ihre vorgesehenen Positionen. Bernaschek versuchte erfolglos Landeshauptmann Schlegel zur Intervention gegen die Polizeimaßnahmen zu bewegen. Polizei drang ins Büro Bernascheks ein und nahm ihn und zwei andere Genossen fest. Als die Festgenommenen abgeführt wurden eröffnete der Schutzbund-MG-Schütze, Rudolf Kunst das Feuer. Militär wurde beordert und bezog Stellung in den umliegenden Häusern. Kunst wurde durch eine MG-Salve vom Dach des Karmeliterklosters getötet, unter MG-Feuerschutz vom Klosterdach wurde das Hotel Schiff gestürmt.

Kämpfe in Linz

Die Linzer Schutzbundeinheiten hatten nur zum Teil ihre Einsatzbefehle erhalten, Kommandant Huschka war außerdem vor Beginn der Kämpfe schon der Polizei in die Hände gefallen. Der Schutzbund stand dadurch unter keinem einheitlichen Kommando.

Am Sammelplatz Wirtschafthof waren zwei- bis dreihundert Schutzbündler anwesend, allerdings fehlten viele Gruppenführer und die Bewaffnung war unzureichend, da die Gewehre anderweitig versteckt waren. Ein Versuch, die Belagerung des Hotel Schiff zu sprengen, scheiterte schon im Ansatz, ein Teil der Schutzbündler zerstreute sich, ein Teil wurde gefangen genommen, der Wirtschaftshof um 16 Uhr vom Militär besetzt.

Im Turm der Diesterwegschule wurde ein MG installiert, das die umlegenden Straßenzüge bis zur "Eisernen Hand" kontrollierte, jedoch wurden die Schutzbündler durch Einsatz von Artillerie und schweren MGs bis zum Abend zum Rückzug gezwungen.

Ein Feuergefecht gab es am damaligen Polygonplatz (heute Bulgariplatz), drei Bundesheerler und ein Schutzbündler fielen, am 13.2. räumte der Schutzbund die Stellung.

Am Freinberg war das Schutzbundzentrum im Jägermayrhof, wo rund hundert, überwiegend junge Leute aus der SOZIALISTISCHEN ARBEITERJUGEND und dem KOMMUNISTISCHEN JUGENDVERBAND, Widerstand leisteten. Ihr Kommandant, der 20jährige Franz Mayr, hielt aus einer guten Position die Angreifer lange ab, bis er angeschossen wurde und seinen Verletzungen erlag. Am Abend des 12.2. kapitulierte auch der Jägermayrhof.

---

[7] In den verschiedenen Überlieferungen und Erinnerungen existieren zumindest drei Varianten dieses Textes, die obige ist die "amtliche" Version.

Schusswechsel gab es an der Eisenbahnbrücke, wobei es zu einem besonders tragischen Zwischenfall kam: Der Soldat Franz Buchinger, Mitglied der SOZIALISTISCHEN ARBEITERJUGEND, versuchte zu seinen Genossen zu gelangen und wurde beim Robben über die Brücke als vermeintlicher Angreifer erschossen.

Die rasche Niederlage hatte ihre Ursachen in der mehr als unzureichenden Bewaffnung der Schutzbündler (es konnten längst nicht alle Waffendepots genutzt werden), im chaotischen Ablauf durch die fehlende Vernetzung und Befehlsstruktur, das Ausbleiben des erwarteten Generalstreiks (in Linz wurde nur von den ESG-Straßenbahnern und in Bereichen des Magistrats gestreikt) und sogar der Befangenheit der Schutzbündler gegenüber Polizei und Militär: Man sah in diesen nicht den Feind, der Feind war die Heimwehr, die sich nur im geringen Umfang an den Kämpfen, aber umso eifriger hinterher an den Verfolgungen der Schutzbündler beteiligte.

Im Wirtshaus "Kaiserkrone" in der Freistädter Straße war dem Schutzbund der Heimwehrführer Peter Revertera in die Hände gefallen. Als die Niederlage klar war und der Befehl zur Aufgabe der Kampfhandlungen kam, ließ man den schwarzen Milizführer ungeschoren frei.

Heimwehrführer Revertera

Kämpfe in Steyr

Die Stadt Steyr war durch die Steyr-Werke ein Bollwerk der Arbeiterbewegung. Der Betriebsratobmann der Steyr-Werke, August Moser, einer der profiliertesten Linken in der SDAP, war am 9.2. vorübergehend festgenommen worden.

Gustl Moser

Am 11.2. erklärten sich die Steyrer SDAP-Funktionäre einverstanden mit dem Brief Bernascheks an die Wiener Genossen, als am 12.2. telefonisch die Nachricht von den Kämpfen in Linz kam, rief Moser den Generalstreik aus, in den Steyr-Werken wurden die Telefonzentrale und der Eingangsbereich vom Schutzbund besetzt. Dabei wurde der Steyr-Generaldirektor namens Herbst beim Versuch ins Werk einzufahren, erschossen.

Die Schutzbundeinheiten positionierten sich am Tabor (wegen der Kaserne) und auf der Ennsleite. Der Versuch, die Kaserne zu besetzen, scheiterte mangels ausreichender Bewaffnung und weil der Schutzbundkommandant in die Hände der Polizei gefallen war. Der Schutzbund hielt seine Stellung bis zum Einbruch der Dunkelheit und zog sich dann über die Brücken auf die Ennsleite zurück.

Die Ennsleite ist eine Arbeitersiedlung, die auf einer steigenden Anhöhe über der Stadt Steyr liegt und dadurch ein wichtiger strategischer Punkt ist. Nicht nur die festungsartige Lage der Siedlung, auch die politische Geschlossenheit

und Gemeinschaft machte diesen Bereich zu einem Zentrum des Widerstandes gegen Klerikalfaschismus. In Steyr war auch die stärkste Organisation des antiklerikalen FREIDENKERBUNDES außerhalb Wiens. Daher war es wohl auch für die katholische Kirche eine Selbstverständlichkeit, ein MG-Nest des Militärs auf dem Steyrer Kirchturm installieren zu lassen.

Der Widerstand des Schutzbundes dauerte zunächst an. Dann wurde die Ennsleite mit Kanonen beschossen, bis zum Nachmittag des 13.2. dauerten die Gefechte, schließlich musste auch die Ennsleite kapitulieren.

zerschossene Häuser auf der Ennsleite

Kämpfe im Hausruckviertel

Der Widerstand im Kohlenrevier wurde von den Schutzbündlern unter den Bergarbeitern getragen. Die Bergarbeitersiedlungen waren Zentren der Arbeiterbewegung und daher bei den Herrschenden entsprechend gefürchtet. In Holzleithen kam es zu Gefechten, die vorerst mit einem Waffenstillstand abgebrochen wurden. Während des Waffenstillstandes wurden zwei Schutzbündler und der Schutzbundunterführer Josef Skrabal erschossen.

Am 13.2. kam es in Holzleithen zur Ermordung von vier Schutzbundsanitätern im dortigen Kinosaal. Auf Befehl des Heimwehrfunktionärs Frühwirt wurden sechs Gefangene auf die Bühne gestellt und niedergeschossen. Zwei überlebten verletzt, Andreas Kropatschek, Anton Zaribnicky, Franz Holzinger und Josef Schmied waren tot. Die Arbeitersamariter hätten im Waffenstillstand auf das Bundesheer geschossen, war die Ausrede der Mörder, die beiden überlebenden Schutzbündler sagten aus, man habe sich widerstandslos ergeben, da man "nichts gemacht" hätte. Die "Tagespost" (Vorgängerin der heutigen OÖNachrichten) berichtete am 15.2. darüber voller Freude und Blutrunst: *"Die Alpenjäger drangen daraufhin in das Arbeiterheim ein und erledigten die marxistischen Bestien auf eigene Faust und in eigenem standrechtlichen Verfahren: Sie stellten einige der Aufrührer auf die Bühne des Arbeiterheims und streckten sie nieder"*.

Dieses bekannte Bild von den Erschießungen ist nicht authentisch,
das nachgestellte Foto diente in der Folge auch den Nazis zur Agitation in der Arbeiterschaft.

Weitere Kämpfe

Es gab noch in verschiedenen Bereichen Auseinandersetzungen und Kämpfe, bekannt ist etwa die Geschichte des Ansfeldners Georg Buttinger, der in der Nettingsdorfer Papierfabrik arbeitete und im Haus des Heimwehrführers wohnte. Die Nettingsdorfer Schutzbündler hatten sich mit denen aus Traun in einer Schottergrube an der Bundesstraße 1 versammelt, aber als sie merkten, dass die Westbahnzüge fuhren[8], gaben sie ihren Auftrag, die Straße zu blockieren, auf und zerstreuten sich. Am Abend des 12.2. wollte nun der Ansfeldner Heimwehrführer mit zwei Heimwehrer bei Buttinger eine Waffensuche durchführen, Buttinger erschoss den Heimwehrer und verschanzte sich schwer bewaffnet im Haus. Er lieferte sich Feuergefechte mit dreißig Polizeischülern und sollte dadurch zur Aufgabe gezwungen werden, dass man das Haus anzündete. Buttinger kämpfte trotzdem weiter und erschoss sich mit der letzte Kugel.

In Attnang-Puchheim stoppten die Schutzbündler die Züge und waren entsetzt, dass der ausgerufene Generalstreik offenbar nicht befolgt wurde: Die Eisenbahner hatten nicht gestreikt und die Züge waren von Wien ungehindert bis Attnang gefahren.

Als die Gendarmerie örtliche SDAP-Funktionäre verhaftete, kam es in Ebensee am 13.2. zu Widerstandshandlungen, Streiks begannen, Bahn und Post wurden besetzt, Militäreinheiten umzingelten den Ort und bereitete die Beschießung vor. Am Donnerstag, den 15.2.1934 stellten die Ebenseer Schutzbündler den Widerstand ein, Ebensee wurde besetzt, damit waren die Kämpfe in Oberösterreich beendet.

Die Kämpfe in Wien

Die Parteiführung in Wien wurde am 12.2. um acht Uhr über die Kämpfe in Linz informiert. Ein Exekutivkomitee aus Otto Bauer, Julius Deutsch, Robert Danneberg, Karl Weigl, Johann Schorsch und Berthold König bildete nach der Besetzung der Parteizentrale durch die Staatsgewalt die Leitung der Sozialdemokratischen Partei. Mit Mehrheit beschloss das Komitee die Ausrufung des Generalstreiks und die Mobilisierung des Schutzbundes. Otto Bauer und Julius Deutsch wurden mit der Kampfleitung beauftragt., sie etablierten sich im Ahornhof im Gemeindebaukomplex "George-Washington-Hof" in Favoriten.

Julius Deutsch, seit 1923 Führer des Republikanischen Schutzbundes

Die Partei war allerdings nicht in der Lage, die wesentlichen Maßnahmen zu organisieren. Es konnten keine Flugblätter hergestellt und verbreitet werden, die Generalstreikparole gelangte bei weitem nicht in alle Betriebe, die Schutzbundeinheiten wurden nicht offensiv eingesetzt, es gab also keine Besetzungen wichtiger Punkte und Einrichtungen. Die als Streiksignal erwartete Stromabschalten wurde erst um ein Viertel vor zwölf Uhr durchgeführt.

Die Staatsmacht handelte rasch und zielsicher. Bereits eine halbe Stunde nach der Stromabschaltung war die Polizei voll bewaffnet im Einsatz und das Standrecht verkündet, Bundesheereinheiten verteilten sich im Laufschritt, ab 14 Uhr wurden die Zentren des Widerstandes (Parteilokale, Arbeiterheime, Gemeindebauten) umstellt und zerniert. Die Sammlung der Schutzbündler und die Waffenausgabe sollte dadurch unterbunden werden.

---

[8] Der Trauner Schutzbündler Alois Haslinger soll angesichts des gescheiterten Generalstreiks die Versammelten mit der Aussage "Genossen, diese Revolution haben wir verloren, rüsten wir für die nächste" für weiteren Widerstand motiviert haben.

Verabsäumt hatte man es schutzbundseitig auch, die Innenstadt und den Sitz der Stadtregierung zu sichern. Per Regierungserlass wurde der Wiener Gemeinderat aufgelöst, Bürgermeister, Landeshauptmann und Stadtsenat der Ämter enthoben, ein Regierungskommissär wurde eingesetzt Bürgermeister Seitz weigerte sich, sein Amt zu verlassen und wurde mit Polizeigewalt aus demselben entfernt.

Ab 13 Uhr kam es in Ottakring zu ersten Gefechten. Es folgten Zusammenstöße in den Bezirken Landstraße, Margareten, Simmering und Döbling. Eine einheitliche Vorgangsweise oder geplante und zielgerichtete Kampfeinsätze gab es nicht. Am 12.2.34 waren die heftigsten Wiener Kämpfe in Ottakring, wo sich Schutzbündler um das Arbeiterheim verbarrikadiert hatten und auch mit MG-Feuer die Polizei niederhielten. Vizekanzler Fey ließ in der Nacht das dortige Arbeiterheim mit Kanonen in Trümmer schießen, als am Morgen des 13.2. das Heim gestürmt wurde, war es leer, die Schutzbündler hatten sich abgesetzt.

das zerschossene Arbeiterheim in Ottakring

Straßensperre

Im 21. Bezirk (Floridsdorf) wurde der Schutzbund über Nacht aktiviert, das Regiment "Karl Marx" unter dem Kommando von Heinz Roscher erfüllte ab 13.2. ihre Aufgabe wie es eigentlich für den gesamten Schutzbund vorgesehen gewesen wäre. Die Polizeiwachstuben wurden besetzt, der Bezirk fast vollständig vom Schutzbund kontrolliert. Erst größere Truppenverbände des Bundesheeres konnten bis zum 15.2. über Floridsdorf die Herrschaft der Faschisten sicherstellen.

In Döbling konzentrierten sich die Kämpfe um den Karl-Marx-Hof in Heiligenstadt, der größten und berühmtesten Wohnanlage des "Roten Wien". Zwar hatten am 12.2. Polizeikräfte untertags den Hof kontrolliert, in den Abendstunden formierte sich der Widerstand des Schutzbundes. Militär wurde eingesetzt, das den Hof erst nach dreitägigen Gefechten und Artilleriebeschuss unter die Gewalt der klerikalfaschistischen Macht bringen konnte.

der Karl-Marx-Hof mit Granateneinschlägen

In Meidling hielten sich ein "Indianerhof" genannte Gemeindebau in der Aichholzgasse und der Bebelhof bis 15.2., dann mussten auch die dortigen Schutzbündler den Kampf aufgeben.

Geschwächt wurde der Widerstand gegen den Faschismus durch Feigheit und Verrat leitender Funktionäre, als Beispiel eine von den Faschisten verbreitete Erklärung eines Wiener Kreiskommandanten des Schutzbundes.

Arbeiter!

Am gestrigen Abend erschien beim Staatssekretär für Sicherheitswesen Karwinsky der frühere Führer des aufgelösten Republikanischen Schutzbundes Eduard Korbel und gab folgende

Erklärung

ab:

Ich Endesgefertigter **Eduard Korbel**, bisheriger **Kreisführer** des aufgelösten **republikanischen Schutzbundes**, erkläre, daß ich soeben **meinen Austritt** aus der **Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs** vollzogen habe, daß ich die Gewaltmethoden der bisherigen Führer der Partei, die **so viel Unheil über die Arbeiterschaft gebracht haben, und** die, nachdem sie uns **zum Kampf aufgerufen hatten, uns im Stiche gelassen haben,** auf das Schärfste verurteile.

Ich erkläre die **bedingungslose Übergabe** meines Kreises, welcher die **Gemeindebezirke 6, 7, 13, 14, 15 und 16** umfaßt, und werde an alle ehemaligen Schutzbundangehörigen dieses Kreises den Auftrag geben, **jede Gewalttätigkeit** und jede Stellungnahme **gegen die staatlichen Organe zu unterlassen** und die **Waffen** der Sicherheitsbehörde sofort **abzuliefern.**

Ich **bitte um Milde** für meine Leute, die sich im blinden Vertrauen auf die Parteiführer zu den beklagenswerten Ausschreitungen der letzten Tage verleiten ließen.

Eduard Korbel.

Die Kämpfe in der Steiermark

In der Steiermark wurde am 12.2. eine Extraausgabe der sozialdemokratischen Parteizeitung ARBEITERWILLE mit dem Aufruf zum Generalstreik verbreitet.

Extraausgabe des

Arbeiterwille

Organ des arbeitenden Volkes für Steiermark und Kärnten

Nummer 41 — Graz, Montag, 12. Februar 1934 — 45. Jahrgang

Alarm! Alles heraus zum Endkampf gegen den Faschismus!

Generalstreik in ganz Oesterreich ausgerufen!

Heute früh sollte im Parteihaus in Linz eine Hausdurchsuchung stattfinden. Die Linzer Arbeiter aber ließen sich nicht wehrlos dem Faschismus ausliefern und verteidigten das Parteiheim mit Waffengewalt. Zum Sturm gegen das Parteiheim wurde Bundesheer eingesetzt, gegen das sich die Linzer Schutzbündler heldenmütig wehrten. In Oberösterreich ist spontan der Generalstreik ausgebrochen, daraufhin haben Partei und Gewerkschaften den Generalstreik in ganz Oesterreich proklamiert.

Arbeiter! Angestellte! Republikaner! Sozialisten!

Nun gilt es den Endkampf gegen Dollfuß und seine Faschisten! Den Endkampf gegen Kapitalismus, Wirtschaftsnot und Bedrückung aufzunehmen und zum Siege zu führen.

Der Kampf wird von der Arbeiterklasse mit allen Mitteln und aller Entschlossenheit geführt! Jeder stelle seinen Mann! Jeder gebe sein Letztes her!

Es lebe der Sozialismus! Es lebe die um ihre Freiheitsrechte kämpfende Arbeiterschaft!

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs!
Der Bundesvorstand der freien Gewerkschaften!

In Großbetrieben war der Aufruf erfolgreich, der Streik aber auch in der Steiermark keineswegs lückenlos. Auch hier streikten die Eisenbahner nicht, die Stromversorgung blieb aufrecht, in Graz verkehrten die Straßenbahnen.

Schutzbündler trafen sich zwar an den vorgesehenen Sammelplätzen, aber die Ausgabe der versteckten Waffen funktionierte häufig nicht. So konnten Exekutivkräfte das Parteihaus der SDAP in Graz ohne Widerstand besetzen. Vereinzelt kam es in der Stadt zu Feuergefechten, Schutzbundeinheiten konnten sich im an den Frachtenbahnhof anschließenden Industriegebiet festsetzen. Das Gelände der Firma Waagner-Biró wurde mit MG-Feuer gegen das anrückende Militär verteidigt. Im Vorort Eggenberg wurden Alpenjäger mit Kanonen gegen die in den Gebäuden des Konsumvereins verschanzten Schutzbündler eingesetzt, bis Dienstag hielten sich Widerstandsgruppen in der Glasfabrik im Vorort Gösting.

In Bruck an der Mur wurde der Schutzbund mobilisiert, die Stadt ab 12 Uhr bestreikt. Der Landesparteisekretär Kolomann Wallisch, nach dem Ersten Weltkrieg Funktionär in der ungarischen Räterepublik, begab sich nach Bruck, wo er jahrelang Bezirksparteisekretär gewesen war. Unter seiner Führung übernahm der Schutzbund die Macht in der Stadt. Eine Einsatzeinheit der Gendarmerie wurde im Direktionsgebäude der Firma Felten & Guilleaume eingeschlossen, der Strom abgeschaltet, der Eisenbahnverkehr stillgelegt. Kämpfe gab es um die Gendarmeriekaserne und die Höhere Forstlehranstalt in der "Ostmärkische Sturmscharen" stationiert waren. Diese Sturmscharen waren trotz des eigenartigen Namens keine Nazis, sondern die im Dezember 1930 gegründeten paramilitärische Gliederungen der Christlichsozialen, also eine Art Klerikal-SA.

Über Nacht wurden Truppeneinheiten an die Stadt gebracht, die durch die Überlegenheit in Bewaffnung und Mannstärke nach heftigen Kämpfen die auch aus anderen Orten herangeführten Schutzbündler niederringen konnten.

Die Schutzbündler zogen sich zurück, eine Gruppe mit Kolomann Wallisch beschloss den Rückzug ins Hochalmgebiet zur jugoslawischen Grenze. Durch Verrat fiel die Gruppe nach Gewaltmärschen über sturmumtostes Gebirgsland Gendarmerieeinheiten in die Hände. Das letzten Dutzend versuchte sich einzeln über die Grenze nach Jugoslawien durchzuschlagen. Kolomann Wallisch versteckte sich bis Sonntag und sollte dann mit Hilfe von Eisenbahnern über die Grenze geschmuggelt werden. Ein ÖBB-Kraftfahrer verriet ihn für die Kopfprämie von 5.000 Schilling (etwa 13.000 Euro nach heutigem Geld), Wallisch wurde festgenommen.

Kolomann Wallisch

Kämpfe in Niederösterreich

Niederösterreich war für die Lage in Wien von besonderer Bedeutung. Die großen Industriegebiete um Wien hatten starke Parteiorganisationen und entsprechende Schutzbundeinheiten. Deren Einsatz hätte die Situation in Wien wesentlich verändert und den Nachschub an Militär behindert. Leider war die niederösterreichische Parteileitung besonders mutlos, in weiten Bereichen kam die Waffenausgabe an die versammelten Schutzbündler nicht zustande, es gab kurze Schießereien in Wiener Neustadt, Traisen, Ternitz, Neunkirchen und Wilhelmsburg.

In St. Pölten bewaffneten sich die Arbeiter (entgegen dem Befehl der Kreisführung) unter Leitung des Vizebürgermeisters und Parteisekretärs Ferdinand Strasser, vorerst gab es allerdings nur einige kleine Auseinandersetzungen. Um 21h30 am 13.2. besetzte der Schutzbund aber den E-Verteiler der NEWAG und schaltete die Stromversorgung aus, auch der Alpenbahnhof wurde besetzt. Im Osten St. Pöltens wurde Gendarmerie und Heimwehr zurückgeschlagen, allerdings wurde auch hier der Widerstand vom Militär bald niedergeschlagen.

Ferdinand Strasser

Die anderen Bundesländer

In Vorarlberg und im Burgenland gab es überhaupt keine Aktionen der Arbeiterbewegung, die Vorarlberger SDAP-Führung kapitulierte ungefragt und distanzierte sich von allem was woanders passierte. In Tirol gab es in Wörgl einen kurzen Kampf um das Parteiheim, in Salzburg (Hallein) und Kärnten kam es zu kurzen Streiks.

Resümee

In Italien, Deutschland, Ungarn, Polen, Rumänien, Portugal usw. haben sich zwischen den beiden Weltkriegen faschistische, faschistoide oder autoritäre Regierungen etabliert, die Arbeiterbewegungen zerschlagen und in die Illegalität getrieben. Nur in Österreich leistete die Arbeiterbewegung bewaffneten Widerstand gegen die Zerschlagung ihrer Organisationen, gegen die Errichtung der Diktatur. Da dies viel zu spät, planlos und aus Verzweiflung und nicht mit politischem Kalkül erfolgte, war der Februaraufstand 1934 eine aussichtslose Sache. Die Taktik der sozialdemokratischen Parteiführung, radikal-marxistisch zu reden und übervorsichtig bis gar nicht zu handeln, kam der Strategie der Dollfußfaschisten entgegen: Sie hatten den Vorwand, die SDAP eines revolutionären Radikalismus[9] zu zeihen, sich als Hüter von Recht und Ordnung aufzuspielen und konnten darauf vertrauen, dass ihrem zunehmend verschärften Kurs ins Rechtsextreme kein wirksamer Widerstand entgegengesetzt würde. Bedingt durch die Weltwirtschaftskrise und die ständig steigende Arbeitslosigkeit und existenzielle Unsicherheit war die Kraft der Arbeiterbewegung auch in Österreich deutlich zurückgegangen.

Trotzdem wäre es unabdingbar gewesen, der vordringenden Reaktion früher, deutlicher und vor allem heftiger entgegen zu treten.

Dazu eine Abschweifung: Die Situation heute hat auf einer anderen Ebene eine ähnliche Konstellation. Auch heute werden die Interessen des Kapitals zunehmend konsenslos durchgedrückt und erfahren ebenfalls nur zaghaften Widerspruch und kaum Widerstand. Heute bedarf es nicht mehr der faschistischen Diktatur, statt des Faschismus fungiert jetzt die "Globalisierung": als unabwendbares Weltschicksal - der Hintergrund ist heute wie damals derselbe: die Interessen des Kapitals zu sichern.

Blutrausch der Faschisten

Bereits im November 1933 hatte die illegitime Dollfußregierung gesetzwidrig auf standrechtlicher Grundlage die Todesstrafe wieder eingeführt.

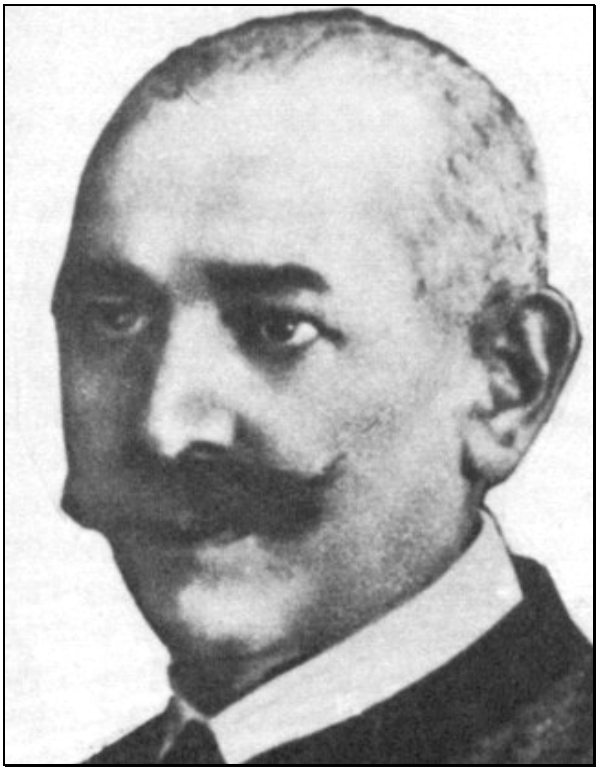
Vorwand dafür war ein Naziattentat auf Dollfuß vom 3.10. (der Kanzler wurde durch einen Revolverstreifschutz geringfügig verletzt) und die Bombenanschläge der Nazis (hauptsächlich auf Stromleitungen).

[9] Das am Parteitag 1926 beschlossene "Linzer Programm" bekannte sich zum Streben nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die Verhängung des Standrechtes im Krieg, in Notständen, bei Ausbruch von Unruhen ist heutzutage in Österreich rechtlich nicht mehr möglich, das Standrecht wurde (allerdings erst 1968!) offiziell abgeschafft. Damals bedeutete aber die Ausrufung des Standrechtes: Außerkraftsetzung der Verfassungsrechte, Einsetzen von Standgerichten, die ohne richtiges Verfahren im Eiltempo Urteile verkünden und sofort vollstrecken konnten.

Auf den niedergeschlagenen Kampf der Arbeiterbewegung gegen die faschistische Diktatur folgte darum der standrechtliche Mord:

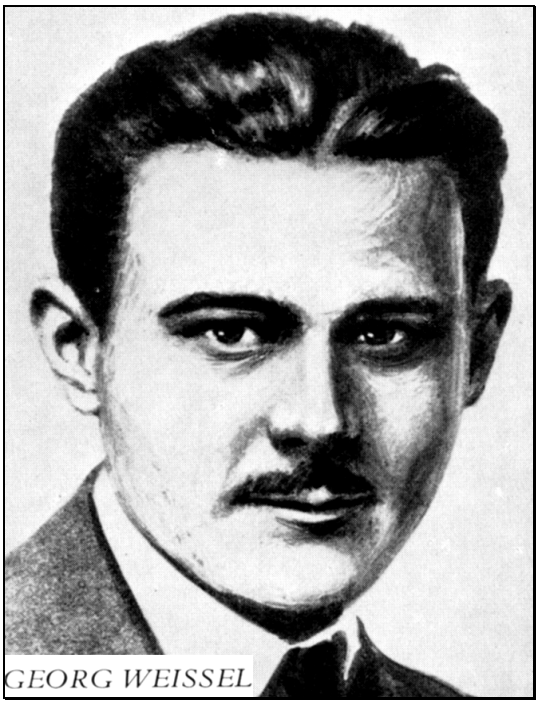
Josef Ahrer, 26 Jahre alt, auf Grund einer falschen Anschuldigung wegen Mordes an einem Heimwehrer in Steyr zum Tode verurteilt und hingerichtet



Anton Bulgari wurde beschuldigt, einen Offizier erschlagen zu haben, obwohl die Leiche keine entsprechenden Verletzungen aufwies, in Linz zum Tode verurteilt und hingerichtet - er soll mit den Worten "*von derer Bagage brauch' ich keine Gnade"* auf ein Gnadengesuch verzichtet haben (1945 wurde der Polygonplatz in Bulgariplatz umbenannt)

Koloman Wallisch, am 18.2. festgenommen, am 19.2. zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet

Karl Münichreither, Schutzbundkommandant von Wien-Hietzing, schwer verletzt ergriffen wurde er zum Tode verurteilt und auf der Bahre zum Galgen geschleift



Georg Weissel, Kommandant der Wiener Feuerwehr -
zum Tode verurteilt und hingerichtet

Insgesamt wurden neun Todesurteile vollstreckt, mehr als zehntausend Schutzbündler festgenommen, viele flüchteten ins Ausland, Otto Bauer und Julius Deutsch in die Tschechoslowakei.

Auf Seite des Schutzbundes hatten sich von den maximal 40.000 Schutzbundangehörigen höchstens 20.000 Mann an den Sammelstellen eingefunden. Die vielenorts missglückte oder verhinderte Waffenausgabe, das Fehlen entsprechender Führungsebenen, die Aussichtslosigkeit der Lage lässt vermuten, dass weitaus weniger als die Hälfte dieser 20.000 unmittelbar oder mittelbar in die Kämpfe verwickelt waren. So wurde z.B. von den Behörden nachher behauptet, die große Anlage des Ottakringer Arbeiterheims sei von rund 2.500 Schutzbündlern verteidigt worden, es war nur etwa ein Hunderstel dieser Zahl, auch der Karl-Marx-Hof beherbergte nur rund 180 Kämpfer. Von Seite der faschistischen Regierung wurden 25.000 Bundesheersoldaten, 8.000 Gendarmen und 10.000 Polizisten eingesetzt, die faschistischen Milizen (Heimwehr, Schutzkorps, Frontkämpfervereinigung, Ostmärkische Sturmscharen, Christlich-deutsche Turner) dürften zwischen 10.000 und 15.000 Mann für die Kämpfe mobilisiert haben.

Tote gab es laut regierungsamtlicher Veröffentlichung vom 1.3.1934 auf Seiten der Regierungstruppen 118, auf Seiten der "Zivilisten" 196. Diese Zahl beinhaltete die gefallenen Schutzbündler ebenso wie zufällig betroffene Zivilisten auf den Straßen oder beim Kanonenbeschuss der Wohnanlagen. Diese Anzahl der Opfer wurde stark angezweifelt, Zahlen von 1.000 bis 5.000 Todesopfer auf Seiten der Arbeiterbewegung angegeben. Bis heute ist diese Opferzahl nicht wirklich geklärt. In Oberösterreich hatten die Behörden 27 Tote angegeben, der sehr akribische Zeitgeschichtsforscher Peter Kammerstätter kam auf 34 Tote, es dürfte daher die Anzahl der gefallenen Schutzbündler nicht allzu hoch über den amtlichen Angaben liegen. In Wien wurden Gefallene und Verwundete auf den Rückzügen über Hinterhöfe und Kanäle oft mitgenommen, die Wiener Toten (amtlich 127) könnten daher doch deutlicher nach oben abweichen.

Am 20.2.1934 wurde das Standrecht aufgehoben. Die Klerikalfaschisten hatten gesiegt und konnten ihre Herrschaft festigen. Vorübergehend. Denn mit dem Sieg der Klerikalfaschisten über die Arbeiterbewegung wurde der Untergang Österreichs eingeleitet.

Der Schutzbund ist geschlagen

Die klerikalfaschistische Diktatur

Die Regierung Dollfuß schien sich mit dem Sieg im Bürgerkrieg die Macht im Staat Österreich endgültig gesichert zu haben. Die Arbeiterbewegung, der Hauptfeind in der Innenpolitik, war besiegt.

Das Denkmal der Republik am Ring in Wien wurde durch Verhüllung mit Dollfuß-Bild und Krukenkreuzen besudelt

Polizei und Justiz war nun intensiv mit der Verfolgung der Arbeiterbewegung beschäftigt. Bis Mitte März 1934 wurden in Wien alleine fast 8.000 Personen inhaftiert, in ganz Österreich waren es gegen 11.000.

In 2.400 Fällen wurden Strafverfahren durchgeführt, bis September 1934 wurden 1.202 Personen verurteilt, im Schnitt zu vierzehn Monaten.

Die Parteiführung der SDAP war zum Teil ins Ausland geflüchtet oder wurde nach einigen Monaten Untersuchungshaft mit Meldeauflagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen eine Reihe von Schutzbundführern werden Hochverratsverfahren vorbereitet, die 1935 abgeführt wurden und zum Teil langjährige Kerkerstrafen erbrachten.

Die ökonomische Situation

Die bürgerlich-konservative Politik war damals nicht neoliberal und auch nicht altliberal, sondern sah in der patriarchalischen Vergangenheit die richtige und/weil "gottgewollte" Ordnung. Die Beseitigung des Einflusses der Arbeiterbewegung war daher das Hauptziel der Christlichsozialen, bei denen das Kalkül "sozial" in der christlichen Tradition stand: nicht Rechte, sondern Almosen für die Bedürftigen, nicht Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen durch eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, sondern züchtige Einordnung in ein "natürliches" System der Klassen und Kasten.

Die Politik der Schwarzen war in jeder Hinsicht außerhalb der Zeit, denn die Gesellschaft der Bauern, Handwerker und Greißler befand sich im Niedergang. In Österreich fehlte die notwendige Entwicklung der Industrie, in der untergegangenen Monarchie hatte sich das Fabrikwesen besonders im tschechoslowakischen Bereich entwickelt, im neuen Kleinösterreich dominierte dieser Wirtschaftsbereich in der Wiener Gegend und in der Obersteiermark, sonst herrschte überwiegend noch das 18. Jahrhundert vor.

Die "zweite industrielle Revolution" machte sich nach dem Ersten Weltkrieg im Weltmaßstab auf den Weg, wenn auch die Einrichtung der "Konsumgesellschaft" erst in den Fünfzigerjahren in den hoch entwickelten Staaten zur Realität wurde, die Tendenz in diese Richtung zeigte sich dreißig Jahre früher. Die Fließbandproduktion in den USA, die industrielle Erzeugung von Konsumgütern stieß in Europa einstweilen noch eher auf Unverständnis, Ablehnung und Widerstand.

Die christlich-konservativen Parteien lebten geistig in einer Welt, die auf einer vergehenden ökonomischen Basis beruhte, ein treffendes Zitat von Dollfuß aus seiner Trabrennplatzrede vom 11.9.1933 belegt dies mit aller Deutlichkeit: *"Wir werden daher wieder zurückgreifen müssen auf ältere Formen, aber nicht nur formalistisch, sondern es muss uns zum Bewusstsein kommen, dass die Arbeit die Menschen einigt. Im Bauernhause, wo der Bauer mit seinen Knechten nach gemeinsamer Arbeit abends am gleichen Tisch, aus der gleichen Schüssel seine Suppe isst, da ist berufsständische Zusammengehörigkeit, berufsständische Auffassung. Und verschönert wird das Verhältnis noch, wenn sie beide noch nach Feierabend zum Rosenkranz sich niederknien."*

Das völlige Unverständnis der Klerikalfaschisten für das ökonomische Geschehen ist eklatant: Selbst die Grundindustrie (Metall- und Textilbereich) erschien ihnen als Bedrohungselement, Ansätze zur Weiterentwicklung (Chemie-, Elektro-, Fahrzeugbereich) wurden als Elemente der Zukunft nicht einmal wahrgenommen. Was als Folge hatte: einerseits kein Wachstum auf diesen Sektoren, andererseits - durch den fehlenden Bedarf an Investitionsgütern - in der damals in Kleinösterreich in Wirklichkeit noch zu wenig entwickelten Grundindustrie sogar Überkapazitäten.

Die Weltwirtschaftskrise wurde innenpolitisch gnadenlos verschärft. Die notwendigen Staatsinterventionen in der Wirtschaft blieben aus - ganz im Gegenteil zu Nazideutschland, wo durch die Aufrüstungspolitik der Staat die Wirtschaft zunehmend in Richtung Hochkonjunktur zog. Das dortige DEFICIT SPENDING diente allerdings der Kriegsvorbereitung, der Wirtschaftsaufschwung war ein willkommenes Sekundärprodukt - mit politischen Wirkungen auf Österreich.

Die Klerikalfaschisten bauen ihr Nest

Nach dem Ende der von 12. bis 15. Februar 1934 dauernden Kämpfe verfügte die Regierung am 16.2. die Annullierung aller sozialdemokratischen Mandate und öffentlicher Postionen, beschlagnahmte das Vermögen der Partei und ihrer Organisationen. Das Standrecht wurde erst am 21. Februar aufgehoben, man hatte es noch bestehen lassen, um in der Steiermark den erst am 18.2. aufgespürten SDAP-Landesparteisekretär, Kolomann Wallisch, "standrechtlich" umbringen zu können.

Am 2. März wird die Gewerkschaftsbewegung mittels der Einrichtung einer staatlichen (christlichen) "Einheitsgewerkschaft" liquidiert.

Der katholische Kirche nutzt der schwarze Sieg gleichfalls: sie kann das schon 1933 ausgehandelte Konkordat im Sinne der kirchlichen Interessen weiter verschärfen.

In Linz feiert Bischof Gföllner am 4. März 1934 im Linzer Dom einen Festgottesdienst: In dankbarem Gedenken an die Ausschaltung des Parlaments ein Jahr zuvor. Schließlich hatte Dollfuß mit seinem kalten Putsch vom 4.3.1933 den wichtigsten Schritt in die klerikalfaschistische Richtung getan, das Recht ging nicht mehr vom Volk (in der Form gewählter Volksvertreter) aus, man konnte wieder eine "rechtliche" Ansicht vertreten, die sogar im 21. Jahrhundert noch nicht aus kirchlichem Denken verschwunden ist, für ein "Gottesrecht" ist Bischof Krenn[10] nicht 1934, sondern 2003: *„Die bisherige Verfassung enthielt wegen ihrer rechtspositivistischen Prägung keinen ausdrücklichen Bezug auf Gott, als den letzten Garanten allen Rechtes, dem auch der Staat verpflichtet bleiben muss. (...) Alles Recht geht keineswegs vom Volk, sondern nur von Gott aus."*

In den seligen klerikalfaschistischen Zeiten stand das sogar in der Verfassung:

Verfassung 1934.

Im Namen Gottes, des Allmächtigen,
von dem alles Recht ausgeht,
erhält
das österreichische Volk
für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat
auf ständischer Grundlage
diese
Verfassung.

[10] KRONEN ZEITUNG vom 23.11.2003

Die klerikalfaschistische Verfassung

Die Einführung einer schwarz-schwarzen Konstitution, mit der die Wiederkehr des Mittelalters fürsorglich festgeschrieben würde, sollte einen gewissen rechtlichen Rahmen erhalten. Eine neue Verfassung mittels des berüchtigten "Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes" (kwEG) zu verordnen schien doch eine etwas dünne Suppe zu sein.

Da man aber nie wissen kann, was noch alles kommen könnte, wurde die Klerikalfaschistenverfassung doppelt verkündet, zuerst erließ die Regierung die Verfassung auf Grund des kwEG im Verordnungswege (BGBl. I 239/1934), änderte dann mittels des kwEG die Geschäftsordnung des Nationalrates, damit dieser wieder tagen könne und die neue Verfassung beschließe.

Damit entlarvte sich auch die "Selbstausschaltung" des Parlaments vom März 1933 - wenn es im April 1934 einen Weg gab, den Nationalrat zusammentreten zu lassen, dann hätte es diesen Weg auch ein Jahr früher gegeben. Aber jetzt war die Sachlage eine grundsätzlich andere, die Mandate der SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI waren aufgehoben, die Partei verboten, die schwarze Bagage saß oppositionslos im Parlament.

Der zweite Nationalratspräsident Ramek berief für den 30. April den Nationalrat ein, beendete die am 4. 3. 1933 begonnen Sitzung und eröffnete die nächste. Der Nationalrat hatte nun statt vorher 165 durch die Aufhebung der SDAP-Mandate nur noch 91 Abgeordnete, davon sind 76 anwesend, die können alles beschließen, was der Herr Dollfuß und seine Komplizen wünschen. Jetzt konnte man auch problemlos dem Parlament 466 seit März 1933 erlassene Notverordnungen zur Genehmigung vorlegen. Es wird nahezu einstimmig nicht nur die neue Verfassung beschlossen, sondern (nach deutschem Vorbild) auch ein Ermächtigungsgesetz, das der Regierung Funktionen von National- und Bundesrat überträgt, der Bundespräsident erhält das Recht zur Ratifikation von Staatsverträgen (das 1933 ausgehandelte Konkordat ist noch nicht unterschrieben - es wäre wohl schwierig gewesen, den Vatikanvertrag mittels kwEG zu verordnen).

Als Modus der Gesetzgebung wird ab 1.5.1934 festgelegt: Ein "Bundestag", bestehend aus einem Staatsrat, einem Bundeskulturrat, einem Bundeswirtschaftsrat und einem Länderrat, dient als Organ für die Beratung der Regierung und beschließt die von der Regierung vorgelegten Gesetze (siehe weiter unten).

Eher kurios in diesem Zusammenhang ist die Kreation eines neuen Staatswappens. Man kehrte zum alten monarchistischen Doppeladler zurück - wohl auch um die Legitimisten[11], die in Heimwehr und Vaterländischer Front zahlreiche Führungspositionen bekleiden, zu hofieren. Der Doppeladler war das Wappentier[12] des HEILIGEN RÖMISCHEN REICHES DEUTSCHER NATION gewesen und an diese mittelalterlich-katholischen Traditionen wollte man wohl auch im Wappensymbol anknüpfen, entfernt wurden die Kronen auf den Adlerköpfen und durch eine Art Heiligenschein ersetzt.

Der Dollfuß'sche Doppeladler

Die Elemente der Klerikalverfassung

Der "Klassenkampf" der Arbeiterbewegung soll ausgeschaltet und durch eine "Zusammenarbeit" der Stände ersetzt werden, ähnlich den Zünften und Gilden des Mittelalters, wie in der katholischen Soziallehre, speziell in der zweiten Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ von Papst Pius IX. 1931 formuliert worden war. Diese Ständeideologie schrieb die Herrschafts- und Sozialverhältnisse fest und ließ keine Austragung von Interessenkonflikten mehr zu, die herrschenden Interessen der herrschenden Klasse wurden als unabänderlich fixiert.

---

[11] die Monarchisten nannten sich so, Kaiser und Adel wären die "legitimen" Herrscher (von Gottes Gnaden)

[12] die ursprüngliche Bedeutung des Doppeladlers ist ungeklärt - er wurde zu verschiedenen Zeiten jeweils passend interpretiert: als Kaiser und König, als Reich und Kirche, als Österreich-Ungarn

Der **politische Katholizismus** war das Fundament der Maiverfassung und auch das Unterscheidungsmerkmal zum Faschismus in Deutschland und Italien, die dortigen Faschisten hatten mit dem katholischen Konservativismus nicht am Hut. Die antimodernistische Rückwärtsgewandtheit der katholischen Kirche war unvereinbar mit den nationalen Machtansprüchen (Großdeutschland bzw. Imperium Romanum). Die Anhängerschaft des Klerikalfaschismus rekrutierte sich aus der katholischen Kirche, ihrem Apparat und Einflussbereich, größeren Teilen der ungebildeten ländlichen Bevölkerung, Teilen der Mittelschichten und aus der ehemaligen Aristokratie.

öffentlich gebetet und gegottesdienstet haben die Klerikalfaschisten ständig

Zurückdrängung des Laizismus und der Aufklärung und die Wiederherstellung der dominierenden Position der katholischen Kirche, waren wesentliche Aufgaben des neuen Staatsgebildes. Der Rückgang der Anzahl der katholischen Kirchemitglieder, die Abnahme des Kirchenbesuches in den Städten (in Wien gingen bloß noch 10% der Katholiken sonntags regelmäßig zur Messe), der Abbau des religiösen Zwanges in den Schulen in den sozialdemokratischen Bereichen (in Wien durch den "Glöckel-Erlass": die SchülerInnen durften bis zur Parlamentsausschaltung 1933 nicht mehr zur Teilnahme an religiösen Veranstaltungen gezwungen werden).

Otto Glöckel, 1874 - 1935, sozialdemokratischer Schulreformer, Wiener Stadtschulrat, wesentlicher Schöpfer des modernen österreichischen Schulwesens

Die Sicherstellung der gesellschaftspolitischen Dominanz der katholischen Kirche ("Totalität des Christentums") war nur in einem streng autoritären System möglich, eine feste Verbindung von Staat und Kirche war unabdingbar. So wurden religiöse Veranstaltungen für die SchülerInnen und die Beamtenschaft, ja sogar die Einhaltung der katholischen

Beichtpflicht zu staatlich geregelten Angelegenheiten, Kruzifixe in öffentlichen Ämtern erinnerten die Bürger an die Herrschaft des Klerikalismus. Der Kirchenaustritt oder der Wechsel des Religionsbekenntnisses (aber nur von der katholischen Kirche zu einer anderen!) bedurften schon seit September 1933 einer Feststellung über den Geistes- und Gemütszustand des Antragstellers. Von der Kirche wurde sogar die gerichtliche Verfolgung von Lebensgemeinschaften ohne Trauschein gefordert.

Auf Grund der Artikel 4, 6 und 18 des Gesetzes vom 25. Mai 1868 RGBl Nr. 49, wird verordnet:

§ 4 der Verordnung vom 18. Jänner 1869, RGBl Nr. 13, hat zu lauten:

„Die Behörde hat sich in jedem Falle der Erklärung des Austrittes aus einer Kirche oder Religionsgesellschaft über die Identität der Person des Anmeldenden und ob er das 14. Lebensjahr zurückgelegt hat, Gewißheit zu verschaffen und sich weiters zu vergewissern, ob sich der Austretende im Zeitpunkt der Abgabe der Austrittserklärung nicht etwa in einem Geistes- oder Gemütszustand befunden hat, der die eigene freie Überzeugung ausschließt.

Anordnung von Schuschnigg: Der Kirchenaustritt bedarf der Untersuchung des Geistes- und Gemütszustandes

Die neue Verfassung sah folgende Vorgangsweise der Gesetzgebung vor:
Gesetzesvorlagen und Gesetzesänderungen können ausschließlich durch die Regierung unter der "Führung des Bundeskanzlers" eingebracht werden.

Diese Vorlagen werden in vorberatende Gremien eingebracht, die in über ihrem Zuständigkeitsbereich nicht bindende Gutachten verfassen. Diese Gremien sind

- der Staatsrat (für Staatshoheit & Allgemeines),
- der Länderrat (Bundesländer),
- der Bundeskulturrat (hauptsächlich die Kirche),
- Bundeswirtschaftsrat.

Die Gremiumsmitglieder werden von der Regierung vorgeschlagen, vom Bundespräsidenten ernannt, sie können jederzeit wieder abberufen werden.

Beschlossen werden die Gesetze im Bundestag, der sich aus Vertretern der o.a. Organe zusammensetzt. Die Vorlagen werden von der Regierung eingebracht und erläutert, danach ohne Diskussion durch die Mehrheit entweder angenommen oder abgelehnt (Letzteres ist natürlich nie geschehen).

Der Bundespräsident ernennt und entlässt wie bisher die Regierung nach Ermessen, ist aber nicht an die Zustimmung eines Parlamentes gebunden. Er ernennt auf Vorschlag seines Kabinetts die Mitglieder der vorberatenden Organe und damit die Mitglieder der Gesetzgebung.

Im Sinne der Ständeideologie war die Einrichtung von Berufsständen vorgesehen, die aus den Bünden der Wirtschaft und den christlichen Gewerkschaften gebildet werden sollten:

- Land- und Forstwirtschaft,
- Industrie und Bergbau,
- Gewerbe,
- Handel und Verkehr,
- Geld-, Kredit- und Versicherungswesen,
- freie Berufe,
- öffentlicher Dienst.

Allerdings wurden diese Vorgaben der klerikalfaschistischen Verfassung nie realisiert, somit blieb der Ständestaat bis zu einem Untergang ständelos.

Die bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte wurden formal aus der alten Verfassung weitgehend übernommen, in der Realität wurden diese Rechte durch entsprechende staatliche Anordnungen massiv eingeschränkt. Ein funktionierender Verfassungsgerichtshof existierte weiterhin nicht.

Als einzige politische Organisation bestand die Vaterländische Front (VF), sie sollte zur *„politischen Willensbildung und organisatorischen Erfassung und Gliederung der vaterländisch gesinnten Bevölkerung“* dienen, war aber bloß die **faschistische Monopolorganisation der Dollfuß-Herrschaft,** der auch Bundesführer der VF war. Wie alle faschistischen Organisationen war sie nach dem Führerprinzip strukturiert und eine Mitgliedschaft in vielen Bereichen (Staatsdienst!) Pflicht. Die Heimwehren, die "Ostmärkischen Sturmscharen", die Christlich-Deutschen Turner wurden als "Wehrfront" der VF angegliedert, Führer der Wehrfront und Vizeführer der VF war Ernst Rüdiger Starhemberg[13], der ab 17.5.1934 auch das Amt des Vizekanzlers bekleidete.

der militärische Faschistenführer E.R. Starhemberg

Die illegale Arbeiterbewegung

Nach dem Februar 1934 existierte in Österreich legal keine Arbeiterpartei. Die kleine KPÖ war schon seit 1933 verboten, die SDAP erneuerte sich im Untergrund als "Revolutionäre Sozialisten" (RS). Viele Februarkämpfer waren ins Ausland geflüchtet, hauptsächlich in die Tschechoslowakei. Als 1936 in Spanien die Faschisten in der Armee gegen die legale republikanische Regierung putschten, kämpften mindestens 1.700 Österreicher als Freiwillige in den Internationalen Brigaden gegen Franco und seine deutschen und italienischen Helfer. Als eigene Österreicher-Einheit wurde das Bataillon "12. Februar" errichtet. Rund 700 Österreicher fielen in Spanien, nach dem Sieg der Faschisten konnten die Österreicher nicht nach Hause, da aus ihrem Land inzwischen die "Ostmark" geworden war, sie flüchteten aus Spanien nach Frankreich, wo sie von den französischen Behörden hinter Stacheldraht interniert wurden, sie fielen nach der französischen Niederlage den Nazis in die Hände und wanderten großteils in die Konzentrationslager.

Einige hundert Schutzbündler waren weiter in die Sowjetunion geflüchtet, wo ihr Schicksal auch nicht unbedingt günstig war. Im Zuge des stalinistischen Terrors fiel eine Anzahl von ihnen den Massenverfolgungen zum Opfer.

Unter den in Österreich verbliebenen Aktivisten der Arbeiterbewegung setzte eine starke Bewegung in Richtung KOMMUNISTISCHE PARTEI ein. Die KPÖ war in der 1. Republik eine sektiererische Kleinpartei gewesen, nach dem Februar 1934 wuchs ihre Stärke enorm an, wichtige SDAP-Funktionäre, wie zum Beispiel der Betriebsratsobmann der Steyrer Werke, Gustl Moser, oder der AZ-Redakteur Ernst Fischer traten in die KPÖ ein und wurden dort zu wichtigen Funktionären. Die KPÖ besteht nach 1945 aus zwei Hauptgruppen: ehemaligen Sozialdemokraten von vor 1934 und Antifa-Schülern aus sowjetischen Kriegsgefangenenlagern.

Allerdings gibt es eine andere Tendenz ebenfalls: Schutzbündler und Sozialdemokraten wenden sich den Nazis zu. Professor Kammerstätter schilderte die Situation so: man diskutierte auf der Straße, in den Parkanlagen, auf der einen Seite redete ein Kommunist, auf der anderen ein Nazi auf den frustrierten Sozialdemokraten ein. Zu den Nazis traten solche über, denen es um Rebellion ging, von den politisch Bewußten gingen viele zu den Kommunisten. In Linz waren die Übertritte von Sozialdemokraten zu den Nazis besonders tragisch: Die leitenden Funktionäre, die mit Richard Bernaschek im Februar 1934 den Widerstand beschlossen hatten, traten mit Ausnahme von Ludwig Berna-

[13] 1899 - 1956, er nahm 1923 am Hitler-Putsch in München teil, war seit 1929 Heimwehrführer in OÖ und ab 1930 Bundesführer, vom Nazilager schwenkte er zu den Klerikalfaschisten und trat für eine enge Anlehnung an das faschistische Italien ein.

schek zur NSDAP über, auch der Steyrer Bürgermeister Sichlrader ging diesen Weg. Die SDAP selbst war tot, die REVOLUTIONÄREN SOZIALISTEN versuchten die Parteiorganisationen am Leben zu erhalten (hauptsächlich in Wien).

Agitationsmaterialien, Flugblätter und Zeitungen der Sozialisten und Kommunisten werden vorwiegend aus der Tschechoslowakei nach Österreich geschmuggelt und über eingerichtete Verteilerringe in die Bevölkerung gebracht. Zusätzlich gibt es Kuriositäten wie den Vertrieb sozialdemokratischer Zeitungen über den Auslandspostzeitungsversand. Die Verhinderung des Vertriebes solcher Blätter bedarf großen bürokratischen Aufwands: Wenn z.B. die Behörden feststellen, dass "Das Brünner Tagblatt" eine Zeitung der Sozialdemokratie ist und das Blatt mit einem Einfuhrverbot belegen, dann erscheint diese Zeitung z.B. unter dem Namen "Brünner Morgenzeitung" weiter und das Verfahren muss wieder von vorne beginnen, nach neuerlichem Verbot heißt das Blatt eben "Abendblatt Brünn" usw. Das nur als Kuriosität, gänzlich zum Schweigen gebracht hat der Klerikalfaschismus die Arbeiterbewegung jedenfalls nicht.

Die Gewerkschaftsbewegung war durch die am 2. März 1934 staatlich verordnete Einheitsgewerkschaft ihrer Funktion beraubt, allerdings setzte sich nach längeren Diskussionen die Ansicht durch, dass man auch diese Einheitsgewerkschaft politisch nutzen konnte: Sozialisten und Kommunisten unterwanderten diese Organisation, arbeiteten darin auch mit christlichen Gewerkschaftern, die nicht auf der Ständestaatslinie lagen, zusammen und bereiteten in den folgenden Jahren die Basis für die Gründung eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes vor, was 1945 verwirklicht wurde.

Richard Bernaschek, der Auslöser des Februaraufstandes, spielt jetzt leider eine sehr fragwürdige Rolle. Am 2. April gelingt ihm mit vier Mitgefangenen die Flucht aus dem landesgerichtlichen Gefangenenhaus in Linz. Die Flucht ist von den Nazis organisiert, die Bernaschek nach Deutschland ausschleusen, wo sich der Sozialist zur Äußerung, der Nationalsozialismus sei auch eine "Art Sozialismus" hinreißen lässt. Zwar verlässt er Deutschland bald wieder und distanziert sich vom NS-System, die Nazis können aber mit seiner Wortmeldung massiv Stimmung für sich machen.

Die Gegnerschaft zum Klerikalfaschismus wird nun signifikant von der Nazi-Bewegung getragen. Die Nazis haben einen mächtigen Rückhalt von außen und wissen, dass sehr große Teile der Bevölkerung die Dollfuß-Herrschaft ablehnen, diese Ablehnung wird auch durch den sich ständig ausweitenden religiösen Terror weiter gesteigert, katholische Mullahs suhlen sich in der neu gewonnen Allmacht und demütigen die Menschen exzessiv. So treten in Wien über 30.000 Konfessionslose wieder in die katholische Kirche ein, insbesondere Gemeindebedienstete, die um ihr Fortkommen fürchten müssen, wenn sie nicht zu Kreuze kriechen. Dieses Zu-Kreuze-Kriechen-Müssen wird nicht zum freiwilligen Volkssport, sondern zur Motivation gegen den Klerikalfaschismus. Arbeitslosigkeit, Not, Elend und geistige Knechtung sind auch die Grundlage für den Aufstieg der Nazis zur Volksbewegung.

Der Naziputsch vom Juli 1934

Der Antisemitismus hatte in Österreich eine lange und üble Tradition, nicht nur von der Seite des Deutschnationalismus (Schönerer[14] - 1842-1922 - und seine Alldeutschen), sondern in Wien ausgeformt in seiner christlichen Variante Dr. Lueger[15] - 1844-1910, von 1897 bis zum Tode christlich-sozialer Bürgermeister von Wien.

Die Nazis konnten darum ein schon fruchtbares Feld bestellen, was sie ausgiebig taten. Ein besonderer Umstand kam ihnen dazu nun entgegen.

Dr. Robert Hecht - der juridische Vordenker des klerikalfaschistischen Staates

Dr. Robert Hecht

Die Heimwehrer und die Klerikalfaschisten waren in der Regel nicht gerade im Übermaß mit Geisteskräften gesegnet, daher bediente sich Dollfuß für alle juristischen Überlegungen des sehr konservativ-monarchistisch gesinnten Beamten Dr. Robert Hecht, in Wien 1881 geboren, seit 1925 Sektionschef im Heeresministerium und 1930 Berater der Regierung Vaugoin. Von Hecht stammte die Strategie der Diktatur, mittels des KwEG ("Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917" - siehe Seite 7) zu herrschen und Hecht war auch gewichtig an der Entwicklung der Diktaturverfassung von 1934 beteiligt.

Er war jüdischer Abkunft und darum das Paradepferd für nazistisch-antisemitische Propagandaritte, das im wahrsten Sinne des Wortes zu Tode geritten wurde: Hecht war 1938 im ersten Transport nach Dachau, wo er schon am 30. Mai umgebracht wurde.

Eine weitere Zielfigur des Antisemitismus hätte der Munitionsfabrikant Fritz Mandl sein können, er war es jedoch eher nicht. Als Generaldirektor der Hirtenberger Patronenfabrik spielte er in der im Jänner 1933 aufgeflogenen Waffenschieberaffäre[16] die tragende Rolle. Er hatte außerdem die Heimwehr massiv mit Waffen versorgt und auch Nazis[17] erhielten von ihm Waffen. Die von der ARBEITERZEITUNG aufgedeckte Waffenaffäre veranlasste den dadurch politisch geschädigten Mussolini, Dollfuß verstärkt zur Beseitigung des demokratischen Staates und zum Verbot der Arbeiterbewegung zu drängen.

Es ist gewiss eine üble Groteske der Geschichte, dass zwei Österreicher jüdischer Abkunft zumindest mittelbar nicht unwesentlich zum Ende der Ersten Republik beitrugen. Mandl war ein reaktionärer Unternehmer, der seine Geschäftsinteressen damit zu verteidigen glaubte, der Jurist Hecht ging vermutlich davon aus, dass ein autoritäres Österreich eine festere Basis bilde, als ein demokratisches mit starken Gegensätzen, die ausgetragen werden und damit innenpolitische Instabilität verursachten.

Das Wirken von Robert Hecht war jedenfalls fatal, einerseits half dies auf billige Weise "die Juden" als verantwortliche "Drahtzieher" für die christkatholische Ständestaatdiktatur hinzustellen, andererseits legte diese Ständestaatdiktatur die Widerstandskraft gegen die Nazis lahm und erleichterte diesen ihren Weg zum "Anschluss" entscheidend.

---

[14] siehe ANTIFA-INFO-Serie "Hitlers Vorbilder", siehe auf der Seite http://www.antifa.co.at/downloads/download.html

[15] siehe ebenfalls unter der obigen Homepage-Adresse

[16] es ging um falsch deklarierte, nach dem Vertrag von St. Germain verbotene italienische Waffenlieferungen (40 Eisenbahnwaggons) über Österreich nach Ungarn

[17] was 1938 Mandl half: er konnte nach dem "Anschluss" Österreich samt seines Vermögens unbehindert verlassen und sich in Südamerika als Waffenfabrikant niederlassen - der Antisemitismus der Nazis ließ also, wenn es in ihrem Interesse lag, durchaus auch Ausnahmen zu

Die NSDAP will an die Macht

Während des Februaraufstandes hatten die Nazis den Befehl gehabt, keinesfalls aktiv zu werden, die Vernichtung der Arbeiterbewegung lag völlig in ihrem Interesse, schließlich war es ja die erste Maßnahme der Nazis in Deutschland gewesen, die Kommunisten zu vernichten, darauf folgten die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten, alles andere, einschließlich der systematischen Verfolgung der Juden, kam später.

Die nun sogar seit 1. Mai 1934 mit einer eigenen Verfassung geschmückte klerikalfaschistische Diktatur wurde nur von einer Minderheit der Bevölkerung unterstützt. Bei den Parlamentwahlen 1930 hatten die Sozialdemokraten rund 40% der Stimmen erhalten, die Nazis und zu ihnen konvertierte vormalige Großdeutsche konnten bei den letzten größeren freien Wahlen (Landtagswahlen in Wien, NÖ und Salzburg) im Schnitt 16% der Stimmen erzielen, gutgeheißen wurde der Klerikalfaschismus allenfalls von einem Viertel der Leute, deutlich dagegen eingestellt waren wohl mehr als 60% der Bevölkerung.

Diese Ablehnung wurde verstärkt durch die Maßlosigkeit und Dummheit der Nutznießer der Diktatur, also besonders durch Funktionäre (sprich Geistliche) der katholischen Kirche, die sich fanatisch in den Wahn hineinsteigerten, sie könnten und müssten eine neue Gegenreformation durchführen und alle Menschen zum christkatholischen Glauben zwingen.

Einerseits festigte das die Angst vor der hinterhältigen Macht der Pfaffen[18] (eine Angst, die bis weit in die Zweite Republik anhielt!), andererseits motivierte man immer mehr Leute zur Ablehnung des Regimes oder gar zum Widerstand dagegen. Allerdings bestand dieser Widerstand eher in der in der Hosentasche gebeulten Faust und in der (heimlichen) Zuwendung an Gegenmächte. Was bedeutete, dass mit steigender Ablehnung der Kirchenherrschaft die Sympathie für die Nazis anwuchs.

Die Diktatur versuchte die Bevölkerung in der Massenorganisation der Klerikalfaschisten, der VATERLÄNDISCHEN FRONT zu organisieren. Das "Hinein in die Vaterländische Front" war kein Werben um Gesinnungsfreunde, sondern ein Muss für alle, die direkt oder indirekt vom Staat und/oder seinen Einrichtungen abhängig waren. Die Masse der Mitglieder gehörte der VF nicht freiwillig an.

Dazu gab es damals einen bezeichnenden Witz: Ein Besucher fragt in einer Ortschaft nach der Gesinnung der dortigen Bevölkerung, er erhält zur Antwort, die Hälfte der Leute seien Sozis, die andere Hälfte Nazis, der Besucher fragt überrascht, wer denn dann in der VATERLÄNDISCHEN FRONT sei. Die Antwort darauf: In der VF sind alle.

Nach wie vor war es wesentlich gefährlicher, sich für die Kommunisten oder die Revolutionären Sozialisten illegal zu betätigen als für die NSDAP. Die strengen Gesetze (Todesstrafe gegen Sprengstoffattentäter - auch wenn Anschläge nur Sachschäden verursachten!), wurden gegen Nazis in der Strenge nicht angewendet. Die Haftbedingungen in den "Anhaltelagern" wie Wöllersdorf waren mit den Zuständen in den deutschen KZs überhaupt nicht vergleichbar, die Insassen wurden hauptsächlich durch Langweile drangsaliert.

Ende Mai 1934 besprach der Wiener Rechtsanwalt und NSDAP-Hauptabteilungsleiter Otto Wächter in Berlin mit einem Ministerialdirektor den Plan der österreichischen Nazis, mit einem Putsch an die Macht zu kommen. Am 6. 6. bespricht der NSDAP-Landesleiter Theo Habicht die Angelegenheit mit Hitler, am 25. 6. werden auf einer konspirativen Konferenz in Zürich die Putschpläne fixiert.

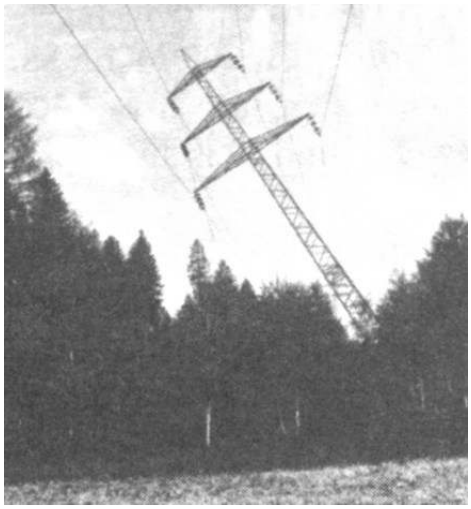
Auf einem Treffen der Austro-Nazis mit ihrem Führer: der Wiener Gauleiter Alfred Frauenfeld begrüßt Hitler, in der Mitte in Uniform Otto Wächter

[18] unter antiklerikal Gesinnten wurden Geistliche grundsätzlich und vorsätzlich abfällig als "Pfaffen" tituliert und bekennende Katholiken als "verpfafft" bezeichnet, ein "Verpfaffter" galt unter den Gegnern des Klerikalfaschismus als einfältig und suspekt.

Dollfuß bildet am 10. Juli seine Regierung um. Er selber übernimmt außer dem Amt des Bundeskanzlers die Ressorts Inneres, Äußeres, Landesverteidigung und Sicherheit, die übrige Regierungsmannschaft besteht aus vier Christlichsozialen und vier Heimwehrern.

Der frühere Vizekanzler Emil Fey, ein Heimwehrführer und berüchtigter ehrgeiziger Schwachkopf, war schon im Mai auf das Amt eines Sicherheitsministers abgeschoben worden und durfte sich jetzt nur noch "Generalstaatskommissär für außerordentliche Sicherheitsmassnahmen" nennen.

Am 18. Juli lief ein Ultimatum ab: bis dahin sollten illegale Sprengmittel straffrei abgeführt werden, ab 19. Juli stand die Todesstrafe auf Sprengmittelbesitz.



von Nazis im Juni 1934 gesprengter Hochspannungsmast

Am 15. Juli wurde von der SOZIALISTISCHEN ARBEITERJUGEND auf der Predigtstuhlwiese im Wienerwald eine konspirative Gedenkgebung für die Toten der Demonstrationen gegen die Klassenjustiz vom 15.7.1927 ("Justizpalastbrand") durchgeführt. Während der Ansprache von Genossin Rosa Jochmann eröffneten Gendarmen und Heimwehrer das Feuer auf die Versammelten und töten zwei SAJler. Einer der Anwesenden ist der SAJ-Funktionär Josef Gerl, der aus Zorn über dieses neue Verbrechen der Faschisten am 20.7. einen Sprengstoffanschlag auf einen Befestigungspfosten der Donauuferbahn verübte, der nur geringen Sachschaden verursachte. Auf der Flucht verletzte er einen Polizisten. Die klerikalfaschistische Justiz statuierte an Gerl ein Exempel, er wurde am 24. Juli zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Josef Gerl - Josef Hindels schrieb über sein Schicksal die Broschüre "So starb ein junger Sozialist"

Während hunderte NS-Sprengstoffattentäter pardoniert worden waren oder die behördliche Suche nach einschlägigen Verdächtigen von dieser Sorte mangels Eifer der Polizei ergebnislos blieb, büßte der erste sozialistische Attentäter eine geringfügige Straftat mit dem Leben.

Der Putsch

Die Vorbereitungen der österreichischen Nazis für einen Staatsstreich liefen zeitlich parallel zum letzten Machtkampf in Deutschland. Dort hatte Hitler für 30.6. eine Zusammenkunft der SA-Führung in Bad Wiessee angeordnet und sodann von SS-Einheiten den Großteil der Versammelten festnehmen und erschießen lassen. Der SA-Führer Ernst Röhm, einer der wenigen Duz-Freunde Hitlers, hatte zu hoch hinaus gestrebt, er wollte eine Verschmelzung seiner Sturmabteilung mit der deutschen Reichswehr, möglichst mit sich selbst als Kommandanten. Da Reichswehr und Hitler inzwischen gemeinsame Sache machten, waren die ungebetenen Zwischenrufe und Forderungen Röhms höchst unerwünscht. Hitler unterband mit dem Vorwand, einen Putsch zu verhindern, durch die Erschießung einiger Dutzend SA-Offiziere einen Machtkampf, bevor ein solcher überhaupt zur Debatte gestanden hatte.

Am 2.7.1934 wurde SA-Führer Ernst Röhm auf Hitlers Befehl ermordet - die Führung der SA war von einer starken Gruppe Homosexueller um Röhm durchsetzt gewesen, was zusätzlich zu einer geheuchelten sittlichen Empörung genutzt wurde - obwohl deren sexuelle Orientierung seit Jahren bekannt war.

Für den Putsch in Österreich war dieses Geschehen wenig hilfreich, da der gewaltsame Triumph der SS über die SA im "Reich", auf die österreichischen SA-Einheiten demotivierend wirkte. Die Putschvorbereitung in Wien lief über SS, für die SA-Einheiten war vorgesehen, dass sie eine Art "Volksaufstand" zu initiieren hätten. Der österreichische SA-Stabschef Obergruppenführer (=General) Hermann Reschny ist jedoch seiner Aufgabe entweder nicht gewachsen gewesen oder ihr absichtlich nicht nachgekommen.

Für den Putsch konnten die Nazis folgende Truppeinheiten bereitstellen: eine Brigade in Kärnten mit 3.200 Mann, zwei Brigaden in der Steiermark mit 6.600 Mann, aus den anderen Bundesländern liegen keine genauen Zahlen vor. In der Obersteiermark unterstützte die in deutschem Besitz befindliche Alpine-Montangesellschaft die Nazis massiv.

Die Nazis hofften in Wien auch auf die Polizei, die stark von Gesinnungsfreunden durchsetzt war und auf die Nationalsozialisten unter den Berufssoldaten im Bundesheer. Allerdings gab es diesbezüglich keine konkreten Pläne, man erwartete durch die Festnahme der Regierung und der Erklärung der Machtübernahme mittels der Kraft des Faktischen das Militär vom Eingreifen abzuhalten. Die örtlichen NS-Einheiten sollten Gendarmerieposten besetzen und die Heimwehreinheiten entwaffnen, SA-Gruppen über das ganze Land (unbewaffnet) Demonstrationsmärsche mit einer Forderung nach Neuwahlen (!!) abhalten. In den Bundesländer sollten sich die NSDAP-Gauleiter selbst als Landeshauptmänner deklarieren. Eine zentrale Kampfleitung für ganz Österreich hat es indessen nicht gegeben.

Die Kerntruppe der Putschisten für den Schlag gegen das Bundeskanzleramt bestand aus rund 150 Männern, davon um die hundert ehemalige Soldaten und 25 ehemalige Exekutivbeamte. Das Kommando über diese "SS-Standarte 89" genannte Truppe führte als "Hauptmann Friedrich" der gewesene Bundesheerwachmeister Franz Holzweber.

Franz Holzweber alias Hauptmann Friedrich

Die Besetzung des Kanzleramtes

Ein für den 24. Juli 1934 um 16 Uhr vorgesehener Ministerrat war kurzfristig auf den 25.7. um 11 Uhr verschoben worden, die geplante Putschaktion musste daher auch verschoben werden. Allerdings war auch vorgesehen gewesen, dass (gleichzeitig mit der Überrumplung der Regierung beim Ministerrat) der in Kärnten auf Urlaub weilende Bundespräsidenten Miklas in die Gewalt der Nazis gebracht werden sollte. Durch einen Spitzelbericht waren die Klagen-

furter Behörden vorgewarnt und nahmen zwei der drei aus Wien anreisenden Entführer fest, deren Aktion unterblieb, Miklas blieb ungeschoren, von der Festnahme der beiden Wiener erfuhren die Putschisten jedoch nichts.

Zudem bekam am 25.7. ein Polizist namens Dobler, der in die Putschvorbereitung verwickelt war, kalte Füße und informierte die Wiener Heimwehrleitung über die Pläne. Damit lief der Plan des Staatsstreiches von Anbeginn aus dem Ruder.

Die Heimwehrleitung leitete die Meldung Doblers an ihren Führer, den (wie oben beschrieben) kurz vorher ins 2. Glied rückgestuften ehemaligen Vizekanzler und Sicherheitsminister Emil Fey weiter. Dieser tut nun erst einmal gar nichts.

Die SSler der Standarte 89 treffen sich vor Mittag in einer Turnhalle des Turnerbundes in der Siebensterngasse, um halbzwölf war bei den Putschisten die Meldung eines Mitverschwörers aus dem Bundeskanzleramt eingelangt, dass die Sitzung des Ministerrates wie geplant begonnen habe. In der Turnhalle wird der Einsatz gegen das Bundeskanzleramt vorbereitet, die SSler verkleiden sich als Bundesheersoldaten.

Emil Fey informiert nun während der Ministerratssitzung Bundeskanzler Dollfuß kurz nach zwölf doch noch über den drohenden Putsch, der Kanzler bricht deswegen um 12Uhr15 die Sitzung ab und schickt die versammelten Minister in ihre Ämter zurück, bei Dollfuß bleiben Sicherheitsstaatssekretär Karwinsky, General Zehner und Fey. Gleichzeitig langt eine Meldung ein, dass gegen Dollfuß am Michaelerplatz[19] ein Anschlag geplant sei.

dazu ein Ausschnitt aus einem heutigen Wienplan, links unten Siebensterngasse, rechts oben Ballhausplatz

Die jetzt getroffenen Maßnahmen erweisen sich als unzureichend. Die zur Siebensterngasse im 7. Bezirk entsandten Polizeikräfte kommen dort an, als die Putschisten schon abfahren, General Zehner verlässt das Kanzleramt, um Bundesheereinheiten zu alarmieren, das Bundeskanzleramt wird jedoch nicht gesichert, die Wachen sind nicht entsprechend vorbereitet, die Einfahrt bleibt offen. Einige Minuten vor 13 Uhr fahren die Putschisten in den Hof des Kanzleramtes ein, durch ihre Verkleidung werden sie für die erwarteten Bundesheereinheiten gehalten, es gelingt ihnen daher rasch, die Wachen auszuschalten und das Kanzleramt in ihre Gewalt zu bekommen.

Gleichzeitig hatte eine Gruppe von fünfzehn Bewaffneten in der Johannesgasse (beim Stadtpark) das Gebäude der RAVAG[20] besetzt und den Nachrichtensprecher gezwungen, über Rundfunk die Meldung durchzugeben, die Regierung Dollfuß sei zurückgetreten und der Gesandte Dr. Anton Rintelen habe die Regierungsgeschäfte übernommen.

Dr. Anton Rintelen, Kanzlerkandidat der Nazis

[19] zwei Straßen vom Bundeskanzleramt entfernt, die Siebensterngasse ist in Neubau und ca. einen Kilometer vom Bundeskanzleramt am Ballhausplatz entfernt

[20] RAVAG: Radio-Verkehrs-Aktien-Gesellschaft, die 1924 errichtete österreichische Rundfunkgesellschaft

Rintelen, geboren 1876 in Graz, war ursprünglich Politiker der Christlichsozialen in der Steiermark gewesen, dort Landeshauptmann und 1932/33 Unterrichtsminister in der ersten Dollfuß-Regierung. Er hatte nun seine Sympathie den Nationalsozialisten zugewandt und sollte als scheinbarer Nichtnazi die Kanzlerschaft einer Naziregierung übernehmen. Seit seinem Ausscheiden aus der Regierung war er Gesandter in Italien.

Die Rundfunkdurchsage über Dollfußrücktritt und die Nachfolge durch Rintelen wäre auch das geplante Aufstandssignal für die Nazieinheiten in ganz Österreich gewesen.

Im Kanzleramt hatte inzwischen Dollfuß versucht, über eine Wendeltreppe in das Staatsarchiv auszuweichen und so den Putschisten zu entrinnen. Dabei lief er kurz nach 13 Uhr den über das Stiegenhaus vordringenden Nazis fast in die Arme, kehrte um, lief durch sein Arbeitszimmer in ein Eckzimmer, das auch einen Zugang zum Stiegenhaus hatte. Die Putschisten drangen aber bereits von dieser Seite ebenfalls vor, einer der Putschistenanführer, Otto Planetta, feuerte auf Dollfuß, noch ein 2. Schuss traf den Kanzler, es blieb bis heute ungeklärt, wer der zweite Schütze war.

Otto Planetta, er schoss Dollfuß nieder

Der klerikalfaschistische Diktator wurde lebensbedrohend verletzt, zwei Polizisten leisteten ihm erste Hilfe, etwa um13Uhr45 ersucht Dollfuß um priesterlichen Beistand und um eine Gesprächsmöglichkeit mit Unterrichtsminister Schuschnigg. Beides wird ihm ebenso verwehrt wie die ärztliche Hilfe.

Dollfuß stirbt um 15Uhr45 im Glauben, der Putsch wäre erfolgreich gewesen, die Nazis hätten tatsächlich in Österreich die Herrschaft übernommen.

der erschossene Diktator

Für die Putschisten ist in Wirklichkeit die Lage allerdings alles andere als erfolgversprechend.

Das Bundeskanzleramt wurde ab zirka 13Uhr30 von der Alarmabteilung der Wiener Polizei umstellt, nach und nach folgten auch Einheiten des Bundesheeres. Die Putschisten im Kanzleramt haben keinen Kontakt zu den Putschführern außerhalb und wissen auch über die Gesamtlage nichts.

Ab 14Uhr30 tagen im Kriegsministerium am Stubenring die Regierungsmitglieder, die vom Bundespräsidenten telefonisch aus Velden den Auftrag erhalten, den Aufstand mit allen Mitteln niederzuschlagen, Miklas beauftragt Schuschnigg provisorisch mit der Regierungsführung.

Die Besetzer der RAVAG waren bereits bald nach 13 Uhr nach kurzem heftigen Gefecht überwältigt, vier von ihnen dabei getötet worden.

Putschisten werden aus dem RAVAG-Gebäude abgeführt

die Innenstadt wird von Truppen zerniert

Mitverschwörer in Polizei und Bundesheer verlieren angesichts der Lage den Mut. Die geplanten Festnahmen von Regierung und Bundespräsident sind fehlgeschlagen, daher schwindet die Aussicht auf einen Erfolg. Die nunmehr eingeschlossenen Putschisten ersuchen den vormaligen Vizekanzler Fey um Vermittlung. Fey spielt weiterhin eine zwielichtige Rolle und engagiert sich sogar für die Anerkennung einer Kanzlerschaft von Rintelen.

Rintelen hatte im Hotel Imperial vergeblich auf seinen Auftritt gewartet, um 16Uhr30 wurde er an den Tagungsort von Schuschnigg gebracht und bestritt dort, am Putsch mitgewirkt[21] zu haben.

Nach 17 Uhr stellen General Wilhelm Zehner und Sozialminister Odo Neustädter-Stürmer den Putschisten ein Ultimatum. Wenn der Putschversuch keine Todesopfer gefordert habe, sollten sich die Putschisten bis 18 Uhr ergeben und erhielten freies Geleit bis zur deutschen Grenze.

---

[21] Rintelen wurde 1935 wegen Hochverrates zu lebenslanger Haft verurteilt, 1938 von den Nazis freigelassen, er trat politisch nicht mehr in Erscheinung und starb 1946

Nach mehrmaliger Verlängerung der Frist kapitulieren die Nazis und legen um 19 Uhr ihre Waffen nieder. Polizei und Schutzkorps besetzen das Gebäude, dabei können sich einige der Putschisten unter die Sicherheitsleute mischen und so entkommen. Die Sicherung der Spuren besteht eher in einem Spurenverwischen, Nazis im Polizeiapparat, aber auch Emil Fey[22] in seiner undurchsichtigen Rolle, verhinderten die Klärung der Einzelheiten.

Die festgenommenen Putschisten werden in die Marokkanerkaserne verbracht, das versprochene freie Geleit wird nicht gegeben. Minister Neustädter-Stürmer behauptete (entgegen den Tatsachen), er habe zum Zeitpunkt des Versprechens nicht gewusst, dass Dollfuß erschossen worden war.

Mit einer Rundfunkansprache stellt sich Kurt Schuschnigg als Nachfolger von Dollfuß vor.

Dollfuß-Nachfolger Kurt Schuschnigg

Drahtzieher des Putschversuches wie Otto Wächter und Fridolin Glass, die Vorort nicht mitgewirkt hatten, entziehen sich dem Zugriff der Polizei.

Der Naziaufstand in den Bundesländern

Die erzwungene Rundfunkdurchsage über den angeblichen Rücktritt von Dollfuß sollte die Nazimilizen in den Bundesländer aktivieren.

Wirklich funktioniert hat dies nur in Teilen der Steiermark, im Bezirk Deutschlandsberg (südlich von Graz), im Bezirk Radkersburg, teilweise im Bezirk Weiz, wo die örtlichen SA-Einheiten Alarmbefehle erhielten, Gendarmerieposten besetzten und an Gebäuden Hakenkreuzfahnen hissten. In der Obersteiermark versammelte sich die SA im Bereich Leoben-Donawitz an ihren Einsatzpunkten, allerdings wurde der geplante Einsatz nicht befohlen, weil im Rundfunk der Regierungsrücktritt dementiert wurde. Im Bezirk Liezen begann eine Aufstandsaktion nach 17 Uhr.

Die Sicherheitskräfte und die regierungstreuen Wehrverbände entfalteten ihre Tätigkeit bundesweit ebenfalls unterschiedlich, teilweise wurde man von den Ereignissen völlig überrascht, zum Teil Alarmbereitschaft angeordnet, zum Teil wurden Gegenmaßnahmen gesetzt. Z.B. erhielt im Mühlviertler Bezirk Rohrbach die Heimwehr den Befehl zur Festnahme aller bekannten Nazis und Sozialdemokraten (!).

In Innsbruck wurde der bei den Nazis besonders verhasste Kommandant der Sicherheitswache, Franz Hickl, um 14Uhr30 vorm Bundespolizeikommissariat von einem SS-Scharführer erschossen, das geplante Losschlagen der SA unterblieb jedoch.

In der Steiermark setzte erst am Abend des 25.7. der landesweite Aufstand der Nazi-Einheiten ein, zum selben Zeitpunkt als in Wien der Putsch bereits gescheitert und die Putschisten festgenommen waren. Die "Bauernwehr" des

[22] bald tauchte das Gerücht auf, es sei Fey gewesen, der den zweiten Schuss auf Dollfuß abgegeben habe

deutschnationalen Landbundes trat dabei besonders aktiv in Erscheinung, verschiedenen Orts kam es zu Gefechten zwischen Nazis und regierungstreuen Kräften.

In Oberösterreich waren die Nazis dem Anschein nach von der Geschehnissen in Wien überrascht worden, z.B. war der Linzer SS-Kommandant im Urlaub.

Die "ÖSTERREICHISCHE LEGION", eine in Deutschland für den Einmarsch bereitstehende Miliz aus ins "Reich" geflüchteten österreichischen Nazis, dürfte in die Putschvorbereitungen ebenfalls nur unzureichend einbezogen gewesen sein: man soll dort gar nichts davon gewusst haben. Nach dem Bekanntwerden des Putschversuches ward Alarmbereitschaft anordnet, diese aber bereits um Mitternacht wieder aufgehoben.

An der Grenze Braunau/Simbach legte man vorsichtshalber den deutschen Nazis einige Steine in den Weg

In der Steiermark ging der Naziaufstand die ganze Nacht über weiter, in den Morgenstunden versuchten in Graz etwa 150 SA-Männer das Anhaltelager Messendorf zu erstürmen, in welchem zahlreiche Naziaktivisten inhaftiert waren. Das bisher von der Heimwehr bewachte Lager, war aber inzwischen vom Bundesheer besetzt, deshalb misslang dieser Versuch.

Volksgenossen!

Dollfuß ist erledigt

Graz ist von Militär bereits entblößt, Soldaten weigern sich auf uns zu schießen.

Ganz Obersteiermark (Ennstal, Murtal und Leoben)

ist in unserer Hand.

Straßer Garnison

geht mit uns.

Kärnten

ist vollkommen nationalsozialistisch, alle Dienststellen von Nazis besetzt.

Tirol, Salzburg, Oberösterreich

melden rasches Vordringen der SA.

In Niederösterreich

marschieren die Bauern.

Wiener-Neustadt Nazi-Hochburg.

Glaubt nicht den Radiomeldungen, denkt an die Lügen im Februar.

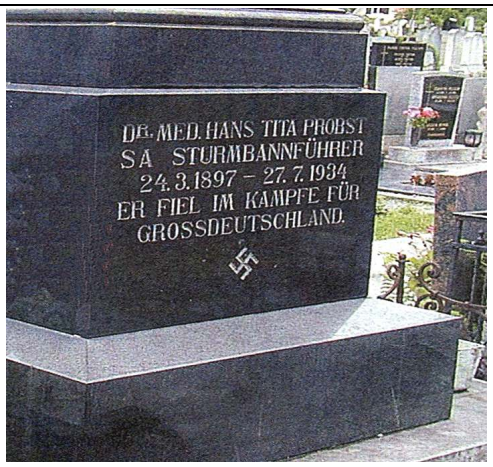
Bereitsein zum Losgehen in Graz

Gauleitung Steiermark

von den Nazis in Graz verbreitetes Flugblatt voller Lügen

Der Aufstand in der Steiermark wurde im Verlauf des 26.7. weit gehend niedergeschlagen, in Kärnten begann er erst im Laufe des Tages. In beiden Bundesländern kam es zu zahlreichen Gefechten und Geplänkeln, die Todesopfer forderten. Besonders in Leoben gab es schwere Kämpfe, zum Teil von Haus zu Haus. Als die Kämpfe in der Steiermark weit gehend beendet waren, traten im Salzkammergut und im Raum Windischgarsten einzelne SA-Einheiten zu Aufstandsversuchen an, die zum Teil bis zum 27. Juli anhielten. Im Raume Villach kam es am Abend des 26.7. zu einzelnen Kampfhandlungen.

In der Nacht zum 27. Juli versuchten Teile der ÖSTERREICHISCHEN LEGION die Grenze zum Mühlviertel zu überschreiten, dabei kam es zu Schießereien bei und in Kollerschlag, die Legion wurde von Gendarmerie und Zollwache zum Rückzug nach Bayern gezwungen, an diesem Einmarschversuch war auch der Vater Jörg Haiders beteiligt.



noch heute am Grazer Friedhof zu sehen (samt Hakenkreuz!): das 1938 gestaltete Grab eines Nazihelden von 1934

Bis zum Abend des 27.7. waren die Einheiten der SA in der Steiermark und Kärnten, zum Teil nach längeren Kämpfen, weit gehend zum Aufgeben gezwungen worden, nun begannen in Salzburg Aufstandsversuche. In der Stadt Salzburg rotteten sich abends Nazigruppen zusammen, in Lamprechtshausen verbreitete sich das Gerücht, der Einmarsch der ÖSTERREICHISCHEN LEGION stünde bevor, was die örtlichen SA-Männer zu einem Aufstandsversuch veranlasste. Nach letzten Aktionen der Nazis am Nachmittag des 28.7. in Hallein war bis zum Abend dieses Tages die Ruhe in Österreich weit gehend wieder hergestellt.

Nach neueren Angaben forderten die Kämpfe 101 Tote auf Seite der Regierungstruppen, überwiegend in der Steiermark (47) und Kärnten (38) und in der Mehrheit (54) von den Heimwehren. Die Nazis hatten in den Kämpfen 98 Tote, ebenfalls überwiegend in der Steiermark (42) und in Kärnten (41). Der Großteil der toten Nazis hatten der SA angehört. Ebenfalls ums Leben gekommen waren neun an den Kämpfen Unbeteiligte.

In Oberösterreich beklagte die Regierungsseite vier Tote, die Nazis verloren sieben Mann.

Kleine Zeitung

Nummer 205 Graz, Sonntag 29. Juli 1934 81. Jahrgang

Dem toten Volkskanzler Oesterreichs.

Offiziell wird um Dollfuß getrauert, doch herrscht in breiten Kreisen der österreichischen Bevölkerung nicht nur "klammheimliche"[23], sondern unverhohlene Freude über das üble Ende des verhassten Klerikalfaschisten.

[23] der "klammheimlichen Freude" wurde die deutsche Linke 1977 über den Mord der RAF am damaligen Arbeitergeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer bezichtigt, wohl auch nicht ganz zu Unrecht, denn Schleyer war eine mehr als nur umstrittene Figur

Flugblatt der illegalen Arbeiterbewegung:

Die Nachricht vom Tode Dollfuß' wurde von den Arbeitern mit Genugtuung als der Tod eines Tyrannen und Freiheitsmörders begrüßt. Österreich erlebt seinen 30. Juni; so wie im Reich werden auch hier Faschisten von Faschisten ermordet und wir beobachten diesen Prozeß mit Befriedigung. Dollfuß ist tot; auch sein System muß zerstört werden - niemals aber durch eine Verbindung mit den braunen Faschisten!

Nicht ungeschickt wurde auf obigem Flugblatt die Ermordung von Dollfuß als eine Art innerfaschistischer Konflikt dargestellt, die Anspielung auf den 30. Juni bezieht sich auf die Ermordung des deutschen SA-Führers Röhm durch die SS (siehe Seite 44).

Hitler distanziert sich

Der misslungene Putsch bringt die deutschen Nazis in eine unangenehme Lage, das Regime ist noch längst nicht stark genug, sich auch öffentlich zum Wiener Putschversuch zu bekennen, am 26.7. wird daher das folgende Kommunique der deutschen Reichsregierung verlautbart:
"Aus Darstellungen des Wiener Rundfunks beziehungsweise amtlicher österreichischer Nachrichtenstellen geht hervor, daß zwischen den österreichischen Aufständischen und österreichischen Regierungsstellen Abmachungen getroffen worden sind für einen freien Abzug der Aufständischen nach Deutschland. Diese Abmachungen sind für das Deutsche Reich belanglos und beinhalten für die Deutsche Reichsregierung keinerlei rechtliche Verbindlichkeit. Die Deutsche Reichsregierung hat daher den Befehl gegeben, die Aufständischen im Falle einer Überschreitung der deutschen Grenze sofort zu verhaften. Der deutsche Gesandte in Wien, Rieth, hat auf Anforderung österreichischer Regierungsstellen beziehungsweise der österreichischen Aufständischen sich bereitfinden lassen, einer zwischen diesen beiden getroffenen Abmachung bezüglich freien Geleites und Abzuges der Aufständischen nach Deutschland ohne Rückfrage bei der Deutschen Reichsregierung seine Zustimmung zu geben. Er wurde daraufhin sofort von seinem Posten abberufen."

Mussolini kann sich als Beschützer der österreichischen Unabhängigkeit in Szene setzen, er verlegt zwei Divisionen an die Brennergrenze und lässt am selben Tag bekannt geben: *"Sogleich nach der Nachricht von der Ermordung von Kanzler Dollfuß, das heißt um 16 Uhr am 25. Juli, wurden bei der Möglichkeit von Komplikationen Bewegungen von Land- und Luftstreitkräften gegen die Brennergrenze und Kärnten zu angeordnet. Diese Streitkräfte sind ausreichend, um jeglicher Eventualität entgegenzutreten. Trotzdem ist es erlaubt, in dem Augenblick, da die Situation in Österreich sich normalen Verhältnissen anzunähern scheint, anzunehmen, daß es nicht nötig sein wird, über jene Maßregeln hinauszugehen, die den Charakter vorbeugender Schritte haben."*

Zum neuen deutschen Botschafter wird am 29.7. (Dienstantritt am 15. August) der bisherige deutsche Vizekanzler Franz von Papen bestellt. Papen war ein ehemaliger Politiker der katholischen Zentrumspartei, der sich 1932 mit seiner Partei überworfen hatte, kurzzeitig deutscher Kanzler und danach ein wesentlicher Mitschuldiger an der Kanzlerbestellung Hitlers am 30.1.1933 war, aber mit seiner Vorstellung, er könne als Vizekanzler Hitler in Schach halten, kläglich scheiterte, im Zuge der Säuberungen im Zusammenhang mit der Röhm-Affäre wurde er als Vizekanzler zurückgetreten und war wohl froh, nun in Wien (im Sinne des Wortes) weit vom Schuss zu sein.

Die österreichische Regierung wird schon am 29. Juli neu gebildet, Dr. Kurt Schuschnigg zum Bundeskanzler ernannt, Vizekanzler, Sicherheitsminister und Erster Bundesführer der VATERLÄNDISCHEN FRONT wird der Heimwehrer Starhemberg, Fey feiert die Rückkehr auf einen Ministerposten: er wird zum Innenminister bestellt.

Am 30./31. Juli werden die ersten Verfahren gegen die Naziputschisten abgeführt, gegen Otto Planetta, dem Mörder von Dollfuß, und Franz Holzweber, dem Führer des Angriffs auf das Kanzleramt, Todesurteile verhängt und am selben Tag vollstreckt, sechs weitere Todesurteile folgen, im August werden fünf Hinrichtungen vollzogen.

die 13 Hingerichteten auf einer NS-Gedenkkarte im Jahr 1938

Die Nazis sind in Österreich vorerst blutig gescheitert, der scheinbar bevorstehende "Anschluss" findet nicht statt. Einerseits erscheint die NS-Bewegung in Österreich nunmehr als geschwächt, andererseits gewinnen die Nazis durch die Liquidierung von Engelbert Dollfuß auch Sympathie.

Christliches Gedenken

an Herrn

Dr. Engelbert Dollfuß

Bundeskanzler von Österreich,

Oberleutnant der Reserve im 3. Kaiserschützenregiment, Besitzer des großen Goldenen Ehrenzeichens am Bande für Verdienste um den Bundesstaat Österreich, verschiedener Kriegs-Auszeichnungen, des päpstlichen Ordens vom Gold. Sporn, des Großkreuzes des päpstlichen Piusordens, verschiedener hohen ausländischen Staatsauszeichnungen, Ehrenbürger zahlreicher Gemeinden,

der am 25. Juli 1934 als Opfer treuester Pflichterfüllung und unermüdlichen Dienstes für sein Vaterland einem ruchlosen Mordanschlag im Alter von 42 Jahren erlegen ist und sein von edelster Gesinnung getragenes Leben ausgehaucht hat.

Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß wurde geboren am 4. Oktober 1892 in Texing, Niederösterreich, als Sohn einer Bauernfamilie. Er diente dem Vaterland im Weltkrieg durch 37 Monate an der Front (heldenmütige Verteidigung der Zugna Torta), später auf wichtigen Verwaltungs- und Ministerposten. Am 20. Mai 1932 wurde er als Bundeskanzler berufen. Anläßlich des Katholikentages in Wien am 11. September 1933 hat er sein großes Programm vom ständischen Neuaufbau Österreichs nach „Quadragesimo anno" entworfen. Die darauf fußende neue Verfassung des Bundesstaates Österreich trat am 1. Mai 1934 in Kraft.

„..... Ich wollte ja nur den Frieden; den andern möge der Herrgott vergeben."

(Friedensworte des sterbenden Heldenkanzlers.)

Von den Klerikalfaschisten auf der zentralen Trauerfeier am 8. August auf dem Wiener Heldenplatz massenhaft verteiltes Gedenkbild

Die Folgen des Juli 1934

Zur Einleitung ein Witz aus der Schuschniggzeit:
Ein Tiroler Bürgermeister kommt nach Wien, Schuschnigg empfängt ihn im Bundeskanzleramt am Ballhausplatz. Der Kanzler fragt den Bürgermeister, ob er den Slogan vom "Wiedererstehen Österreichs im christlichen Ständestaat" verstünde.
"Nicht ganz", muss ihm der Tiroler antworten, "aber wir glauben natürlich daran".
"Ich will es Ihnen erklären", sagt Schuschnigg und führt ihn zum Fenster. "Sagen Sie mir, was sehen Sie draußen?"
"Nunja", sagt der Bürgermeister, "ich sehe einen Mann, der in ein Auto einsteigt und eine Frau mit Kind, die daneben steht."
"Wenn Sie in einem Jahr zurückkommen, dann werden Sie zehn Autos und zehn Männer beim Einsteigen sehen, zehn Mütter werden dort mit ihren Kinder stehen, das, mein lieber Bürgermeister, wird die Wiedererstehung Österreichs im christlichen Ständestaat sein."
Zurück in seinem Tiroler Dorf versammelte der Bürgermeister seine Gemeinderäte: "Ich will Euch die Bedeutung des Wiedererstehens Österreichs im christlichen Ständestaat so erklären, wie es mich der Kanzler gelehrt hat. Schaut beim Fenster hinaus und sagt mir, was Ihr seht."
Verwirrt gehorchen die Gemeinderäte und einer schildert, was er erschaut: "Ich sehe bloß die Dorfkirche, ein altes Weib, das gerade hineingeht, einen Bettler, der mit dem Hut in der Hand vor der Kirche steht."
"Richtig", ruft der Bürgermeister, "wenn Ihr in einem Jahr wieder aus dem Fenster schaut, werdet Ihr zehn Kirchen sehen und zehn alte Weiber, die hineingehen, und dutzende Bettler werden mit ihren Hüten in den Händen vor den Kirchen stehen, das ist, wie mir unser Kanzler erklärte, die Wiedererstehung Österreichs als christlicher Ständestaat!"

Die Wirklichkeit unterschied sich nicht allzu sehr von diesem Witz. Die diktatorische Regierung redete die Lage schön, die große Mehrheit der Bevölkerung sah keinen Grund sich an diesem Geschwätz zu orientieren, die Realität war schlimm genug.

Die Zahl der Arbeitslosen, im Besonderen die Zahl der "Ausgesteuerten" (also der gänzlich Unterstützungslosen) blieb in unerträglicher Höhe, der Staat sparte und die Menschen litten Not. Vor allem war keinerlei Entwicklung wahrnehmbar, die einen Grund für irgendeine Art von Zukunftsoptimismus geben hätte können.

Um den von den Naziputschisten am 25. Juli 1934 erschossenen Kanzler Engelbert Dollfuß wurde ein zutiefst dämlicher Kult entfaltet, der in einem ebensolchen Lied gipfelte.

Ihr Jungen, schließt die Reihen gut!
Ein Toter führt uns an.
Er gab für Österreich sein Blut,
Ein wahrer, deutscher Mann. (...)

Man kann sich vorstellen, wie sich die Deutschnationalen und Nazis über Dollfuß, den toten Führer und "wahren deutschen Mann" abgehaut haben. Und welchen Eindruck der "wahre deutsche Mann" auf die Antinazis gemacht haben wird.

Dollfuß-Sammelbild

Fotomontage im Zeichen des Kreuzes: Dollfuß und sein politischer und geistiger Vorgänger, der Präfaschist und Prälat Ignaz Seipel

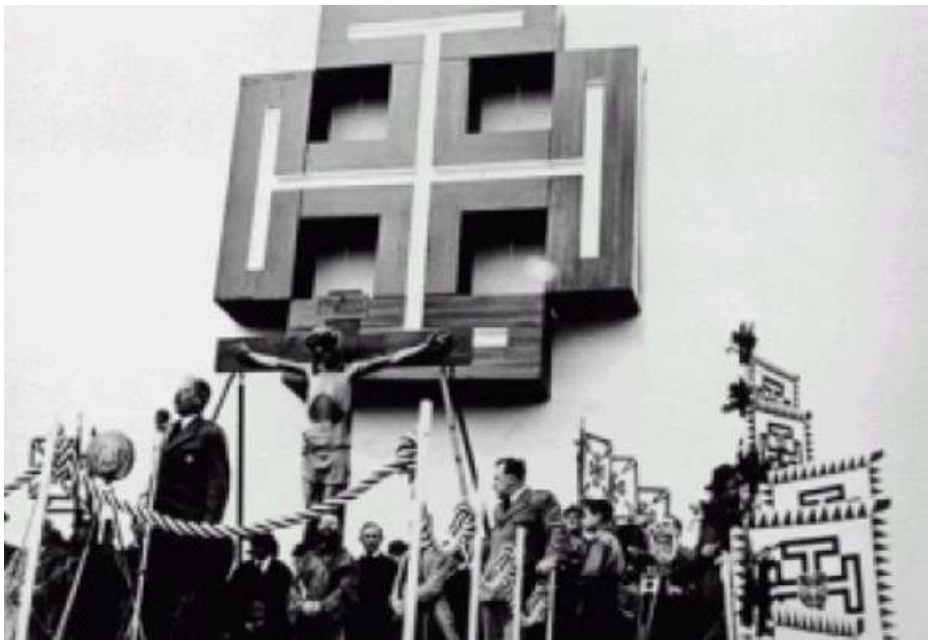
Als typisches Beispiel für das geistige Klima im Lande kann der Umstand angeführt werden, dass im Burgtheater sogar der Auftrittsmonolog der Titelfigur in Goethes Faust zensiert wurde: Statt *"Habe nun, ach! Philosophie, Juristerei und Medizin, und leider auch Theologie! Durchaus studiert, mit heißem Bemühn. Da steh ich nun, ich armer Tor! Und bin so klug als wie zuvor .."*, musste es heißen: *"Habe nun, ach! Philosophie, Juristerei und Medizin! Durchaus studiert, mit heißem Bemühn. Da steh ich nun, ich armer Tor! Und bin so klug als wie zuvor .."* Man kann sich vorstellen, auf welchem Niveau sich das geistige Leben im Lande zu bewegen hatte.

Dollfuß-Nachfolger Kurt Schuschnigg war vielleicht nicht so ein Fanatiker und so ein politischer Idiot wie Dollfuß, die Situation, die er vorfand, bewältigte er jedenfalls in keiner Weise. Die Chance, die es jetzt gab, die Chance, die er und seine Regierung unbedingt ergreifen hätten müssen, hat er entweder aus Feigheit, aus prinzipieller Unversöhnlichkeit oder aus politischer Blindheit nicht wahrgenommen.

Kurt Schuschnigg grüßt in Treue das Kirchensymbol (Sammelbild)

Eine Versöhnung mit der im Februar 1934 von den Klerikalfaschisten besiegten Arbeiterbewegung wäre in der Zeit nach dem Naziputsch möglich gewesen. Kurt Schuschnigg hätte Verbot und Unterdrückung der Sozialdemokratie zurücknehmen müssen und einen Schulterschluss eines wieder demokratischen Österreich gegen die nazistische Bedrohung anstreben müssen. Dann hätte er die Chance gehabt, als großer Staatsmann in die Geschichte einzugehen. So bleibt ihm das Andenken, durch sein Tun und vor allem durch sein Nicht-Tun den Boden für den Nationalsozialismus aufbereitet zu haben.

Es war wohl nicht Größenwahn, zu glauben, die Regierung der schmalsten Basis könne sich auf Dauer halten. Die Einstellung gegenüber der Arbeiterbewegung wurde noch aus der Vergangenheit gespeist, die Masse der arbeitenden Bevölkerung nicht als wesentliches Gesellschaftselement zur Kenntnis genommen. Mit dem Verbot von Sozialdemokraten und Kommunisten schien diese Seite des Geschehens aus der Realität ausgeschlossen zu sein.



Schuschnigg unter Krukenkreuz und Kruzifix

Die Lage von unten nach oben gesehen: Das soziale Elend blieb aufrecht, die klerikale Bevormundung wurde zum Staatsgrundsatz, die Regierung war ein lächerlicher Popanz, wurde auch so wahrgenommen und so beurteilt.

Bezeichnend z.B. der Gedenkstein für Schuschniggs Frau Herma, die im Juli 1935 in der Nähe des heutigen Pichlinger Sees tödlich verunglückte: Die Steinaufschrift "Herma von Schuschnigg" (Schuschnigg stammte aus einer kleinadeligen Familie), wurde alsbald von unbekannter Hand um das Wort "auf" erweitert - was auf hochdeutsch dann bedeutete "höre mir vom Schuschnigg auf". Das entsprach dem Ansehen, den der neue Kanzler in der Bevölkerung hatte.

Während Schuschnigg jedes Gespräch mit der Arbeiterbewegung vermied, traf er sich am 27. Oktober 1934 mit der "nationalen Opposition"[24] um einen innenpolitischen Frieden auszuhandeln. Was zwar zu einem vorübergehenden Nachlassen der NS-Anschläge führte, aber politisch gar nichts bewirkte. Die deutschen Faschisten wussten, mit den österreichischen Faschisten[25] werden sie fertig. Dagegen halfen auch die Staatsbesuche von Schuschnigg bei den Mussolini-Faschisten in Italien wenig (August und November 1934).

Zur Situation der Nazis nach dem gescheiterten Putsch finden sich im Ministerratsprotokoll vom 7.8. die Feststellungen, dass der Gegner zwar empfindlich geschlagen, keineswegs aber vernichtet sei und man Beweise habe, dass die straffe Organisation der Nationalsozialisten noch immer halte und diese bereits daran gegangen seien, ihre Terrorgruppen neuerlich aufzustellen. Zum Umstand, dass Dollfuß die von Fey überbrachte Putschwarnung eher auf die "leichte Schulter" genommen hätte, heißt es, dies wäre geschehen, weil nicht mitgeteilt wurde, dass die Warnung von einem aktiven Polizisten[26] ausgegangen sei, es wäre an sich genug Zeit gewesen, Gegenmaßnahmen zu treffen.

---

[24] Unter "national" verstand und versteht man in Österreich damals wie heute nicht besonders eifrigen Patriotismus, sondern Deutschnationalismus.

[25] Die Diskussion, ob der Begriff "Faschisten" auf die Nazis zutrifft, will ich mir hier nicht antun, zeitgeschichtliche Scholastiker aus rechten Kreisen wollen den Faschismusbegriff möglichst nur auf die Italiener anwenden (weil sich die selbst so bezeichneten) und alle anderen ähnlich strukturierten Diktaturen einzeln titulieren. Der Verfasser dieses Beitrages versteht unter "Faschisten" alle politischen Richtungen, die gegen die linke Arbeiterbewegung mit Unterdrückungsmaßnahmen agierten oder zu agieren versuchten - also italienische Faschisten, Klerikalfaschisten in Österreich oder Kroatien, die Franco-Faschisten in Spanien usw. Es erfolgt ja mit der Bezeichnung "Faschismus" keine Bewertung des Ausmaßes der von den so bezeichneten verübten Verbrechen.

[26] Der Polizist Dobler, ein Mitverschwörer, hatte die Wiener Heimwehrleitung über die Putschpläne informiert.

das Bundesheer umstellte das Kanzleramt, als es zu spät war

Es scheinen also beidseitig Stümper am Werk gewesen zu sein. Obwohl der Nazi-Aufstand keine spontane Verzweiflungsaktion wie der Februaraufstand gewesen war, sondern ein geplanter Putsch, hatten die Beteiligten keine zentrale Kampfleitung eingerichtet, sondern darauf vertraut, dass die Ausrufung des Kanzlerwechsels die Staatsmacht ohne Rückfrage oder gar Widerstand auf die Seite der Putschisten bringen müsste. Die merkwürdige Rolle des früheren Vizekanzlers und damaligen Sicherheitsbeauftragen Fey, der während des Putsches zeitweise mit einer Regierungsübernahme durch Rintelen sympathisierte, blieb ungeklärt. Eine entsprechende Bewaffnung der Kanzleramtswache und das Schließen der Tore des Kanzleramtes hätte den Naziangriff unmöglich gemacht, beides war aus bis heute ungeklärten Gründen unterblieben.

Die Lage im Klerikalfaschismus: Hoffnungslos, aber nicht ernst

Auch in der Folge änderte sich die innenpolitische Sachlage nicht. Für die Mehrheit der Bevölkerung setzte sich ein Leben in Not und Sorge fort, die Anzahl der Arbeitslosen und Ausgesteuerten blieb auf hohem Niveau, auch die Mittelschichten hatten keinen Grund zur Freude, die Menschen hatten entweder sowieso kein Geld oder sie gingen sparsam damit um. Wie der Staat auch, denn damals gab es vorerst nur in den USA den Versuch, die stagnierende Wirtschaft durch öffentliche Investitionen (DEFICIT SPENDING) in Bewegung zu bringen. Und in Hitlerdeutschland - hier allerdings konzentrierte sich das staatliche Ausgabewesen weitaus überproportional auf die Aufrüstung. Was jedoch vorerst für die Masse der Bevölkerung nicht als Vorbereitung auf einen Krieg, sondern als Konjunkturaufschwung wahrgenommen wurde.

in Milliarden RM	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Volkseinkommen	42,5	48,9	55,3	62,1	69,9	78,3
Lohneinkommen	26,0	29,2	32,3	35,3	38,9	42,9
Unternehmereink.	13,8	16,5	19,3	22,7	26,5	30,6
Staatsschulden	12,9	14,8	16,4	21,3	23,3	31,5

Arbeitslose	26,0%	14,0%	10,0%	7,0%	3,0%	2,0%

die deutsche Konjunktur ...

in Milliarden RM	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Öffentl. Verbrauch	7,0	6,9	7,2	7,4	7,9	8,6
Öffentl. Investitionen	2,4	3,5	3,9	4,2	4,6	5,5
Rüstungsausgaben	0,7	4,2	5,5	10,3	11,0	17,2
Summe	10,1	14,6	16,6	21,9	23,5	31,3
davon % Rüstung	6,9%	28,8%	33,1%	47,0%	46,8%	55,0%

... war rüstungsbedingt

Der Aufschwung in Deutschland gab politisch ungebildeten, deklassierten jungen Leuten in Österreich unmittelbar Aussicht und Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die österreichische Diktatur wurde von denen, die kaum noch was zu verlieren hatten, wenig ernst genommen. Ein verlogener salbungsvoller Katholizismus, der sich überall einmischte und in einem wahren Machtrausch des Klerus die Menschen ständig demütigte, trug wesentlich mehr zur Diskreditierung der Kirche bei, als vorher über Jahrzehnte die Tätigkeit antiklerikaler Organisationen wie des Freidenkerbundes.

Widerstand der verbotenen Organisationen der Arbeiterbewegung bestand hauptsächlich in der Verbreitung von Zeitungen, Zeitschriften und Flugblättern, die meist in der Tschechoslowakei hergestellt und dann mit fix organisierten Verteilerringen zu den Genossen gebracht wurde, ARBEITERZEITUNG und ROTE FAHNE waren trotz der Illegalität Massenblätter.

Arbeiterzeitung.

die ARBEITERZEITUNG der Sozialisten erschien wöchentlich in Brünn

Die KPÖ erreichte in der Illegalität eine Stärke, die sie seit ihrer Gründungsphase nicht mehr besessen hatte. Zurzeit des KPÖ-Verbotes im Mai 1933 hatte sie 4.000 Mitglieder, 1934 waren es 16.000.

Die Rote Fahne

auch die ROTE FAHNE der KPÖ kommt aus der CSR

Die politische Arbeit der Arbeiterparteien konzentriert sich auch auf den Aufbau einer freien Gewerkschaftsbewegung, dazu werden die offiziellen Strukturen der Regierungsgewerkschaften genutzt, die Grundlage für den einheitlichen Österreichischen Gewerkschaftsbund nach 1945 (statt der früheren Richtungsgewerkschaften) in der Zeit der Illegalität gelegt. Dieser illegale "Bund der freien Gewerkschaften Österreichs" war ebenfalls gezwungen, seine organisatorische Basis ins tschechoslowakische Ausland, nach Bratislava, zu verlegen. Mehrfach versuchten auch die Gewerkschafter, die österreichische Regierung von der Notwendigkeit zur Rückkehr zu einem demokratischen Rechtsstaat zu überzeugen. Vergeblich, Schuschnigg blieb gegenüber der Arbeiterbewegung unnahbar.

Durch intensive diplomatische Reisetätigkeit versuchte der klerikalfaschistische Staat eine außenpolitische Absicherung gegenüber Nazideutschland zu erreichen, Reden vor dem Völkerbund, Besuche in Budapest, Paris und London tragen schließlich dazu bei, dass in Stresa in Italien im April 1935 eine Konferenz stattfindet, auf der sich Italien, Frankreich und England über die Politik gegenüber Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien beraten. Eine Stütze für die außenpolitische Lage Österreichs entwickelt sich daraus allerdings nicht.

Andererseits ist Hitler außenpolitisch noch zu schwach, um auftrumpfen zu können, er erklärt deshalb im Mai 1935, Deutschland habe weder die Absicht noch den Willen, sich in innerösterreichische Angelegenheiten einzumischen, Österreich zu annektieren oder anzuschließen. Was allerdings kein Hinderungsgrund ist, die Nazis im Lande weiterhin entsprechend zu unterstützen.

Im Juni wird die österreichische Frontkämpfervereinigung behördlich aufgelöst, weil sie zu einer NS-Organisation geworden war. Die Nazis können weiter mit einem Zuwachs an Anhängern rechnen.

Die sichersten Anhänger des Klerikalfaschismus sind - neben den katholischen Kirchenfunktionären - die ehemaligen Adeligen, denen seit 1919 auch das Tragen der Adelstitel verboten war. Im Juli zeigt sich die Schuschnigg-Regierung nun gegenüber diesen Kreisen dankbar: Die Landesverweisung der Mitglieder des Hauses Habsburg wird aufgehoben, Vermögenswerte, die seinerzeit zur Deckung der Kosten der Kriegsinvalidenversorgung verstaatlicht worden waren, retourniert.

Als der Völkerbund wegen des italienischen Angriffs auf Abessinien (damaliger Name für Äthiopien) am 9. Oktober Sanktionen gegen Italien verhängt, verweigern sowohl Deutschland als auch Österreich die Beteiligung daran.

Im Oktober 1935 fliegt der Ende Juli 1934 zum Innenminister aufgestiegene Emil Fey wieder aus der Regierung und wird auf den Posten des Leiters der DDSG (Donaudampfschifffahrtsgesellschaft) abgeschoben. Fey spielte in der Einrichtung der faschistischen Diktatur eine wichtige Rolle, besonders beteiligt war er daran, die innenpolitische Lage immer mehr zuzuspitzen und die Arbeiterbewegung in eine aussichtslose Situation zu bringen. Er gilt heute als

Machtmensch, der an seiner mangelhaften geistigen Ausstattung scheiterte. Der Wiener Heimwehrführer wurde schließlich 1936 auch aus der Heimwehr ausgeschlossen, er verübte nach dem "Anschluss" am 16.3.1938 Selbstmord. Seine merkwürdige Rolle beim Naziputsch vom Juli 1934 blieb für immer ungeklärt.

Minister Fey (Sammelbild)

Eine Weihnachtsamnestie für politische Gefangene bringt 1935 Freiheit für 1.505 Februarkämpfer (von 1.521 verurteilten Sozialisten und Kommunisten), von den nach dem Juliputsch verurteilten 911 Nazis werden 440 freigelassen.

Der Weg in den Untergang

Die Klerikalfaschisten waren in der Regel Hohlköpfe, die den Triumph über die Arbeiterbewegung unreflektiert auskosteten und mehrheitlich vermutlich überhaupt nicht begriffen, was sie angerichtet hatten.

Politische Verbrecher wie Dollfuß und Schuschnigg waren nicht in der Lage, die Folgen ihres Tuns wirklich abzuschätzen. Der politische Aufstieg der Arbeiterklasse, der im 19. Jahrhundert unter schwierigsten Bedingungen begonnen hatte, schien gestoppt zu sein, der päpstlich-christliche Ständestaat die Verhinderung gesellschaftlichen Konflikte zu erzwingen und traditionell-mittelalterliche Gesellschaftsverhältnisse zurückzubringen.

Ein Kriegskamerad von Kanzler Dollfuß namens Ernst Karl Winter[27] war ausersehen worden, der Arbeiterschaft christlichsoziales Gedankengut näher zu bringen. Winter, seit 1934 dritter Vizebürgermeister in Wien, ein Soziologe, der die Brücke zu den Arbeitern schlagen und Vertrauen zum Ständestaatsystem aufbauen sollte.

Nach 1918 entwickelte Winter die Vorstellung, Österreich als eigenständige[28] "soziale Monarchie" zu erneuern, 1926 gründete er die "Österreichische Aktion" mit dem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und einer teilweise positiven Wertung der Sozialdemokratie. Er entwickelte auch eine eigene berufsständische Auffassung, die Berufsstände sollten eine beständige Kooperation der Interessengruppen des Arbeits- und Produktionsprozesses herbeiführen. Der katholische Soziologe sah dies im christlichsozialen Gedanken als umsetzbar. Dadurch blieb Winter den Heimwehrern und den orthodoxen Klerikalfaschisten ein Verdächtiger, ein "Linker".

Um seinen Ideen stärkeren Nachdruck zu verleihen, gründete Winter im September 1934 eine neue Zeitschrift, DIE AKTION, die sich für eine selbstständige politische Arbeiterorganisation einsetzte. In der ersten Nummer schrieb er, zwar sei, wer zu den Waffen gegriffen habe und mit den Waffen geschlagen wurde, dem Recht des Siegers verfallen, aber: "Ein kluger Sieger hält Haus mit diesem Recht", sollte sich von Gerechtigkeit und Milde leiten lassen. Das alles passte gar nicht in das Konzept seiner Gegner. Kanzler Schuschnigg wollte ihn loswerden. DIE AKTION wurde schließlich verboten, Winter 1936 als Vizebürgermeister "beurlaubt", damit der Hauptvertreter einer eher vernünftigen Tendenz in der Politik ausgeschaltet.

Ein anderer Politiker der Regierungsmacht, Franz Winkler[29], Vizekanzler 1932/33, äußerte sich ebenfalls kritisch gegen die Regierungslinie: *"Die Schutzbund-Rebellen vom 12. Februar 1934 standen aber auf den Barrikaden zur Verteidigung der in Geltung stehenden österreichischen Bundesverfassung."* Allerdings wäre dieser Winkler kein Bundesgenosse gewesen. Er stammte aus dem deutschnationalen Landbund und emigrierte in der Folge nach Nazideutschland.

Die weitere Entwicklung in Österreich war vorerst nicht von dramatischen Ereignissen geprägt. Die Regierung versuchte durch Kontakte mit den Nachbarstaaten, eine internationale Absicherung der österreichischen Eigenstaatlichkeit zu erreichen. Man wusste, die Eigenstaatlichkeit von Kleinösterreich war nicht nur durch Hitlerdeutschland von außen, sondern auch durch den in der Bevölkerung um sich greifenden Wunsch nach einem "Anschluss ans Reich"[30] gefährdet.

1936 fanden auch die so genannten "Sozialistenprozesse" statt, bei denen sich u.a. der spätere Bundespräsident Franz Jonas und auch Bruno Kreisky aufgrund ihrer Kontakte zur SDAP-Exilführung im tschechischen Brünn wegen Hochverrat verantworten mussten.

< Polizeifoto des sozialistischen Studenten Bruno Kreisky - er wurde nach mehr als einjähriger Untersuchungshaft im März 1936 zu einem Jahr Gefängnis wegen Hochverrates verurteilt. Kreisky entwickelte in dieser Zeit eine nie wieder abgelegte Abneigung gegen Christlichsoziale und nach 1945 gegen die ÖVP.

---

[27] Ernst Karl Winter (1895 - 1959), Soziologe, 1934 bis 1936 3. Vizebürgermeister in Wien, emigrierte 1938 via Schweiz in die USA, 1955 Rückkehr nach Wien

[28] die nach 1918 früheste Idee eines - von Deutschland unabhängigen - eigenständigen Österreichs

[29] Franz Winkler (1890 - 1945), 1920-30 Mitglied der Landesregierung der Steiermark, 1930-34 Abgeordneter zum Nationalrat, 1930-32 Innenminister, 1932-33 Vizekanzler, 1932 Obmann des Landbunds. Gründete 1933 die "Nationalständische Front". Nachdem er sich gegen den heimwehrfreundlichen Kurs der Regierung Dollfuß stellte, flüchtete er 1934 in die ČSR und nach Deutschland und wurde 1936 ausgebürgert.

[30] Deutschland hieß damals "Deutsches Reich" und wurde deshalb häufig als "das Reich" bezeichnet - "im Reich" bedeutete "in Deutschland", da sich die Österreicher in ihrer überwältigenden Mehrheit auch als Deutsche sahen, wurden zwecks Unterscheidung die Deutschen in Deutschland "Reichsdeutsche" genannt. Nach dem "Anschluss" von 1938 war das Deutschland ohne Österreich das "Altreich".

Der Sturz Starhembergs

Zu einem Eklat in der Regierung kommt es im Mai 1936 als Vizekanzler Ernst Rüdiger Starhemberg - ohne darüber Bundeskanzler Schuschnigg zu informieren - ein Glückwunschtelegramm an Mussolini zur Eroberung von Addis Abeba sandte:
"Im Bewusstsein faschistischer Verbundenheit an dem Schicksal des faschistischen Italien innigsten Anteil nehmend, beglückwünsche ich im Namen der für den faschistischen Gedanken Kämpfenden und im eigenen Namen Eure Exzellenz von ganzem Herzen zu dem ruhmvollen, herrlichen Sieg der italienischen Waffen über die Barbarei, zu dem Sieg des faschistischen Geistes über demokratische Unehrlichkeit und Heuchelei und zum Sieg der faschistischen Opferfreude und disziplinierten Entschlossenheit über demagogische Verlogenheit. Es lebe der zielbewusste Führer des siegreichen faschistischen Italien, es lebe der Sieg des faschistischen Gedankens in der Welt."

England protestierte heftig dagegen, der Heimwehrführer Starhemberg[31] wurde umgehend von seinem Posten als Vizekanzler abberufen. Innenminister Eduard Baar-Baarenfels (Heimwehr) will deswegen einen Putsch der Heimwehr inszenieren, man einigt sich dann auf eine Regierungsumbildung, der Innenminister wird Vizekanzler und zweiter Bundesführer der Vaterländischen Front.

die Jugendorganisation der Vaterländischen Front begrüßt auf einer Kundgebung Schuschnigg und Starhemberg mit "Heil Schuschnigg"

Einen großen kulturellen Verlust erleidet Österreich am 12. Juni 1936: der Herausgeber der FACKEL Karl Kraus (geboren 1874) stirbt. Er war seit 1899 Herausgeber und die meiste Zeit einziger Autor der Zeitschrift DIE FACKEL, berühmt und gefürchtet als Ideologie-, Kultur- und Sprachkritiker (berühmtes Zitat: die Nazis beherrschten in Deutschland alles, außer der deutschen Sprache). Wie andere Österreicher jüdischer Abkunft hoffte er, dass die klerikalfaschistische Regierung gegen den Nationalsozialismus bestehen können werde. Seinen Irrtum hat der scharfe Denker nicht mehr erleben müssen

[31] E. R. Starhemberg (1899 - 1956), 1923 an Hitlers Marsch auf die Feldherrenhalle in München beteiligt, 1929 Heimwehrführer in Oberösterreich und nunmehr auf Distanz zum Nationalsozialismus, ab 1930 Bundesführer des Heimatschutzes bis 1936, von Juli 1934 bis Mai 1936 Innenminister und Bundesführer der VATERLÄNDISCHEN FRONT, trat für eine enge Anlehnung an Italien ein, emigrierte 1937.

Juliabkommen

Am 11.7.1936 unterzeichnen Deutschland und Österreich ein Verständigungsabkommen. Die deutsche Reichsregierung anerkennt die volle Souveränität Österreichs, der österreichische Nationalsozialismus wird als "innere Angelegenheit" Österreichs akzeptiert, die "Tausend-Mark-Sperre" von 1933[32] aufgehoben. Dafür werden zwei Personen aus dem Lager der "Nationalen" in die Regierung aufgenommen: Dr. Edmund Glaise-Horstenau[33] als Minister ohne Geschäftsbereich und Guido Schmidt[34] als Staatssekretär im Außenministerium.

Die neue Linie der österreichischen Regierung läuft unter der Bezeichnung "**deutscher Weg**", man sieht sich als eigenständigen **zweiten deutschen Staat**. Die inhaftierten Nazis werden amnestiert, die weiterhin illegale österreichische NSDAP schraubt die Gewaltätigkeiten zurück und trachtet in einem Zustand einer Art Halblegalität, die staatlichen Institutionen durch Unterwanderung in ihren Einfluss zu bekommen.

Edmund Glaise-Horstenau, der Vertrauensmann der Nazis in der österreichischen Regierung

Ein Militärputsch beginnt am 17. Juli in Spanisch-Marokko und weitet sich zum Spanischen Bürgerkrieg aus (1936-39). Am 22.7. vereinbart Hitlerdeutschland mit dem Putschistenführer General Franco Hilfeleistungen im Bürgerkrieg. Das Scheitern des Aufstandes der militärisch unterlegenen Faschisten wird im Juli/August nur durch ausländische Waffenhilfe verhindert, Deutschland stellt Luftwaffeneinheiten, Luftabwehr und Panzerabteilungen, 6.000 Mann der "Legion Condor" unterstützen die Putschisten, Italien entsendet 47.000 Mann. Francisco Franco lässt sich zum Generalissimus und Chef der antirepublikanischen nationalspanischen Gegenregierung der spanischen Faschisten ("Falange Espanola") ausrufen. Während sich das Deutsche Reich, Italien und Portugal auf die Seite Francos stellen, finden sich bis auf die Sowjetunion keine Staaten bereit, die gewählte spanische Regierung zu unterstützen. Da sie fürchten, in Konflikt mit Hitler und Mussolini zu geraten, treten besonders die Briten konsequent für eine Neutralitätspolitik ein.

In der Folge strömen zahlreiche Freiwillige aus aller Welt nach Spanien, um dort den Kampf der legalen Regierung gegen die faschistischen Putschisten zu unterstützten, aus Österreich beteiligen sich viele ehemalige Schutzbündler in den Internationalen Brigaden (BRIGADA INTERNACIONAL) im Bataillon "12. Februar" an den Kämpfen gegen den Faschismus.

Im August lässt Mussolini der österreichischen Regierung eine Warnung zukommen, 20 Monate habe die österreichische Regierung noch Zeit, dann müsse mit einer Aggression Deutschlands gerechnet werden. Der italienische

---

[32] Zur Erinnerung: Im Mai 1933 verfügte die deutsche Regierung (nach der Ausweisung eines hohen Nazifunktionärs aus Österreich) für Reisen deutscher Staatsbürger nach Österreich eine Ausreisegebühr von 1.000 Mark.

[33] Edmund Glaise-Horstenau (1882 - 1946, verstorben in US-Haft), Offizier, großdeutscher Historiker und Politiker, ab 1925 Direktor des österreichischen Kriegsarchivs, 1936-38 Minister (ohne Geschäftsbereich bzw. für Inneres) im Kabinett Schuschnigg, Vizekanzler im Anschlusskabinett von Seyß-Inquart.

[34] Guido Schmidt (1901 - 1957), ab 1928 Kabinettsvizedirektor von Bundespräsident Miklas, maßgeblich am Zustandekommen des Juliabkommens 1936 beteiligt. Deswegen zum Staatssekretär für Äußeres ernannte, 12. 2. bis 11. 3. 1938 Außenminister. Arbeitete während des Kriegs in der Industrie, 1945-47 wegen seiner Pro-NS-Haltung in Haft, 1947 freigesprochen.

Diktator weiß, wovon er spricht, er ist in engen Verhandlungen mit Hitler, was im Oktober 1936 zu einem Geheimabkommen führen wird. Der faschistische Schutzherr des faschistischen Österreich geht damit verloren.

Die neue Achse Berlin - Rom vom Oktober 1936 bereitet absehbar das Ende der österreichischen Eigenständigkeit vor

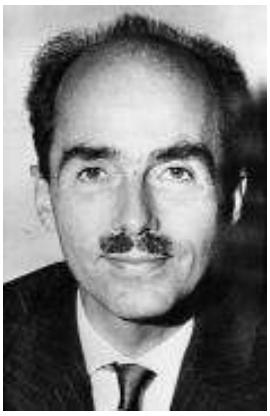
Am 9. Oktober löst die österreichische Regierung alle Wehrverbände, also auch die Heimwehren, auf, dafür wird die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Was nicht unbedingt eine großartige Maßnahme für die Regierung ist, da die jungen wehrpflichtigen Männer in der Regel entweder den Sozialisten oder den Nazis nahe stehen - nicht den Klerikalfaschisten!

Am 3.11. wird die Regierung umgebildet, die drei noch vorhandenen Heimwehr-Minister werden abberufen. So wird der Innenminister Baar-Baarenfels durch den bisher geschäftsbereichslosen Nazigewährsmann Glaise-Horstenau ersetzt, der Außenstaatssekretär Schmidt kann am 19.11. bei einem Besuch in Berlin das Voranschreiten der nazistischen Unterwanderung melden.

In diesem Stil geht es auch 1937 weiter. Schuschnigg unterdrückt weiterhin die Arbeiterparteien und versucht es, sich mit den Nazis zu arrangieren. Am 4. Februar wird der so genannte "Siebener-Ausschuss" gegründet, damit sollen die illegalen Nazis integriert werden, am 14.2. wird dazu die Bildung eines "Volkspolitischen Referates" angekündigt, das die "Nationalen" zur Mitarbeit in der VATERLÄNDISCHEN FRONT bewegen soll. Dem Siebener-Ausschuss gehören u.a. Dr. Jury[35] und Dr. Tavs[36] an.

Schuschnigg bereitet damit Schritt für Schritt das Ende seiner Herrschaft und den Untergang Österreichs vor. An die Einbindung der Arbeiterparteien in einen Widerstand gegen den drohenden Anschluss an Nazideutschland denkt der Klerikalfaschist auch jetzt nicht. Er spielt eher mit dem Gedanken einer Restauration der Monarchie.

Keine Rückkehr zur Monarchie!



Am 22. Und 23. Februar 1937 ist der deutsche Außenminister Konstantin von Neurath auf Staatsbesuch in Wien. Er warnt Schuschnigg eindringlich vor einer Restauration des Habsburg-Regimes und fordert faktisch einen Wirtschaftsanschluss an Deutschland.

Otto Habsburg, der älteste Sohn des letzten österreichischen Kaisers, bemühte sich schon längere Zeit verbissen um die Wiedererrichtung der Monarchie in Österreich. Seit der Aufhebung der Landesverweisung im Jahre 1935 wurde übers ganze Land ein Habsburg-Kult inszeniert, über 1.600 Gemeinden verleihen Otto die Ehrenbürgerschaft. Die Monarchisten waren - außer den Würdenträgern der r.k. Kirche - die enthusiastischsten Unterstützer des Klerikalfaschismus.

Im April 1937 trifft Schuschnigg in Venedig mit Mussolini und dem italienischen Außenminister Ciano zusammen. Der Besuch bringt für Österreich kein Ergebnis, eine sehr

[35] Hugo Jury (1887 - 1945, Selbstmord), Arzt und nationalsozialistischer Politiker. 1936 Mitglied des "Siebener-Komitees", Mai 1938 Gauleiter von "Niederdonau" (Niederösterreich).

[36] Dr. Dipl.-Ing. Leopold Tavs (1898 - 1985) seit 1931 in der NSDAP, 1937 - Januar 1938 Gauleiter in Wien, darauf Abberufung nach Berlin, März 1938 Ernennung zum Ministerialsekretär und Gaubeauftragten der NSDAP, danach kontinuierlicher politischer Abstieg.

regierungsnahe Zeitung meldet am letzten Besuchstag, die Nationalsozialisten in Österreich werden bald dazu aufgerufen werden, die Verantwortung in der VATERLÄNDISCHEN FRONT mit zu übernehmen, was den ersten Schritt zu einer direkten Regierungsteilnahme bilden werde.

Kurz nach Schuschnigg ist Göring bei Mussolini und teilt diesem den Verzicht des Deutschen Reiches auf Südtirol mit. Damit ist der letzte mögliche Konfliktpunkt zwischen Italien und Deutschland beseitigt.

Am 17. Juni wird das im Februar angekündigte "Volkspolitische Referat" eingerichtet. Der Wiener Rechtsanwalt Dr. Arthur Seyss-Inquart[37] wird zum Staatsrat mit dem Aufgabenbereich "Befriedung der nationalen Kreise" ernannt.

"Befriedungsstaatsrat" Arthur Seyss-Inquart

Der deutsche Kriegsminister von Blomberg erlässt am 24. Juni die Weisung "Sonderfall Otto", für den Fall eines Versuches der Wiedererrichtung einer österreichischen Monarchie soll in Österreich einmarschiert und *"unter Ausnutzung der innenpolitischen Spaltung des österreichischen Volkes"* jeder Widerstand gebrochen werden.

Am 5. November legt Hitler in Berlin dem Außenminister, dem Kriegsminister und den militärischen Oberbefehlshabern seine nächsten Absichten vor. Österreich und die Tschechei sollen dem Reich einverleibt werden. Außenminister Neurath, Kriegsminister Blomberg und Heereschef Fritsch äußern Bedenken.

Die österreichische Bilanz zum Jahresende 1937 zeigte eine gewisse positive Entwicklung der Wirtschaftslage. Die Arbeitslosigkeit war gegenüber 1936 um ca. 10% zurückgegangen, gegenüber 1934 fast um 20%, das Außenhandelsdefizit konnte deutlich abgesenkt, die Lebensmittelversorgung (außer bei Getreide) weitgehend durch Inlandsproduktion gesichert werden, der Staatshaushalt war ausgeglichen, die Devisen- und Golddeckung des österreichischen Schillings ist sehr gut, der Name "Alpendollar" nicht ungerechtfertigt. Aber insgesamt muss festgehalten werden, die Lage ist zwar besser, aber weit davon entfernt, gut zu sein.

Schuschnigg bekennt sich in einem Zeitungsinterview zur Monarchie, die Bedingungen zur Wiedererrichtung einer österreichischen Monarchie müssten erst langsam geschaffen werden.

Die letzte Konferenz der Staaten der "Römischen Protokolle", Italien, Ungarn, Österreich findet vom 9. bis 12. Jänner 1938 in Budapest statt. Österreich lehnt die italienische Forderung, Österreich müsse aus dem Völkerbund aus und dem Antikominternpakt[38] beitreten, ab.

---

[37] Arthur Seyss-Inquart (1892 - 1946), Rechtsanwalt, kam aus dem Kreis der Katholisch-Deutschnationalen und sympathisierte zunehmend mit den Nazis. 1937 wird er zum österreichischen Staatsrat bestellt und am 16.2.1938 auf Druck Hitlers von Schuschnigg zum Innenminister ernannt. Nach dem deutschen Einmarsch im März 1938 wird er österreichischer Bundeskanzler, seine "Amtshandlung" besteht im formalen Vollzug des Anschlusses an das nunmehr "Großdeutsche" Reich. Er blieb bis April 1939 Statthalter in Wien. Nach der Niederwerfung Polens und der Einrichtung des "Generalgouvernements" wurde er zum Stellvertreter von Generalgouverneur Frank berufen. Vom Mai 1940 bis 1945 war er Reichskommissar in den Niederlanden, dort sowohl für die Einziehung von Zwangsarbeitern als auch die Judendeportationen verantwortlich. Im Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt und 1946 hingerichtet.

[38] Antikominternpakt: im November 1936 zwischen Deutschland und Japan geschlossener Pakt, dem Italien ein Jahr später beitrat - Komintern: Kommunistische Internationale - der Antikominternpakt gab also vor, ein Abkommen gegen die kommunistische Weltbewegung zu sein, war aber der Beginn der Entwicklung der imperialen deutschen Bündnispolitik..

Dem von den Klerikalfaschisten initiierte "Siebener-Ausschuss" (auch Siebener-Komitee genannt) wird am 25. Jänner 1938 ein Ende gesetzt. Eine Hausdurchsuchung im Büro des Siebener-Komitees förderte umfangreiches NS-Material und ein "Aktionsprogramm" für das Jahr 1938 zutage, das eine bewaffnete Erhebung und die Absetzung Schuschniggs vorsah. Der Putschplan wird nach dem Verfasser, dem Wiener NSDAP-Gauleiter Leopold Tavs, dem Anführer der Nazis im Komitee, "Tavs-Plan" genannt, Tavs wird verhaftet. Aus den Akten ging dessen Verbindung zu deutschen Behörden hervor, doch Schuschnigg versagte es sich, dies als Beweis dafür zu nutzen, dass Hitler das Juli-Abkommen nicht einhielt. Auch deshalb, weil er bei der Konferenz in Budapest hatte erkennen müssen, dass von Italien und Ungarn keinerlei Unterstützung mehr zu erwarten war. Tavs wird von Berlin als Gauleiter abberufen.

Das Berchtesgadener Abkommen

Hitler bereitet nun den "Anschluss" Österreichs zügig vor. Minister und Militärs, die zu seinen Plänen zur Okkupation Österreichs und Tschechiens im November Distanz gezeigt hatten, werden entlassen.

"*Mit Rücksicht auf ihre angegriffene Gesundheit*" werden Kriegsminister Blomberg und der Heeresoberbefehlshaber Fritsch aus dem Dienst verabschiedet[39]. Hitler lässt das Kriegsministerium durch das neu eingerichtete *Oberkommando der Wehrmacht* (OKW) ersetzen und übernimmt selbst den Oberbefehl über das gesamte Militär, neuer Außenminister (statt Neurath) wird Ribbentrop. Die Kriegsvorbereitung ist damit im Führungsbereich personell abgeschlossen.

Auf Vorschlag des bisherigen Botschafters in Österreich, Franz von Papen, fordert Hitler Schuschnigg zu einem Treffen auf den Berghof in Berchtesgaden auf. Am 12. Februar 1938 treffen Schuschnigg und Staatssekretär Guido Schmidt auf Hitlers Berghof ein. Am Vormittag spricht Hitler zwei Stunden unter vier Augen mit Schuschnigg, am Nachmittag legt der deutsche "Führer" ein Abkommen vor: Der Nazi Seyss-Inquart müsse Innenminister, der Nazi und Bankdirektor Dr. Hans Fischböck Sachwalter für die deutsch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen, alle einsitzenden Nationalsozialisten freigelassen, das öffentliche Bekenntnis zum Nationalsozialismus zugelassen, alle wegen NS-Betätigung entlassenen Offiziere und Beamte wieder eingestellt werden. Darüber werde nicht verhandelt, befiehlt Hitler, der österreichische Kanzler habe das Abkommen sofort zu unterzeichnen. Als Schuschnigg zögert, ruft Hitler demonstrativ den neuen Chef des Wehrmachtsoberkommandos, General Keitel, zu sich.

Schuschnigg unterschreibt das Abkommen, erreicht nur eine Frist von drei Tagen zur Umsetzung der Forderungen. Dem Bundespräsidenten Miklas kann die Zustimmung zur Regierungsumbildung mit Mühe abgerungen werden, am 15. Februar wird das fünfte Schuschnigg-Kabinett präsentiert: Bundeskanzler und Landesverteidigung: Kurt Schuschnigg, Vizekanzler: Feldmarschallleutnant i. R. Ludwig Hülgerth[40], Außenminister: Guido Schmidt, Innenminister: Arthur Seyss-Inquart, Finanzen: Dr. Rudolf Neumayer, Handel und Verkehr: Ing. Julius Raab[41], Soziale Verwaltung: Dr. Josef Resch, Unterricht: Dr. Hans Pernter, Justiz: Dr. Ludwig Adamovich[42], Landwirtschaft: Peter Mandorfer, Minister ohne Geschäftsbereich: Guido Zernatto, Hans Rott und Edmund Glaise-Horstenau, der Sozialdemokrat Adolf Watzek wurde zum Staatssekretär für Arbeiter- und Angestelltenschutz bestellt. Die Regierung setzte sich aus treuen Gefolgsleuten von Schuschnigg und von Hitler hineinreklamierten Nazis oder Nazisympathisanten zusammen.

Erste Handlung der Regierung: alle vor dem 15. Februar 1938 begangenen politischen Delikte werden amnestiert, also nicht nur die Nazis, sondern auch inhaftierte Sozialisten und Kommunisten freigelassen, Anhaltelager (wie Wöllersdorf) wurden aufgelassen.

Möchtegernkaiser Otto Habsburg fordert Schuschnigg auf, ihm die Regierung zu übergeben.

Die Arbeiterbewegung

Der Widerstand der Arbeiterparteien gegen die klerikalfaschistische Diktatur hatte nie nachgelassen, die Herrschaft der Schwarzen war aber auch nicht mit der Diktatur in Deutschland zu vergleichen. Dort hatten die Nazis nicht nur SPD und KPD tief in den Untergrund gedrängt, sie hatten es auch geschafft (wie hier schon geschildert) mit der Aufrüstungskonjunktur die Zustimmung eines sehr großen Teils der "deutschen Volksgemeinschaft"[43] zu erreichen. Im

---

[39] Als Vorwand zur Entfernung Blombergs dient dessen Verehelichung mit einer *Frau mit Vergangenheit*, bei Fritsch die Verleumdung, er sei homosexuell.

[40] Ludwig Hülgerth (1875 - 1939), leitete 1919 den "Kärntner Abwehrkampf", 1934-36 Kärntner Landeshauptmann

[41] Julius Raab (1891 - 1964), Heimwehrführer in NÖ, 1945 ÖVP-Mitbegründer, 1953 - 1961 Bundeskanzler

[42] Ludwig Adamovich sen. (1890 - 1955), Universitätsprofessor, 1938 Justizminister, 1946 - 1955 Präsident des Verfassungsgerichtshofes (sein Sohn gleichen Namens war ab 1984 in der gleichen Funktion)

[43] Die "deutsche Volksgemeinschaft" war ein ideologischer Schwerpunkt des Nationalsozialismus, diese "Volksgemeinschaft" sollte Klassengegensätze aufheben, alle "schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust", ganz egal ob Konzernherr oder Hilfsarbeiter, sollten für die "Volksgemeinschaft" arbeiten und die "Überwindung des Klassenkampfes" bewirken.

Vergleich zur schwarzen Diktatur war die nationalsozialistischen Bedrohungen eine weitaus ernster zu nehmende Angelegenheit. Wie grotesk die Situation zwischen der österreichischen Regierung und den Arbeiterparteien war, zeigt die folgende Anekdote: Ein Funktionär der seit 1933 verbotenen KPÖ erhält auf offener Straße eine Broschüre in die Hand gedrückt, die kommunistisch ausschaut. Zuerst ärgert er sich über die als allzu leichtfertig erscheinende Verteilaktion, dann schaut er sich die Broschüre an: Sie ist nur als KPÖ-Material getarnt und enthält Agitation für die VATERLÄNDISCHE FRONT: Regierungspropaganda wurde also sogar als Oppositionspropaganda maskiert, damit sie gelesen werde!

Die rasant anwachsende Bedrohung durch den Nationalsozialismus führt am 17.2. zu einer Versammlung von Vertrauensmännern der Wiener Arbeiterschaft, diese beschließt das Angebot an die Regierung Schuschnigg, sie im Kampf für "Freiheit, Unabhängigkeit und Würde Österreichs" zu unterstützen. Der Kanzler braucht vierzehn Tage, um darauf zu reagieren. Am 3. März empfängt er eine zwanzig Personen starke Gruppe illegaler Gewerkschafter unter der Führung von Friedrich Hillegeist[44], die Schuschnigg die Unterstützung im Kampf gegen den Nationalsozialismus zusagt. Das Angebot wird von Kurt Schuschnigg reaktionslos zur Kenntnis genommen und hat politisch keine Folgerungen. Auch in dieser völlig verzweifelten Situation verweigert der Monarchist und Klerikalfaschist Schuschnigg jede Einsicht in die Notwendigkeit der Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen oder zumindest zur Legalisierung des einzig möglichen Verbündeten gegen die Nazis: der Arbeiterbewegung.

Propagandawagen der Regierung mit anbiedernder Losung

Die österreichische Nation

In der Auseinandersetzung der Arbeiterbewegung mit dem Nationalsozialismus tauchte 1937 ein neuer ideologisch-politischer Aspekt auf. Der kommunistische Staatswissenschaftler Dr. Alfred Klahr veröffentlichte seine Thesen über die österreichische Nation.

In der DDR erschien eine Sondermarke zu Ehren von Alfred Klahr - eine solche Ehrung für 2004 zum 100. Geburtstag des "jüdischen Bolschewisten" wurde in Österreich abgelehnt

[44] Friedrich Hillegeist (1895 - 1973), Sozialdemokrat und freier Gewerkschafter, in der NS-Zeit mehrfach inhaftiert, nach 1945 viele Funktionen im ÖGB und in der Sozialversicherung, Abgeordneter der SPÖ, 1961/62 Nationalratspräsident.

Klahr benutzt Stalins Definition der Nation: *"Die Nation ist eine historisch entstandene, stabile Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der in der Kulturgemeinschaft zum Ausdruck kommenden Geistesart"*. Stalin verfasste 1912/13 im Exil in Wien den Text "Die nationale Frage und die Sozialdemokratie" - der spätere blutrünstige Diktator und Massenmörder war in dieser Zeit Funktionär der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI RUSSLANDS. Quellen zu seiner Definition für "Nation" gab Stalin nicht an, der in typischer stalinscher Diktion verfasste Text (Fragen und Antworten wie in einem Katechismus, Stalin hatte ja Theologie studiert) ist aber trotz seines Urhebers inhaltlich nicht falsch.

Mir selber ist dazu das Folgende passiert: In einer Broschüre, die 1987 zum 50. Jahrestag des "Anschlusses" erschien, verwendete ich folgende Nationen-Definition - *„politische Gemeinschaft als staatstragende Kraft mit einem gemeinsamen Territorium, gemeinsamen Wirtschaftsleben, politischer und kultureller Eigenständigkeit, geschichtlicher Tradition und dem Willen zur Zusammengehörigkeit"* was seinerzeit Prof. Ringel als beste Definition, die er kenne, bezeichnete[45] - auch diese Definition beruht letztlich irgendwie auf der von Stalin, ohne dass jetzt der Ringel und ich deswegen Stalinisten wären.

Dr. Klahr schlussfolgerte, die deutsche Nation als staatstragende Nation habe sich erst im letzten Drittel des 19. Jahrhundert gebildet, Österreich war nie Teil davon und hat einen eigenen Entwicklungsweg genommen, der zur Herausbildung einer österreichischen Nation[46] führte.

In der Realität wurde dies erst nach den Erfahrungen mit der Zugehörigkeit Österreichs zu Hitler-Deutschland zur akzeptierten Wirklichkeit, nach 1945 entwickelten sich die Österreicher Jahrzehnt um Jahrzehnt mehr zu einer eigenen österreichischen Nation - we are from Austria!

Österreichs Ende ist nicht mehr aufzuhalten

Am 20. Februar 1938 sagt Hitler im deutschen Reichstag: *"Zwei der an unseren Grenzen liegenden Staaten umschließen eine Masse von zehn Millionen Deutschen, sie sind gegen ihren Willen durch die Friedensverträge an einer Vereinigung mit dem Deutschen Reiche behindert worden."* Es sei für eine Weltmacht unerträglich, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus ihrer Verbundenheit mit dem Gesamtvolk fortgesetzt schweres Leid zugefügt werde.

Am 1. März stößt Luftfahrtminister Hermann Göring am "Tag der Flieger" in Berlin ins selbe Horn, er redet von einer *"Vergewaltigung von zehn Millionen Deutsche jenseits der Reichsgrenzen"*.

In der in Brünn erscheinenden Arbeiterzeitung schreibt Otto Bauer: *"Aber so groß die Gefahr ist, so kann sie noch immer abgewendet werden, wenn sich das österreichische Volk ermannt, den Erpressungen Hitlers kraftvollen Widerstand entgegenzusetzen. Ohne die Mitwirkung der Arbeiterschaft ist ein solcher Widerstand freilich undenkbar. Sie ist bereit, gegen Hitler, aber nicht bereit, für Schuschnigg zu kämpfen. Für die Arbeiterschaft bleibt das Kampfziel der Freiheit im Inneren mit dem Kampfziel der Unabhängigkeit nach außen untrennbar verknüpft."*

in der schwersten Situation hatte Österreich die unfähigste Regierung

Schuschnigg interessieren die Angebote aus der Arbeiterbewegung auch weiterhin nicht. Er glaubt, eine andere Lösung gefunden zu haben. Am 9. März redet er vor Amtswaltern der VATERLÄNDISCHEN FRONT in Innsbruck, er gibt dort seine Absicht bekannt, am 13. März eine Volksabstimmung über die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit abzuhalten.

---

[45] Die Kärntner Seele, Hermagoras Verlag 1988, Seite 16

[46] der komplette Text, den Dr. Klahr 1937 veröffentlichte, kann unter http://www.antifa-info.at/archiv/KLAHR.PDF downgeloaden werden

Die WIENER ZEITUNG veröffentlicht den Text der Rede am 10. März 1938:
"Volk von Österreich! Zum ersten Male in der Geschichte unseres Vaterlandes verlangt die Führung des Staates ein offenes Bekenntnis zur Heimat.
Sonntag, der 13. März 1938 ist der Tag der Volksbefragung. Ihr alle, welchem Berufsstand, welcher Volksschichte ihr angehört, Männer und Frauen im freien Österreich, ihr seid aufgerufen, euch vor der ganzen Welt zu bekennen; ihr sollt sagen, ob ihr den Weg, den wir gehen, der sich die soziale Eintracht und Gleichberechtigung, die endgültige Überwindung der Parteienzerklüftung, den deutschen Frieden nach innen und nach außen, die Politik der Arbeit zum Ziele setzt - ob ihr diesen Weg mitzugehen gewillt seid!
Die Parole lautet: Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! Für Frieden und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen. Das ist das Ziel unserer Politik. Dieses Ziel zu erreichen, ist die Aufgabe, die uns gestellt ist und das geschichtliche Gebot der Stunde. Kein Wort der Parole, die uns als Frage gestellt ist, darf fehlen. Wer sie bejaht, dient dem Interesse aller und vor allem dem Frieden! Darum, Volksgenossen, zeigt, daß es euch ernst ist mit dem Willen, eine neue Zeit der Eintracht im Interesse der Heimat zu beginnen; die Welt soll unseren Lebenswillen sehen; darum, Volk von Österreich, stehe auf wie ein Mann und stimme mit Ja! Front-Heil! Österreich!"

In der aktuellen Situation verhindert diese geplante Abstimmung aber nichts, sondern beschleunigt die Entwicklung. Die österreichischen Nazis waren seit dem Berchtesgadener Zwangsabkommen immer offener, frecher und provokanter aufgetreten, in Graz war es schon seit dem 24. Februar zu fortgesetzten Nazi-Unruhen gekommen, was der Stadt den Namen "Stadt der Volkserhebung" eintrug.

Am 7. März 1938 fand im Floridsdorfer Arbeiterheim eine Versammlung der im Untergrund tätigen FREIEN GEWERKSCHAFTEN statt. Das Angebot, das diese Konferenz - trotz Februar 1934 und Unterdrückung - Schuschnigg machte, war der letzte Versuch, eine österreichische Front gegen den Hitlerfaschismus aufzubauen. Doch der Bundeskanzler zögerte selbst zu diesem Zeitpunkt.

Am 10. März demonstrieren vielerorts die Anhänger der Regierung und der verbotenen Arbeiterparteien für ein freies und unabhängiges Österreich. Was am Ablauf der Ereignisse nichts mehr zu ändern vermag. Die österreichische Bevölkerung ist durch die Zustände der letzten Jahre in ihrer Mehrheit pronazistisch gesinnt, organisierter Widerstand dagegen, der von wesentlichen Teilen der Bevölkerung aktiv getragen würde, existiert nicht.

Nazi-Demonstration in Graz am 11.3.

Hitler gibt am 11. März um 2 Uhr morgens seine Weisung Nr. 1 zum Einmarsch in Österreich aus:

1. Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken und dort verfassungsmäßige Zustände herzustellen und weitere Gewalttaten gegen die deutschgesinnte Bevölkerung zu unterbinden.
2. Den Befehl über das gesamte Unternehmen führe ich. Nach meinen Weisungen führen: der Oberbefehlshaber des Heeres die Operationen zu Lande mit der achten Armee in der mir vorgeschlagenen Zusammensetzung und Stärke und den aus der Anlage ersichtlichen Zuteilungen der Luftwaffe, der SS und der Polizei. Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe die Unternehmungen in der Luft mit den mir vorgeschlagenen Kräften.
3. Aufgaben:
a) Heer: Der Einmarsch nach Österreich hat in der mir vorgetragenen Art zu erfolgen. Das Ziel für das Heer ist zunächst die Besetzung von Oberösterreich, Salzburg, Niederösterreich, Tirol, die schnelle Besitznahme von Wien und die Sicherung der österreichisch-tschechischen Grenze.
b) Luftwaffe: Die Luftwaffe hat zu demonstrieren und Propagandamaterial abzuwerfen, österreichische Flughäfen für eventuell nachzuziehende Verbände zu besetzen, das Heer in dem erforderlichen Umfange zu unterstützen und außerdem Kampfverbände zu besonderen Aufträgen bereitzuhalten.
4. Die für das Unternehmen bestimmten Kräfte des Heeres und der Luftwaffe müssen ab 12. März 1938 spätestens 12 Uhr einmarsch- bzw. einsatzbereit sein. Die Genehmigung zum Überfliegen und Überschreiten der Grenze und die Festsetzung des Zeitpunktes hierfür behalte ich mir vor.
5. Das Verhalten der Truppe muß dem Gesichtspunkt Rechnung tragen, daß wir keinen Krieg gegen ein Brudervolk führen wollen. Es liegt in unserem Interesse, daß das ganze Unternehmen ohne Anwendung von Gewalt in Form eines von der Bevölkerung begrüßten friedlichen Einmarsches vor sich geht. Daher ist jede Provokation zu vermeiden. Sollte es aber zum Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit durch Waffengewalt zu brechen. Übergehende österreichische Verbände treten sofort unter deutschen Befehl. (...)

Am Vormittag des 11. März wird der Wiener Regierung ein deutsches Ultimatum übermittelt, das die Absage der geplanten Volksabstimmung verlangt. Obwohl die Abstimmung eilends ausgesetzt wird, lässt um 15 Uhr Göring ausrichten, Schuschnigg genieße nicht mehr das Vertrauen Berlins, er solle zurücktreten, bis 17Uhr30 sei eine Regierung unter Arthur Seyss-Inquart zu bilden.

Der Möchtegernherrscher von Österreich, Kurt Schuschnigg, wurde der von ihm okkupierten Aufgabe nie gerecht, seine Politik von 1934 bis 1938 scheiterte auf ganzer Linie, zum unwürdigen Abschluss seiner armseligen Laufbahn tritt er widerstandslos zurück.

Um 19.50 Uhr spricht Schuschnigg im österreichischen Rundfunk: "Der heutige Tag hat uns vor eine schwere und entscheidende Situation gestellt. Ich bin beauftragt, dem österreichischen Volk über die Ereignisse des Tages zu berichten. Die deutsche Reichsregierung hat dem Herrn Bundespräsidenten ein befristetes Ultimatum gestellt, nach welchem der Herr Bundespräsident einen ihm vorgeschlagenen Kandidaten zum Bundeskanzler zu ernennen und die Regierung nach den Vorschlägen der deutschen Reichsregierung zu bestellen hätte, widrigenfalls der Einmarsch deutscher Truppen für diese Stunde in Aussicht genommen würde. Ich stelle fest vor der Welt, dass die Nachrichten, die in Österreich verbreitet wurden, dass Arbeiterunruhen gewesen seien, dass Ströme von Blut geflossen seien, dass die Regierung nicht Herrin der Lage wäre und aus Eigenem nicht hätte Ordnung machen können, von A bis Z erfunden sind.

Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volk mitzuteilen, dass wir der Gewalt weichen. Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in dieser ernsten Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, dass der Einmarsch durchgeführt wird, ohne wesentlichen Widerstand, ohne Widerstand, sich zurückzuziehen und die Entscheidung der nächsten Stunde abzuwarten. - Der Herr Bundespräsident hat den General der Infanterie Schilhawsky, den Generaltruppeninspektor, mit der Führung der Wehrmacht betraut. Durch ihn werden weitere Weisungen an die Wehrmacht gegeben. - So verabschiede ich mich in dieser Stunde von dem österreichischen Volk mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch: Gott schütze Österreich!"

Plakat der "Vaterländischen" - Österreich war nicht in diesem Lager

Kurz vor 20 Uhr ruft Göring Seyss-Inquart an, und erkundigt sich, ob Seyss-Inquart bereits mit der Regierungsübernahme beauftragt sei. Als dieser verneint, kündigt Göring den Einmarschbefehl an und fordert Seyss-Inquart auf, sich in den Besitz der Macht zu setzen.

In Berlin treffen zu dieser Zeit im deutschen Außenministerium Noten Frankreichs und Großbritanniens ein. Beide Noten sprechen von schweren Rückwirkungen, falls Deutschland mit Gewalt gegen das unabhängige Österreich vorgehen werde. Leider nur folgenlose Floskeln.

Indessen kapituliert in Österreich zwar Kurt Schuschnigg, nicht hingegen Bundespräsident Miklas, er weigert sich vorerst weiter, Seyss-Inquart zum Kanzler zu bestellen.

Hitler gibt um 20.45 die Anweisung Nr. 2 aus:
1. Die Forderungen des deutschen Ultimatums an die österreichische Regierung sind nicht erfüllt worden.
2. Die österreichische Wehrmacht hat Befehl, sich vor dem Einmarsch zurückzuziehen und dem Kampf auszuweichen. Die österreichische Regierung hat sich ihres Amtes suspendiert.
3. Zur Vermeidung weiteren Blutvergießens wird der Vormarsch der Deutschen Wehrmacht nach Österreich am 12.3. bei Tagesanbruch nach Weisung Nr.1 angetreten.
Ich erwarte, daß die gesteckten Ziele unter Aufbietung aller Kräfte so rasch wie möglich erreicht werden.

Es hatte in Österreich keinerlei Blutvergießen gegeben. Der am 12. März beginnende Einmarsch der deutschen Wehrmacht hätte wohl weder durch ein Nachgeben von Miklas, noch durch militärischen Widerstand verhindert werden können. Allerdings hätte militärischer Widerstand die Lage Österreichs nach 1945 wesentlich verbessert, die dann alsbald gepflegte Rolle des "ersten Opfers" von Nazideutschland hätte eine gewisse Glaubwürdigkeit besessen und überzeugender inszeniert werden können, die Besatzungszeit bis 1955 wäre erspart geblieben.

Aber das ist müßiges Geschwätz. 1938 konnte man weder voraussagen, dass 1939 der Zweite Weltkrieg beginnen wird, noch Überlegungen anstellen, ob Österreich 1945 besiegt oder befreit werden würde.

Formal geht es mit Österreich nun so zu Ende: Göring ordnet an, dass Seyss-Inquart ein Telegramm nach Berlin zu senden habe, in dem zur **Wiedererstellung von Ruhe und Ordnung** die dringende **Bitte an die deutsche Regierung** gerichtet werde, diese Aufgabe durch eine **baldige Entsendung deutscher Truppen** zu unterstützen. Das Telegramm wird nie abgesandt, Seyss-Inquart stimmt telefonisch zu, die deutsche Post muss eine Ankunftsausfertigung dieses Telegramms fälschen.

Um 23Uhr15 gibt der bereits von Nazis besetzte Rundfunk die Regierungsübernahme durch Seyss-Inquart bekannt, am Wiener Rathaus wird die Hakenkreuzfahne gehisst, im ganzen Land kommt es zu Kundgebungen der Nazis.

Bundespräsident Miklas stimmt um Mitternacht der Bildung einer NS-Regierung zu. Kanzler und Verteidigungsminister ist Seyss-Inquart, Vizekanzler Glaise-Horstenau, Landwirtschaftsminister wird der nachmalige FPÖ-Mitbegründer Anton Reinthaler, Staatssekretär für Sicherheit wird der nachmalige SD-Chef Ernst Kaltenbrunner (die anderen Minister dieser Kurzzeitregierung zu benamen, kann man wegen Bedeutungslosigkeit bleiben lassen).

Am 12. März 1938 beginnt morgens um halbsechs der Einmarsch der deutschen Truppen.

Das Ende der Ersten Republik ist besiegelt.

Der Anschluss

***Bis in den Tod, rot-weiß-rot* - das war der Slogan der "Vaterländischen" Schuschniggs, die Praxis dann weit davon entfernt, die Klerikalfaschisten kapitulierten kampflos vor den Nazifaschisten.**

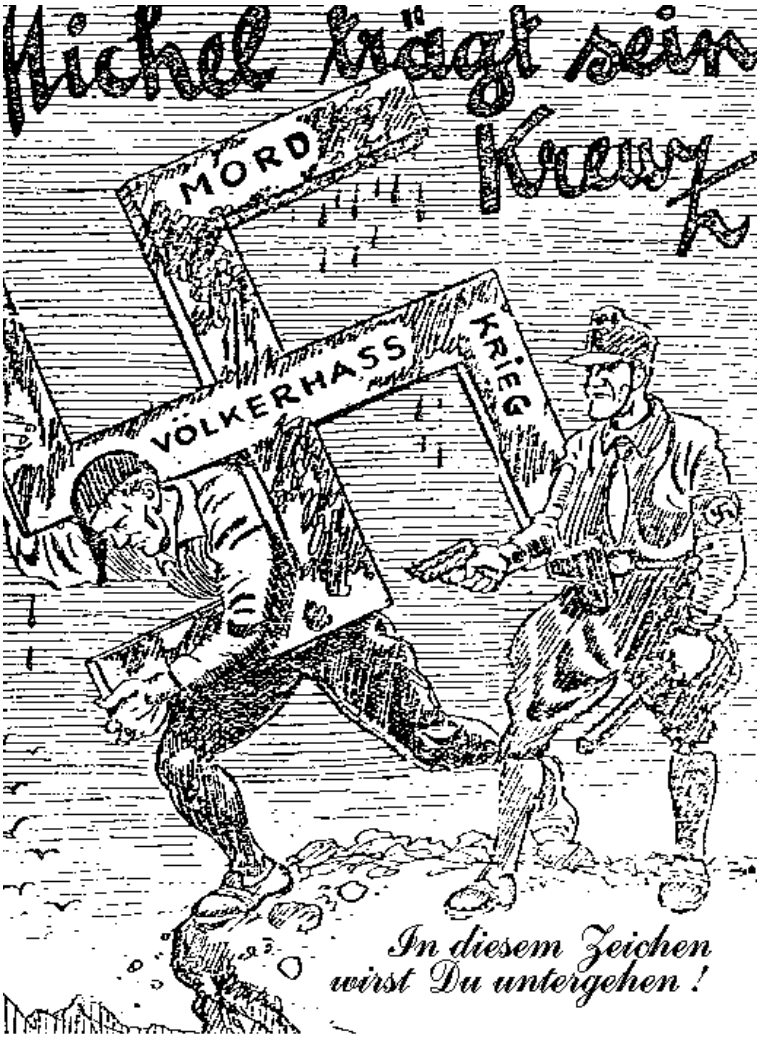
Sie wussten, die Bevölkerung hatte in ihrer großen Mehrheit den österreichischen Faschismus abgelehnt, der Nationalsozialismus erschien Millionen ÖsterreicherInnen sogar als Erlösung und Zukunftshoffnung.

Man muss sich dazu die Situation noch einmal gegenwärtigen. Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, kleinliche und hinterwäldlerische Bevormundung durch katholische Kirche und katholischen Staat. Heute tun wir uns sicherlich schwer dabei, die Menschen haben im Vergleich zu den damaligen Zuständen Allgemeinbildung, sind säkularisiert und emanzipiert. Damals regierte der Herr Pfarrer, der Herr Prälat, der Herr Schullehrer, alles war schwarz, schwarz, schwarz. Da wirkte selbst das Braun der Nazis wie eine hellere Hoffnung. Statt Not und Elend, mittelalterlichem Stumpfsinn und salbungsvoller Beharrlichkeit auf angeblich "gottgewollten" Verhältnissen, winkten Arbeit, Einkommen, besserer Lebensstandard, mehr selbstbestimmte Lebensplanung und ein aufstrebender deutscher Nationalstaat. Dass in Nazideutschland die Oppositionsparteien verboten und unterdrückt waren, stieß in der breiten Masse der Bevölkerung auf wenig Bedenken, die Oppositionsparteien waren ja auch in Österreich verboten. Dass Hitler längst den Krieg plante, wäre erfahrbar gewesen - für politisch Interessierte, aber nicht für die Alltagsmenschen. Denen war die bisherige österreichische Regierungspropaganda eben unglaubwürdige Regierungspropaganda, die außerdem eine kritische Auseinandersetzung mit dem NS-System vermied und aus dem Alltagsleben erschien deshalb Hitler als Alternative zu Schuschnigg. Eine freie Wahl hätte damals in Österreich sicherlich eine Mehrheit für die NSDAP gebracht.

Dass bereits eineinhalb Jahre später wieder ein großer Krieg geführt werden würde, haben wohl die wenigsten erwartet. Noch weniger werden erwartet haben, dass dieser Krieg mit einer Niederlage enden wird.

Der Anschluss an Nazi-Deutschland erfolgte mit großer österreichischer Zustimmung!

Es war absehbar, was die Nazis planten ...



"Die Hakenkreuzpest" - prophetische Karikatur im *Kleinen Blatt* vom 9. Jänner 1931

Ebenfalls aus dem sozialdemokratischen KLEINEN BLATT: Die Cartoon-Figur "Seicherl" begleitet Hitler in die Zukunft und erlebt die Verwirklichung aller Wahlversprechen der NSDAP (1932)

... aber es wurde nicht gesehen

Der Einmarsch

Am 12. März um 5h30 marschieren die deutschen Truppen in Österreich ein - *"Ich habe mich entschlossen, den Millionen Deutschen in Österreich nunmehr die Hilfe des Reiches zur Verfügung zu stellen. Seit heute morgen marschieren über alle Grenzen Deutschösterreichs die Soldaten der deutschen Wehrmacht"*. Militärischer Widerstand wird auf Befehl Schuschniggs nicht geleistet, der Staatssekretär für Landesverteidigung, General Zehner, verübt Selbstmord. Der "Anschluss" war mehrteilig bewerkstelligt worden: Druck auf die österreichische Regierung, innerhalb dieser Regierung durch die auf deutsches Verlangen installierten Nazis, Aufruhr der Nazis an der politischen Basis, militärischer Einmarsch.

Bereits um 20h gibt es an diesem Tag die erste Großkundgebung mit Hitler in Österreich: Am Linzer Hauptplatz sagt er zu seinen zahllosen Anhängern: *"Wenn die Vorsehung mich einst aus dieser Stadt heraus zur Führung des Reiches berief, dann muss sie mir damit einen Auftrag erteilt haben, und es kann nur der Auftrag gewesen sein, meine teure Heimat dem deutschen Reich wiederzugeben! "*

Am 12.3.38 wird die "Befreiung der Ostmark" verkündet:

Münchener Ausgabe
21. Ausg. - 51. Jahrg. - Einzelpreis 15 Pf. 20 Pf.

Münchener Ausgabe
München, Samstag, 12. März 1938

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Deutsch-Oesterreich aus dem Chaos gerettet

Einen Tag später wird bereits das Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich im Ministerrat verabschiedet. Das Bundesheer wird sofort als Bestandteil der Wehrmacht dem Befehl Hitlers unterstellt, für den 10. April wird eine Volksabstimmung angesetzt. Bundespräsident Miklas verweigert zwar die Unterschrift auf dem Anschlussgesetz, tritt aber zurück und überträgt seine Funktion dem neuen Kanzler. Damit endet die Selbstständigkeit Österreichs.

Die bisherige politische Führung Österreichs flieht zum Teil nach Ungarn oder in die CSR, Bundespräsident Miklas bleibt unbehelligt, Kurt Schuschnigg wird verhaftet. Er wird die Zeit des "Dritten Reiches" als privilegierter Häftling im KZ Dachau verbringen, 1948 geht er in die USA, von 1967 bis zu seinem Tode im Jahre 1977 lebt er in Innsbruck, für seine katastrophale Politik wird er von österreichischer Seite nie zur Verantwortung gezogen.

Der "Anschluss" wird von den anderen Staaten zur Kenntnis genommen, Proteste gibt es seitens der Sowjetunion, der spanischen Republik und von Mexiko.

In der CSR begrüßt die Sudetendeutsche Partei Henleins die "Heimkehr des alpenländischen Deutschtums" - mehrere kleinere deutsche Parteien in der CSR schließen sich der Einheitsbewegung der pronazistischen SUDETENDEUTSCHEN PARTEI an. Die Partei muss in der Folge sogar eine Aufnahmesperre verhängen.

Ein Aufruf der Revolutionären Sozialisten Oesterreichs

Die Revolutionären Sozialisten Oesterreichs haben gemeinsam mit der Kommunistischen Partei folgenden Aufruf erlassen:

Oesterreicher, Arbeiter, Werktätige.

Das Dritte Reich hat Oesterreich gewaltsam annektiert. Unter militärischer Besetzung durch eine riesige deutsche Armee, durch zehntausende SS, SA und Schupo-Männer, unter der Diktatur der von reichsdeutschen Nazi besetzten Behörden und Verwaltungsorganisationen, angesichts der überfüllten Gefängnisse und Konzentrationslager ist Hitlers „Volksbefragung" eine blutige Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes des österreichischen Volkes.

Die Fronvögte des Dritten Reiches muten Euch zu, dass Ihr mit Euren eigenen Stimmen eure Sklaverei, eure Rechtlosigkeit, eure Unterwerfung unter den blutigen Terror des Dritten Reiches, die Vernichtung aller eurer Organisationen und aller eurer Rechte in den Betrieben sanktionieren sollt. Sie muten euch zu, mit euren eigenen Stimmen mitzustimmen, dass Oesterreichs Menschen, Oesterreichs Boden, Oesterreichs Naturschätze in den Dienst der Kriegspolitik des Dritten Reiches, das fieberhaft einen neuen Weltkrieg vorbereitet, gestellt werden soll.

Wir haben keine Illusionen darüber, dass die von den reichsdeutschen Nazikommissären eingesetzten, von niemanden kontrollierten Abstimmungskommissionen die Stimmzettel zählen werden, wie es ihnen beliebt. Wir wissen, dass sie die Welt betrügen werden durch eine Stimmenzählung, deren Resultat schon jetzt feststeht. Trotzdem fordern wir euch auf, mit NEIN zu stimmen.

Damit bekundet ihr
euren Widerstand gegen die Unterjochung Oesterreichs durch die Machthaber des Dritten Reiches,
eure Verbundenheit mit dem von Hitler geknechteten deutschen Volk,
euren Widerstand gegen Hitlers Kriegspläne,
eure Entschlossenheit, den Befreiungskampf des werktätigen Volkes fortzusetzen,
eure Treue zu euerer sozialistischen Gesinnung.

Darum, Oesterreicher, Arbeiter, Werktätige, in diesem Sinne stimmt mit: Nein.

Das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten Oesterreichs

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Oesterreichs.

Aus der Illegalität melden sich die Revolutionären Sozialisten und die Kommunisten - die Schuschnigg-Regierung hatte die Arbeiterparteien bis zuletzt nur hingehalten und war auf Angebote, gemeinsam Widerstand gegen die Nazis zu leisten, nicht eingegangen.

Hitler auf seiner Fahrt über die Linzer Landstraße, rechts im Spalier sieht man SA-Männer mit ihrer "Uniform" aus der "Illegalität": weiße Hemden, weiße Stutzen - auch vor dem "Anschluss" wusste jeder, dass ein so Gekleideter ein Nazi war - aber man konnte und wollte das Tragen von weißen Hemden und Stutzen nicht verbieten

Der deutsche Einmarsch war alles andere als frei von Problemen. Treibstofflos liegen gebliebene Panzer, endlose Stauungen in den Marschkolonnen rufen die Wut Hitlers auf die mehr als mangelhafte Planung und Vorbereitung der Militäroperationen gegen Österreich hervor. Sein triumphaler Einzug in Wien verzögert sich dadurch um Tage.

Erst am 15.3. verkündet Hitler auf der berühmt-berüchtigten Großkundgebung am überfüllten Heldenplatz in Wien *"vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich."*

Hitler am Wiener Heldenplatz

Mit einmarschiert in Österreich sind eine Division SS und 16.000 Polizisten. Die österreichische Staatspolizei hat brav ihre Akten über die politischen Gegner aufgehoben, die Nazis haben ihre eigenen Verhaftungslisten und in kurzer Zeit sind bereits 50.000 Österreicher in Haft. Die Festgenommenen werden überwiegend nach kurzer Inhaftierung wieder freigelassen, es ging vor allem darum, potenziellen Gegnern den Herrn zu zeigen. Am 1.4. geht der erste Transport verhafteter Österreich ins KZ Dachau ab. U.a.: Robert Danneberg, Viktor Mateyka, Josef Kimmel, Leopold Figl, Alfons Gorbach, Rudolf Kalmar, Josef Gerö, Egon Hilbert.

Für den 10. April wird eine Volksabstimmung verbunden mit einer Reichstagswahl (natürlich mit NSDAP-Einheitsliste) angesetzt. Den Nazis wurde eifrig zugearbeitet, die katholischen Bischöfe sprachen davon, dass es "selbstverständliche nationale Pflicht" sei, mit JA zu stimmen (18.3.), der evangelische Oberkirchenrat bekannte sich "vorbehaltlos zum Werk des Führers" (1.4.) und der erste Kanzler der Republik, der Sozialdemokrat (und fanatische Großdeutsche) Karl Renner, meinte *"obwohl nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluss nunmehr vollzogen. (...) Als Sozialdemokrat und somit Vertreter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen (...) werde ich mit JA stimmen"* (3.4.).

Plakat zur Volksabstimmung, die politische Erfolgsliste Hitlers - Wahlplakat mit der "feierlichen Erklärung" der österreichischen Bischöfe, mit JA zum "Anschluss" zu stimmen - gerade noch die geistigen Herren im vollkatholischen Österreich entwickelten die führenden Kleriker die allergrößte Hast, ihr Segel in den Wind zu drehen

Auch wenn man berücksichtigt, dass es sich um keine geheime Abstimmung handelte, den "unsicheren Volksgenossen" entsprechende "Abstimmungshilfe" zukam und Zehntausende in Haft waren oder an der Abstimmung nicht teilnehmen konnten, so ist es doch anzunehmen, dass bei einer freien Abstimmung (mit zugelassener Nein-Propaganda und entsprechender internationaler Überwachung wie 1935 im Saarland) auch eine deutliche Mehrheit für den "Anschluss" gestimmt hätte. Die Entscheidung zwischen dem herabgewirtschafteten Österreich und dem prosperierenden NS-Deutschland wäre kaum zugunsten des Schuschniggsystems ausgefallen.

Hitler spricht auf der Abschlusskundgebung am 9.4.38 in Wien

Die Volksabstimmung am 10. April mit dem Text: "Bist Du mit der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?" bringt folgendes Resultat:

JA: 4,443.208

NEIN: 11.807

ungültig: 5.763

Erfolgsmeldungen mit 100% sind nicht selten

Aus Deutschland wird mit dem Anschluss der "Ostmark" "Großdeutschland".

Zur absurden Zahl von bloß 11.807 Nein-Stimmen muss natürlich angemerkt werden, dass nicht nur Angst die Gegner des NS-Regimes daran hinderte, mit NEIN zu stimmen, sondern oft auch Bedachtsamkeit. Ein politischer Gegner, der die Absicht hatte, sich weiterhin im Untergrund gegen das NS-System zu betätigen, konnte sich nicht öffentlich deklarieren. Allerdings aus der breiten Masse von Menschen, die nicht für den Anschluss und politisch harmlos war, hätte sicherlich mehr Neinstimmen kommen müssen und auch kommen können. Nein-Abstimmer setzten sich nur allein wegen einer Nein-Stimme durchaus keiner unmittelbaren Verfolgung aus. Aber sie blieben eine kleine Minderheit.

Die restriktive Finanzpolitik der österreichischen Klerikalfaschisten kommt jetzt der deutschen Staatskasse zugute: Der österreichische Bestand an Gold und Devisen im Werte von rund 220 Millionen Reichsmark ist fast dreimal so hoch wie der deutsche. Der Umtauschkurs Schilling in Reichsmark wird mit 1 RM = 1,50 Schilling festgesetzt, ein Kurs, der nicht unbedingt auf allen Gebieten der Kaufkraft entspricht, aber über dem Außenwert des Schillings liegt.

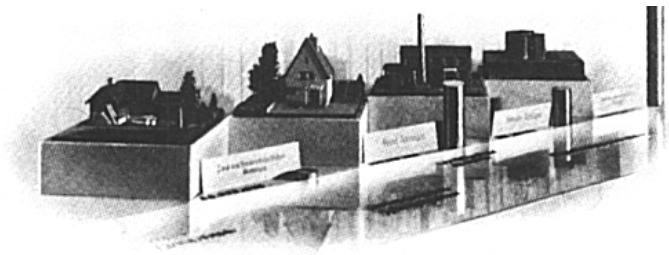
Der ohnehin schon sehr eingeschränkte Zeitungsmarkt in Österreich wird auf NS-Linie gebracht, etliche weitere Blätter werden eingestellt, bei anderen werden Redakteure durch Regierungskommissare ersetzt, an so genannte "alte Kämpfer" und Gemeindeämter werden Radios, 20.000 Volksempfänger verteilt.

Die Ausstattung der Haushalte mit Rundfunkgeräten wurde rasch vorangetrieben, der billige „Volksempfänger“ zu einem wichtigen NS-Propagandamittel.

In Wien, wo es viele Juden und eine große Anzahl jüdischer Gewerbebetriebe und Geschäfte gibt, lief, die "Arisierung" weit radikaler ab als im Altreich. Mit unglaublicher Brutalität wird gestohlen, geplündert und enteignet. Zehntausende österreichische Juden können noch emigrieren, zehntausende werden dem Holocaust zum Opfer fallen.

Ein bekanntes Bild: ein "Judenjunge" muss ein Haus mit "Jud" beschmieren, - ein strammer Nazi genießt seine Macht

Hier zu den bis heute andauernden Diskussionen über die Entschädigung von NS-Opfern die Vermögenserhebung durch die NS-Behörden vom April 1938:



Das jüdische Vermögen in der Ostmark

Stichtag der Anmeldung: 28. April 1938.
Anmeldepflichtig waren alle Juden, deren Vermögen über RM 5000.— betrug.
47.768 jüdische Anmelder meldeten einen Wert von RM 2.041,828.000 an.
Angemeldete Schulden und Lasten . . . . . „ 253,257.000

Zusammen . . . RM 2.295,085.000

Das angemeldete Vermögen verteilt sich folgend:

	RM
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	39,873.000
Grundvermögen	521,162.000
Betriebsvermögen	321,329.000
Sonstiges, insbesondere Kapitalvermögen	1.412,921.000

Man sieht daraus, daß dem Juden nicht an produktiver Arbeit gelegen war, sondern er nur darauf Wert legte, sein Kapital ohne Arbeit erträgnisreich anzulegen. (Siehe Kapitalvermögen: RM 1.412,921.000.)
Weiters wurden die Anmelder und deren Besitz nach Wohnsitz, Beruf, Staatsbürgerschaft und Alter gegliedert:

	jüdische Anmelder	angemeldeter Wert in RM
Wohnsitz:		
Gau Wien	43.495	1.841,853.000
Übrige Gaue	4.273	199,975.000
Beruf:		
Handel	9.293	374,734.000
Hausfrauen	7.268	268,124.000
Privatiers	6.041	298,475.000
Leitende Angestellte	4.241	197,649.000
Kaufmännisches Personal	4.170	205,016.000
Privatpensionisten, Rechtsanwälte, Gesundheitswesen	5.575	215,115.000
Übrige Berufsgruppen	11.180	482,715.000

Damalige Kapitalvermögen auf die heutige Zeit aufzurechnen, wäre nach den Währungsreformen von 1945 und 1947 sicherlich problematisch, doch beliefen sich allein schon jüdische Sachvermögen auf rund 880 Millionen Reichsmark, was nach heutigem Geldwert etwa 47 Milliarden Schilling / 3,4 Milliarden Euro wären, wovon man zwar Arisierungserlöse, soweit diese tatsächlich von den ehemaligen Eigentümern realisiert werden konnten, und ebenso geleistete Wiedergutmachungen abziehen müsste, aber in die Milliarden gingen die Ansprüche auf alle Fälle. Und das nach Zahlen aus den eigenen Erhebungen des NS-Regimes!

manche Firma wehrt sich in Inseraten gegen den gefährlichen, die Existenz vernichtenden Verdacht, jüdisch zu sein

Nach und nach wurden die NS-Bestimmungen in Österreich eingeführt. Am 14.4. etwa die Reichsfluchtsteuer, nach der Auswanderungswillige ein Viertel ihres Vermögens als Steuer abzuführen haben, am 19.4. wurde der Arbeitsdienst eingeführt. Die Nürnberger Rassegesetze folgten am 20.5. Für die ideologische Bildung der österreichischen Bevölkerung gibt es nicht nur politische Veranstaltungen. Die gleichgeschalteten Zeitungen, der Rundfunk, die Kino-Wochenschauen verbreiten die nationalsozialistische Frohbotschaft. Im Kino läuft der Riefenstahl-Film "Triumph des Willens".

Hitlers Geburtshaus in Braunau wird zum Wallfahrtsort.

zur deutschen Wehrmacht darf alsbald auch eingerückt werden

Den nächsten Schlag bespricht Hitler am 21.4. mit General Keitel: Das Unternehmen "Grün", der Überfall auf die CSR steht als weitere Maßnahme auf dem NS-Programm. Hitler hatte es ja bisher blendend verstanden, die Vergrößerung seines "Reiches" voranzutreiben. Unter ständiger Betonung seiner friedvollen Absichten stellte er Forderung auf Forderung und erntete vorderhand keinen ernsthaften Widerspruch.

Am 25.4. ernennt Hitler den Gauleiter Josef Bürckel (einen später in Ungnade gefallenen Alkoholiker, die Wiener nennen ihn "Bierleiter Gaukel") zum "Reichskommissar für die Wiedervereinigung". Zwar war Österreich nie Teil des deutschen Reiches gewesen, den Anschluss an Deutschland nennt man trotzdem "Wiedervereinigung".

Gauleiter Bürckel, Innenminister Frick, Propagandaminister Goebbels

Für viele der "alten Kämpfer" und illegalen Nazis erfüllen sich indessen die politischen Wunschträume nicht. Bei der Postenvergabe wird auf sie weniger Rücksicht genommen als auf die Bedürfnisse des Angleichens der "Ostmark" an das "Altreich", preußische Experten sorgen für die neue deutsche Ordnung.

Die Arbeitslosenzahl beläuft sich am 30.4. im Altreich auf 423.000, in Österreich auf 416.000, seit dem Anschluss haben bereits 120.000 eine Arbeitstätigkeit aufgenommen. Bis zum Kriegsbeginn 1939 verschwindet die Arbeitslosigkeit im ehemaligen Österreich fast vollständig, Österreich hatte nach dem 1. Weltkrieg das Bruttonationalprodukt von 1913 erst 1927 wieder erreicht, aber bereits 1929/30 folgte durch die Weltwirtschaftskrise ein schwerer Rückschlag, 1933/34 lagen die BNP-Werte ungefähr bei 80% von 1913, stiegen dann zwar mit der Erholung der Weltwirtschaft wieder leicht an, erreichten bis zum Anschluss an Deutschland aber das Niveau von 1913 nicht wieder - das Bruttonationalprodukt stieg in Deutschland von 1933/34 bis 1937 um ca. 45%, in Österreich nicht einmal um 10% und das von einem niedrigen Ausgangsniveau. 1938/39 wuchs das Bruttosozialprodukt um mehr als 25%. Allerdings gab es - besonders bei den Lebensmitteln - auch erhebliche Preissteigerungen gegenüber dem vormaligen österreichischen Niveau. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse erfolgte weit vorwiegend durch die Zunahme der Zahl der Beschäftigten.

Bereits am 13.5. gibt es in Linz den Spatenstich für die Reichswerke Hermann Göring, der nachmaligen VOEST. Daraus wurde die größte Rüstungsproduktionsstätte Großdeutschlands: das Eisenwerk in Linz

Am 22.5. wird die Gaueinteilung in der Ostmark durchgeführt. Von den neun Bundesländern verbleiben die sieben Gaue Ober- und Niederdonau, Steiermark, Salzburg, Wien, Kärnten und Tirol.

KZ Mauthausen

Am 29.4.1938 gründeten SS-Funktionäre in Berlin mit einem Stammkapital von 20.000 RM die "Deutsche Erd- und Steinwerke-GmbH" (DEST). Diese Firma sollte sich um Materialbeschaffung für die von Hitler geplanten Monumentalbauten kümmern. Nach dem Ankauf von Grundstücken und der Pachtung der Mauthausner Steinbrüche "Wiener Graben" und "Marbacher Bruch" von der Stadt Wien wurde bereits am 16.5.38 mit 30 Zivilarbeitern die Arbeit dort aufgenommen. Am 8. August 1938 trafen die ersten 300 Häftlinge, hauptsächlich "Grüne" (Häftlinge mit krimineller Vergangenheit), aus Dachau in Mauthausen ein. Die Häftlinge arbeiteten sowohl im Steinbruch als auch bei der Errichtung des oberhalb des "Wiener Grabens" gelegenen KZs. Mit 31.12.38 hatte das Lager einen Häftlingsstand von 994 Personen, seit August gab es 36 Todesfälle. Bis 1945 werden im KZ Mauthausen und seinen zahlreichen Nebenlagern über 100.000 Menschen zu Tode kommen.

KZ-Häftlinge im Steinbruch

Widerstand

Nachdem sich Mitglieder der Katholischen Jugend nach einer Messe im Stephansdom am Stephansplatz NS-kritisch manifestiert hatten, demolieren am 8.10. etwa 100 HJler das bischöfliche Palais in Wien.

Diese Kundgebung der KJler blieb bis 1945 die einzige öffentliche Protestveranstaltung. Der Widerstand, der sich in der österreichischen Bevölkerung formiert, wird hauptsächlich von den Kommunisten getragen und muss sich in tiefster Illegalität bewegen. Bereits eine Spende für die "Rote Hilfe" (illegale Organisation, die Familien von Inhaftierten unterstützt) kann zu einer Anklage wegen "Hochverrat" führen.

Eine Entwicklung, die erst Jahrzehnte später wahrnehmbar sein wird, findet in dieser Zeit seine Ausgangsbasis. Die deutschsprachigen Menschen in Österreich hatten sich nach dem Ende der Monarchie Österreich-Ungarn im kleinen "Restösterreich" mit Selbstverständlichkeit als der deutschen Nation zugehörig gefühlt. Die im Vergleich mit den anderen Nationalstaaten verspätete Bildung eines deutschen Nationalstaates (1870/71 im Zuge des Krieges gegen und des Sieges über Frankreich) hatte die deutschsprachige Minderheit in der Monarchie nicht einbezogen. Der Zerfall dieses Staates schien notwendigerweise zum "Anschluss" an das deutsche Reich führen zu müssen.

Der nun erfolgte tatsächliche Anschluss an das Deutsche Reich brachte jedoch nicht nur den Jubel der Nazis und der anderen engagierten Deutschnationalen. In den "Mühen der Ebene" des Zusammenlebens mit den sich gerne forsch

gegen die "schlappen Ostmärker" inszenierenden "Piefke" förderte die Bildung eines Nationalbewusstsein, das es vor 1938 höchstens in Ansätzen, aber nicht im Massenbewusstsein gegeben hatte.

So legte Hitlerdeutschland unbeabsichtigt bis 1945 den Grundstein dafür, dass heute die überwältigende Mehrheit der ÖsterreicherInnen eine Frage, ob man Deutscher sei, verneinend beantworten wird.

1938 war Hitlers Triumphjahr

Das Jahr 1938 wird in der Folge das Jahr des bisher größten Triumphes für Hitler. Obwohl er bereit zum Krieg war, wurde Österreich ohne Widerstand "heim ins Reich" geholt, im Herbst fiel ihm das Sudetenland friedlich in die Hände, die Wirtschaft florierte, die Arbeitslosigkeit war auf ein unvermeidliches Minimum abgesunken, die NS-Welt schien einer blühenden Zukunft entgegen zu gehen. Wenn dann bloß "der Krieg nicht gekommen" wäre, wie man von der damaligen jungen Generation noch Jahrzehnte später hören konnte. Denn Hitler und die Nazis haben diesen Krieg scheinbar nicht geplant, er ist "gekommen", plötzlich war er da. Solange Großdeutschland von Sieg zu Sieg eilte, fand auch der Krieg unter sehr großen Teilen der Bevölkerung begeisterte Zustimmung. Trübsinnig wurde die Stimmung erst als klar war, dass man nicht mehr um den Sieg, sondern mit letzten Kräften gegen die Niederlage kämpfte ...

Dollfußbild im Parlament

Die klerikalfaschistische Periode ist in Österreich bis heute nicht aufgearbeitet. Die Nachfolgepartei der Klerikalfaschisten, die ÖVP, hat bis heute ein Dollfuß-Bild in ihren Räumlichkeiten im Parlament hängen und gedenkt dem Diktator jährlich mit einer Messe. Die katholische Kirche hat ebenso bis heute keinerlei Veranlassung gesehen, sich mit ihrer verbrecherischen Vergangenheit auch nur auseinander zu setzen.

Faschismus als Gesellschaftsordnung

Dass Europa letztlich im Gefolge des Ersten Weltkrieges nach RECHTS abschwenkte und in vielen Ländern rechtsextreme Diktaturen entstanden, hatte die politische Linke nicht vorausgesehen. Dort hatte man sich wohl weiter an Friedrich Engels orientiert, der in seiner Schrift über die "Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" (1892) leider das Gegenteil getan hatte, er war wieder zur Utopie zurückgekehrt und der festen Überzeugung gewesen, dass eine existenzielle Krise des Kapitalismus unvermeidlich und geradewegs in den Sozialismus führen müsse. Die gesellschaftliche Entwicklung richtet sich jedoch nicht nach ideologischer Hellseherei. Auf den Kapitalismus folgte nach Oktoberrevolution und nach der Weltwirtschaftskrise nicht der Sozialismus, sondern der Kapitalismus rettete sich mittels Faschismus. Die sozialistische Revolution war im falschen Land passiert, dem noch mittelalterlichen Russland gebrach es an der Entwicklung der Produktivkräfte. Der Faschismus ging zwar unter, aber der Versuch, mit voluntaristischen Mitteln einen Sozialismus aufzubauen, auch. Wir sind jetzt gesellschaftspolitisch wieder im Manchesterliberalismus des 19. Jahrhunderts. Wir waren schon weiter, in den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts schien der sozialdemokratische Weg einer kapitalistischen Gesellschaft mit sozialen Grundsätzen einen "Dritten Weg" zu zeigen. Die faschistische Zwischenphase hat den Kapitalismus gerettet, der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" brachte wieder die unumschränkte Herrschaft des Profites.

Erwin Peterseil